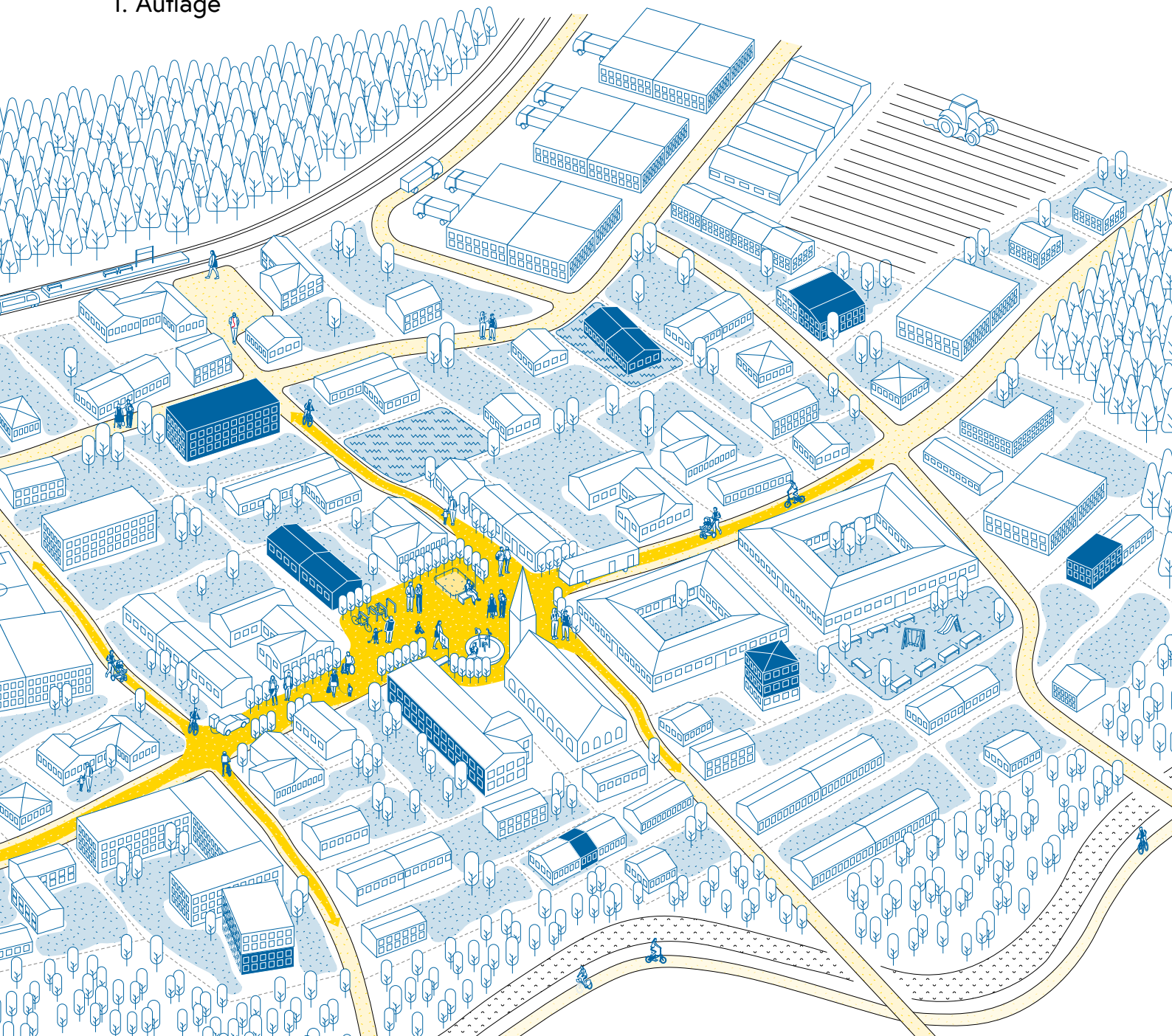


IEK – Integrierte räumliche Entwicklungskonzepte

Praxisleitfaden für nachhaltige
Raumentwicklung in österreichischen
Gemeinden und Städten

1. Auflage



IEK – Integrierte räumliche Entwicklungskonzepte

Praxisleitfaden für nachhaltige
Raumentwicklung in österreichischen
Gemeinden und Städten

1. Auflage

Wien, 2026



„Baukultur ist Ausdruck unserer kulturellen Identität. Wir alle prägen und gestalten unseren gemeinsamen Lebensraum. Dort, wo wir wohnen, lernen, arbeiten, feiern oder uns begegnen – all diese Orte prägen die Art und Weise unseres Zusammenlebens. Die Gestaltung unserer Umwelt ist eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit. Und sie ist eine gemeinsame Aufgabe.“

Andreas Babler

Vizekanzler

Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport



„Um die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Städte zu sichern, braucht es den Wandel von der bloßen Verwaltung hin zu einer proaktiven Gestaltung. Integrierte Entwicklungskonzepte sind ein wichtiger strategischer Hebel, um wirtschaftliche Dynamik mit ökologischer Resilienz und Innovationsräumen zu verknüpfen. Dieser Leitfaden bietet die nötigen Werkzeuge, um Synergien effizient zum Wohle unserer Städte und Gemeinden zu nutzen.“

Peter Hanke

Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur



„Lebendige Orts- und Stadtkerne sind weit mehr als bauliche Strukturen. Sie sind Orte der Begegnung und der Identifikation. Wo Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung, Kultur und Freizeit in kurzen Wegen zusammenspielen, entstehen soziale Nähe und eine starke Gemeinschaft. Integrierte Entwicklungsplanung ermöglicht ein abgestimmtes und gemeinsames Vorgehen zur Erreichung dieser Ziele, das vorhandene Stärken bündelt, neue Impulse setzt und die Lebensqualität nachhaltig sichert.“

Norbert Totschnig

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft

Vorwort

Liebe Bürgermeister:innen,
liebe Verwaltungsmitarbeiter:innen,
liebe Planer:innen,

unsere Städte, Gemeinden und Regionen stehen vor tiefgreifenden Herausforderungen. Klimawandel, Digitalisierung, demografischer und sozialer Wandel sowie wirtschaftliche Umbrüche wirken sich zunehmend räumlich aus und erfordern neue, transformative Ansätze der lokalen Entwicklung. Städten und Gemeinden kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Vielerorts werden bereits Strategien, Konzepte und Projekte in hoher fachlicher Qualität erarbeitet. Gleichzeitig zeigt sich die Komplexität der Aufgaben: Maßnahmen greifen auf unterschiedlichen Ebenen, Prozesse laufen teilweise parallel. Angesichts begrenzter natürlicher und finanzieller Ressourcen gewinnt es daher an Bedeutung, Aktivitäten strategisch zu bündeln, systematisch aufeinander abzustimmen und die Zusammenarbeit über Fach- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg zu stärken, um Wirksamkeit und Effizienz zu sichern – als Grundlage für eine nachhaltige, baukulturell fundierte Entwicklung.

Integrierte Entwicklungskonzepte (IEK) bieten hierfür einen verbindenden strategischen Rahmen, der unterschiedliche Fachplanungen, Themenfelder und Akteur:innen in einem gemeinsamen Entwicklungsprozess zusammenführt. Sie verknüpfen räumliche, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Perspektiven, stimmen Ziele, Maßnahmen und Prioritäten aufeinander ab und schaffen – auf Basis eines partizipativen Vorgehens – einen gemeinsamen Entwicklungspfad für die kommenden Jahre. Als Leitlinie und Arbeitsweise zugleich richten IEK den Blick nicht nur auf Zielbilder, sondern auch auf konkrete Umsetzungsprojekte und deren zeitliche und organisatorische Verankerung.

Mit diesem Leitfaden richten wir uns zum einen an Städte und Gemeinden, die bereits integrierte Entwicklungsprozesse durchgeführt haben. Sie sollen bei der strukturierten Umsetzung und der Weiterentwicklung laufender Prozesse unterstützt und bestärkt werden. Zum anderen richtet sich der Leitfaden ausdrücklich auch an Gemeinden, die bislang noch keine integrierten Entwicklungsprozesse initiiert haben. Er soll diese ermutigen und befähigen, einen solchen Prozess anzustoßen, erste Schritte zu setzen und integrierte Entwicklung als strategisches Steuerungsinstrument für ihre räumliche Entwicklung zu nutzen.

Wir laden Sie ein, diesen Praxisleitfaden als Unterstützung für Ihre integrierte Arbeit zu verwenden. Gemeinsam können wir Baukultur stärken, Orts- und Stadtkerne weiterentwickeln und eine nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinden, Städte und Regionen aktiv gestalten.

Aufbau des Leitfadens

Der Leitfaden dient als Arbeitshilfe und Orientierung bei der Erstellung Integrierter Entwicklungskonzepte (im Folgenden: IEK). Er ist so aufgebaut, dass er schrittweise in die Tiefe führt:

Kapitel 1 „Integrierte Entwicklungskonzepte im Überblick“ bietet eine kompakte Einführung. Es skizziert zentrale Herausforderungen, erläutert Grundlagen und Merkmale der integrierten Planung und zeigt Anlässe, Beispiele sowie Mindeststandards für IEK.

Die folgenden Kapitel vertiefen die einzelnen Aspekte: **Kapitel 2 „Komplexe Fragen – integrierte Antworten“** zeigt, warum integrierte Ansätze heute wichtig sind und welche Anforderungen an eine zeitgemäße Planung gestellt werden. **Kapitel 3 „Erstes Weichenstellen für ein IEK“** behandelt die Vorbereitung – von zentralen Fragestellungen bis zur Organisation von Zuständigkeiten und der Einbindung relevanter Akteur:innen.

Kapitel 4 „Der Weg zum IEK“ beschreibt die Prozessschritte und Bausteine der Erarbeitung, stellt einen flexibel anwendbaren Themenbaukasten vor und zeigt Möglichkeiten der Beteiligung und Zusammenarbeit auf. **Kapitel 5 „Beispiele aus der Praxis“** veranschaulicht die Umsetzung anhand konkreter Projekte aus Österreich.

Kapitel 6 „Ausblick“ fasst zentrale Erkenntnisse zusammen und richtet den Blick nach vorne. Der **Anhang** enthält weiterführende Informationen, Arbeitshilfen sowie Hinweise zu Fördermöglichkeiten.

Hinweis zur Begriffsverwendung „integrierte Entwicklungsplanung“

In diesem Leitfaden wird durchgehend der Begriff „integrierte Entwicklungsplanung“ verwendet. Damit ist ein methodischer Planungsansatz gemeint, der unterschiedliche fachliche Perspektiven zusammenführt und zu einem ganzheitlichen Vorgehen verbindet. Die Grundlagen und die konkrete Anwendung dieses Ansatzes werden auf den folgenden Seiten näher erläutert.

Daneben wird der Begriff „Integriertes räumliches Entwicklungskonzept“ (IEK) verwendet. Dabei handelt es sich um ein informelles Planungsinstrument, das im Rahmen der integrierten Entwicklungsplanung eingesetzt wird. Häufig ist in diesem Zusammenhang auch die Abkürzung ISEK (Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept) gebräuchlich. Inhaltlich entspricht ein ISEK – sofern es nicht speziell im Kontext der deutschen Städtebauförderung verstanden wird – weitgehend einem IEK. Aufgrund der unterschiedlichen räumlichen Strukturen in Österreich – Großstädte, Kleinstädte, Gemeinden – wird in diesem Leitfaden bewusst der Begriff IEK verwendet.

Inhalt

Integrierte Entwicklungskonzepte im Überblick.....14

Integrierte Entwicklungsplanung als Schlüssel für zukunftsorientierte Gemeinde- und Stadtentwicklung	15
Grundprinzipien für die Erarbeitung von IEK.....	18
Von der Fragestellung zum Konzept – Anlässe für Integrierte räumliche Entwicklungskonzepte	21
Anwendungsbeispiele.....	22
Mindeststandards: Was ein IEK erfüllen muss.....	31

Komplexe Fragen – integrierte Antworten.....34

Warum integrierte Ansätze gefragt sind	35
--	----

Erstes Weichenstellen für ein IEK.....40

Was vor dem Start zu klären ist: Zentrale Fragen zur Vorbereitung.....	42
Klare Strukturen aufstellen: Zuständigkeiten und Zusammenarbeit klären	43
Vielfalt managen: Relevante Akteur:innen identifizieren und einbinden.....	43
Externe Expertise: Wann zusätzliche Unterstützung sinnvoll ist	44
Politische Rückendeckung sichern: Überzeugungsarbeit leisten.....	45

Der Weg zum IEK46

Prozessschritte und Bausteine.....	47
Themenbaukasten	60
Beteiligung und Akteur:innen	64

Beispiele aus der Praxis68

Tulln Strategie 2030	70
Räumlicher Entwicklungsplan Bregenz.....	72
ISEK ⁴ Lienz.....	74
Standortoffensive Rossau.....	76
ISEK NikolaiQuartier	78
Masterplan Innenstadt Dornbirn	80
Vision und Masterplan Arnoldstein 2033.....	82
Klimastrategie Rankweil 2040.....	84

Ausblick86

Integrierte Entwicklungsplanung als gemeinsamer Zukunftspfad für Österreichs Städte und Gemeinden.....	87
Zielsetzungen und Mindeststandards als gemeinsame Grundlage.....	88
Integrierte Entwicklungsplanung und Förderpolitik: Anreize statt Vorgaben	88
Qualitätssicherung, Wirkung und Lernen im Prozess	89
Ausblick: Kooperation, Abstimmung und Weiterentwicklung.....	89

Anhang.....90

Fördermöglichkeiten und Förderstellen.....	91
Beteiligte an der Erarbeitung des Leitfadens	94
Arbeitshilfen und weiterführende Materialien.....	96
Bildnachweise.....	102
Impressum	104

Einleitung

Der Praxisleitfaden – ein Gemeinschaftswerk

Der vorliegende Praxisleitfaden ist das Ergebnis eines intensiven Dialogs mit zahlreichen Akteur:innen aus Planung, Verwaltung und Politik. Von Beginn an stand der Anspruch im Mittelpunkt, die unterschiedlichen Handlungsebenen der räumlichen Entwicklung – von Bund und Ländern über Gemeinden bis hin zu Gemeindeverbänden – einzubeziehen und ihre Perspektiven sichtbar zu machen.

Ein besonderes Anliegen war es, die vielfältigen Erfahrungen und Blickwinkel in einen praxisorientierten Leitfaden einfließen zu lassen. In fachöffentlichen Veranstaltungen wurden Zwischenergebnisse vorgestellt, diskutiert und auf Wirksamkeit sowie Praxis-tauglichkeit geprüft. Ergänzend dazu fanden zahlreiche Fachgespräche und Einzeltermine statt, in denen unterschiedliche Facetten der räumlichen Entwicklungsplanung aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wurden. All diese Beiträge sind in die vorliegende Broschüre eingeflossen.

Unser herzlicher Dank gilt allen, die mit Engagement, Fachwissen und Offenheit an der Erstellung dieses Leitfadens mitgewirkt haben.

Anspruch und Nutzung des Leitfadens

Der Praxisleitfaden richtet sich in erster Linie an die planende Verwaltung in Städten und Gemeinden, ebenso aber an politische Entscheidungsträger:innen sowie die breite Planungslandschaft in Österreich.

Er dient als Arbeitshilfe und Orientierung bei der Erstellung Integrierter Entwicklungskonzepte (IEK). Aufbau und Struktur des Leitfadens folgen den Grundprinzipien für die Erarbeitung integrierter Entwicklungsprozesse und bieten damit für jede Prozessphase übersichtliche, praxisorientierte Informationen.

Der Leitfaden versteht sich dabei nicht als weiteres Instrument innerhalb der bereits komplexen österreichischen Planungslandschaft. Vielmehr soll er den integrierten Planungsansatz verständlich und anwendungsbezogen vermitteln, der bestehende Ziele und Planungen integriert, neue Impulse setzt und eine Richtschnur für künftiges planerisches Handeln bietet – insbesondere auf kommunaler Ebene.



Die beiden Fachwerkstätten in Salzburg und Linz boten eine Plattform für den Austausch: Vertreter:innen von Bund, Ländern, Gemeinden und Regionalmanagements diskutierten die Ergebnisse. Ergänzend dazu fanden zahlreiche Einzelgespräche und Dialogrunden statt.



Im Rahmen der Ortskernwerkstatt in Munderfing wurden die Zwischenergebnisse des Praxisleitfadens vorgestellt und diskutiert. In interaktiven Formaten trafen unterschiedliche Perspektiven aufeinander und praxiserprobte Ansätze wurden gemeinsam weitergedacht.

Der integrierte Ansatz

Integrierte Entwicklungskonzepte zeichnen sich dadurch aus, dass sie unterschiedliche Fachplanungen, Themenfelder und Perspektiven – etwa Raum- und Siedlungsentwicklung, Mobilität, Wohnen, Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Klimaanpassung – in einem gemeinsamen strategischen Rahmen unter Berücksichtigung baukultureller Prinzipien zusammenführen. Sie sind offen in der Ausgestaltung ihrer Erarbeitungsprozesse und in der Gewichtung inhaltlicher Schwerpunkte und eignen sich daher besonders für komplexe, räumlich wirksame Herausforderungen, die einen ganzheitlichen, langfristigen und perspektivischen Blick erfordern.

Die Wirksamkeit Integrierter Entwicklungskonzepte (IEK) entsteht vor allem durch ihren strategischen, fachübergreifenden und prozesshaften Charakter. Als freiwillige Planungsinstrumente entfalten sie ihre Wirkung nicht durch formale Rechtsverbindlichkeit, sondern durch politische Selbstbindung und die gemeinsame Verständigung zentraler Akteur:innen über Entwicklungsziele, Prioritäten und Handlungsansätze.

Als richtungsgebendes Instrument verbinden Integrierte Entwicklungskonzepte Leitbildentwicklung, Zieldefinition und Maßnahmenorientierung. Umsetzungsrelevante (Teil-) Ergebnisse können durch entsprechende politische Beschlüsse – etwa im Gemeinderat – in formelle Planungsinstrumente wie das Örtliche Entwicklungskonzept (ÖEK) überführt und dort dauerhaft verankert werden. Auf diese Weise entsteht ein flexibles und zugleich wirkungsvolles Planungsinstrument, das rahmensetzende Orientierung mit konkreter Umsetzbarkeit verbindet.

Ein Integriertes Entwicklungskonzept zielt darauf ab, für klar abgegrenzte Räume tragfähige, langfristige und lokal abgestimmte Entwicklungsstrategien zu formulieren. Es greift vielfältige Aufgabenfelder auf – von städtebaulichen und funktionalen Fragestellungen bis hin zu sozialräumlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Themen – und stellt diese im Sinne einer lebendigen Baukultur stets in den Zusammenhang übergeordneter gesamtörtlicher, regionaler oder überregionaler Rahmenbedingungen. Im besten Fall werden bereits bestehende Konzepte in ein IEK eingebunden, leiten sich aus übergeordneten Themenbereichen ab und tragen so zu einer kohärenten und abgestimmten Gesamtentwicklung bei.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und Freude bei der Anwendung dieses Leitfadens!

Die Verfasser:innen

6 Gründe für die integrierte Entwicklungsplanung



1. Integrierte Entwicklungs- konzepte im Überblick



Integrierte Entwicklungsplanung als Schlüssel für zukunftsorientierte Gemeinde- und Stadtentwicklung

Österreichs Gemeinden und Städte gestalten ihre Zukunft tagtäglich aktiv. Mit großem Engagement arbeiten politische Vertreter:innen und Mitarbeiter:innen der Verwaltung daran, die räumliche Entwicklung nachhaltig, qualitativ und lebenswert zu steuern. Sie tragen dabei eine zentrale Verantwortung dafür, wie sich unsere Gemeinden, Städte und Regionen entwickeln – und damit auch dafür, wie wir heute und in Zukunft leben.

In der Praxis wird vielerorts beachtliche Arbeit geleistet. Zahlreiche Gemeinden und Städte arbeiten kontinuierlich an Strategien, Konzepten und Umsetzungsprojekten. Der Blick in den Alltag zeigt jedoch auch: Manche Prozesse verlaufen parallel, andere nebeneinander. Ziele sind nicht immer durchgängig aufeinander abgestimmt und Potenziale bleiben manches Mal ungenutzt. Genau hier liegt ein großes – bislang oft nicht ausgeschöpftes – Potenzial.

Diese Aufgaben sind heutzutage anspruchsvoller denn je: Klimawandel, demografische Veränderungen, Mobilitätswende sowie steigende Anforderungen an leistbaren Wohnraum, qualitative Freiräume und eine zukunftsfähige wirtschaftliche Standortentwicklung wirken unmittelbar auf Gemeinden und Städte ein. Viele dieser Herausforderungen sind eng mit Aufgaben der Raumplanung verknüpft und erfordern klare Entscheidungen, eine langfristige Perspektive sowie ein abgestimmtes Vorgehen – oftmals über einen langen Zeitraum hinweg.

Die integrierte Entwicklungsplanung setzt an dieser Stelle an. Sie bedeutet, das große Ganze in den Blick zu nehmen. Zentrale Handlungsfelder wie Siedlungsentwicklung, Mobilität, Klima, Grün- und Freiräume, Wirtschaft und soziale Infrastruktur werden zusammengeführt und gemeinsam weitergedacht. So entstehen klare Zielbilder, abgestimmte Prioritäten und ein verlässlicher Orientierungsrahmen für Politik, Verwaltung und Projektträger:innen. Entscheidungen werden nachvollziehbarer, Umsetzungsmaßnahmen wirksamer und Prozesse effizienter. Vor allem aber schafft integrierte Entwicklungsplanung Orientierung, Planungssicherheit und eine kontinuierliche, verlässliche Umsetzung.

Zentrale Herausforderungen unserer Zeit und ihre Bedeutung für die Planung in Gemeinden und Städten

Ein ganzheitlicher, integrierter Planungsansatz wird heute immer wichtiger – nicht zuletzt angesichts aktueller Entwicklungen und vielfältiger Herausforderungen, die die räumliche Entwicklung vor Ort prägen und gemeinsam betrachtet werden sollen.



Demografischer Wandel

Demografische Veränderungen stellen Gemeinden und Städte vor langfristig wirksame Entscheidungen. **Wachstum**, **Schrumpfung** und eine sich wandelnde **Altersstruktur** wirken sich gleichzeitig auf Wohnen, soziale Infrastruktur, Mobilität und Daseinsvorsorge aus. Integrierte Entwicklungsplanung ermöglicht es, diese **Wechselwirkungen** gemeinsam zu betrachten und räumliche Antworten zu entwickeln, die über kurzfristige Einzelmaßnahmen hinausgehen und langfristige Entwicklungspfade sichern.



Ortszentren und Innenstädte

Ortszentren und Innenstädte stehen exemplarisch für die Notwendigkeit integrierter Planung. **Funktionsverluste**, **Leerstände** und **veränderte Nutzungsansprüche** betreffen Handel, Wohnen, Mobilität und öffentliche Räume gleichermaßen. Nur durch ein abgestimmtes Zusammenspiel dieser Bereiche lassen sich Zentren als lebendige, multifunktionale Orte weiterentwickeln und nachhaltig stärken.



Leistbares Wohnen

Leistbares Wohnen ist eng mit Fragen der Siedlungsentwicklung, Mobilität und Infrastruktur verknüpft. Entscheidungen über **Standorte**, **Dichte** und **Nutzungsmischung** wirken sich unmittelbar auf Kosten, Erreichbarkeit und soziale Durchmischung aus. Integrierte Entwicklungsplanung schafft den Rahmen, Wohnraumentwicklung nachhaltig zu steuern und mit weiteren Handlungsfeldern zu verknüpfen, um langfristig tragfähige Lösungen zu ermöglichen.



Klimaschutz und Klimawandelanpassung

Klimaschutz und Klimawandelanpassung betreffen nahezu alle Bereiche der räumlichen Entwicklung. Maßnahmen zur Reduktion von **Emissionen**, zur **Anpassung an Hitze oder Starkregen** und zur **Umgestaltung von Mobilitäts- und Energiesystemen** greifen ineinander. Integrierte Planung hilft, diese Anforderungen frühzeitig mitzudenken, Zielkonflikte zu minimieren und räumliche Maßnahmen wirkungsvoll zu bündeln.

Ressourcenschonung und Umgang mit Bestand

Der bewusste Umgang mit Boden, Gebäuden und Infrastrukturen erfordert eine koordinierte planerische Herangehensweise. **Nachverdichtung, Umnutzung und Weiterentwicklung** bestehender Strukturen wirken sich auf Mobilität, Freiraumversorgung und Ortsbild aus. Dadurch können personelle, finanzielle und materielle Ressourcen effizient eingesetzt, Planungs- und Umsetzungsprozesse beschleunigt sowie nachhaltige Lösungen langfristig gesichert werden. Ressourcenschonung wird so zu einem zentralen Leitprinzip der Entwicklung.



Teilhabe an Gestaltungsprozessen

Beteiligung ist ein zentrales Element integrierter Entwicklungsplanung. Sie ermöglicht es, **unterschiedliche Interessen** sichtbar zu machen, **lokales Wissen** einzubinden und gemeinsame **Zielbilder** zu entwickeln. Klar strukturierte Beteiligungsprozesse stärken die Legitimation planerischer Entscheidungen und unterstützen eine tragfähige Umsetzung.



Ortsbild und Denkmalschutz

Ortsbild, Baukultur und Denkmalschutz entfalten ihre Wirkung im Zusammenspiel mit **Nutzung, Freiraumgestaltung und Mobilität**. Dabei prägen nicht nur bauliche Strukturen, sondern auch gestalterische Qualität, Maßstäblichkeit und Materialität die Ästhetik des öffentlichen Raumes sowie die wahrgenommene **Aufenthaltsqualität**. Entscheidungen zu Erhalt, Umbau und Weiterentwicklung des Bestandes sind daher stets Teil einer übergeordneten räumlichen Strategie. Integrierte Entwicklungsplanung schafft den Rahmen, kulturelles Erbe zu bewahren und gleichzeitig zeitgemäße Entwicklungen qualitätsvoll zu steuern.



Nachhaltige und vernetzte Mobilität

Mobilität prägt **Siedlungsstrukturen, Flächennutzung und Aufenthaltsqualität** in hohem Maße und ist eng mit den Bereichen Wohnen, Arbeit und Freizeit verflochten. Integrierte Entwicklungsplanung ermöglicht es, Mobilitätsangebote räumlich und sozial ganzheitlich zu denken, Barrieren abzubauen und eine gleichberechtigte Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen zu fördern. Zugleich erfordern sich wandelnde Anforderungen im Wirtschaftsverkehr zukunftsfähige und intelligente Lösungen. Auf diese Weise lassen sich sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum langfristig tragfähige, sichere und bedarfsgerechte Mobilitätslösungen entwickeln.



Grundprinzipien für die Erarbeitung von IEK

Der integrierte Ansatz in der Orts- und Stadtentwicklung verfolgt das Ziel, ein bürger:innennahes, auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnittenes und vorausschauendes, integriertes Konzept zu erarbeiten. Gleichzeitig werden übergeordnete fachpolitische und ortsspezifische Zielstellungen berücksichtigt. Handlungsleitend sind dabei insbesondere nachfolgende Grundprinzipien:

Ein IEK verbindet strategische Ziele mit konkreter Umsetzung

Ein IEK kann für Teilräume oder für das gesamte Gemeinde- bzw. Stadtgebiet erarbeitet werden. Entscheidend ist, Ziele mit einem Zeithorizont von rund 10 bis 15 Jahren so zu formulieren, dass sie **Orientierung** geben und dennoch ausreichend **Flexibilität** für künftige Entwicklungen ermöglichen. Ein Konzept ist aber nur so wirksam wie seine Umsetzung. Daher dient das IEK – gestützt durch Beteiligung und Raumbezug – als Grundlage, um konkrete Projekte vorzubereiten, anzustoßen und deren Umsetzung zu begleiten. Idealerweise geht das IEK unmittelbar in einen kontinuierlichen **Kooperations- und Umsetzungsprozess** mit den relevanten Partner:innen über.

Ein IEK verfolgt einen gemeinwohlorientierten Entwicklungsansatz

Ein IEK verfolgt als Leitprinzip den im ÖREK 2030 und in der Neuen Leipzig-Charta 2020 verankerten gemeinwohlorientierten Entwicklungsansatz: Öffentliche Stellen handeln im Interesse des Allgemeinwohls, stellen inklusive, leistbare, sichere und zugängliche Daseinsvorsorge bereit und nutzen integrierte, partizipative, mehr Ebenige Governance. **Gemeinwohl** umfasst dabei allgemeines Wohl, verlässliche öffentliche Leistungen und das Verringern sozialer, ökonomischer, ökologischer und territorialer Ungleichheiten.

Ein IEK bündelt Ressourcen und schafft Planungseffizienz

Ein IEK bündelt unterschiedliche Ziele, Planungen und Maßnahmen in einem gemeinsamen strategischen Rahmen. Dadurch können personelle und finanzielle Ressourcen gezielter eingesetzt, Doppelgleisigkeiten vermieden und Prioritäten transparent gesetzt werden. Es schafft Orientierung für Politik, Verwaltung und weitere Akteur:innen und erhöht die Wirksamkeit kommunalen Handelns über Ressort- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg.

Ein IEK ist eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe und sichert abgestimmtes Handeln

Die Verantwortung für ein IEK liegt bei der öffentlichen Hand. Voraussetzung für seine Wirksamkeit ist eine starke Verankerung in Politik und Verwaltung – sowohl im Prozess als auch im Ergebnis. Seine Umsetzungskraft entfaltet das IEK durch die Selbstbindung aller Beteiligten an die gemeinsam vereinbarten Ziele, meist legitimiert durch einen Gemeinderatsbeschluss. Damit ein IEK langfristig handlungsleitend bleibt, braucht es abgestimmtes Vorgehen über Zuständigkeits- und Fachgrenzen hinweg. Enge Zusammenarbeit, klare Kommunikation und gemeinsame Verantwortung sind dafür unerlässlich.

Ein IEK setzt auf fachübergreifendes und interdisziplinäres Vorgehen

Die Erarbeitung eines IEK setzt ein fachübergreifendes und **interdisziplinäres Vorgehen** voraus. Dabei ermöglicht der integrierte Planungs- und Handlungsansatz das frühzeitige Herausarbeiten von Zielkonflikten einzelner Handlungsfelder sowie die Entwicklung von **Synergien** – beispielsweise zwischen Verkehr und Siedlungsentwicklung oder Wohnen und Freiraum. Darüber hinaus berücksichtigt das IEK immer auch bestehende Planungen und Konzepte innerhalb einer Gemeinde oder Stadt, knüpft an die darin definierten Zielsetzungen an bzw. adaptiert diese bei Bedarf gemäß den im IEK entwickelten Zielen.

Ein IEK ermöglicht breite Beteiligung unterschiedlicher Akteur:innen

Die Erarbeitung wie die Umsetzung eines IEK über einen langfristigen Zeithorizont bedürfen meist der aktiven **Mitwirkung vieler Beteiligter**. Dazu zählen nicht nur **Politik** und **Verwaltung**, sondern etwa auch **öffentliche Betriebe**, Vertreter:innen aus **Wirtschaft**, **Kultur**, **Sozialem** u. v. m. Je nach Rahmenbedingungen und Aufgabenstellung kann es auch sinnvoll oder notwendig sein, **externe Fachexpert:innen** in den IEK-Erarbeitungsprozess einzubeziehen. Darüber hinaus sind relevante **Akteur:innen aus Zivilgesellschaft** oder die interessierte **Öffentlichkeit** zu beteiligen. So fließen unterschiedliche Perspektiven in den Prozess ein – und die Tragfähigkeit der Ergebnisse steigt dadurch.

Ein IEK entwickelt ortsspezifische Strategien und Lösungsansätze

Im Rahmen des IEK werden ortsspezifische Strategien und Lösungsansätze entwickelt. Dabei spielen die räumliche **Lage** der Gemeinde oder Stadt (z. B. im ländlichen Raum oder im Verflechtungsbereich mehrerer Kommunen), die **Größe** und **Siedlungsstruktur** (z. B. Anzahl und Organisation von Stadtteilen, Stadtbezirken, Ortsteilen oder Ortschaften) sowie die lokalen Potenziale (z. B. wirtschaftliche Schwerpunkte, naturräumliche Qualitäten, touristische Besonderheiten) eine entscheidende Rolle für das Konzept. Darüber hinaus können auch **regionale Verflechtungsräume** berücksichtigt werden. Häufig entstehen im Zuge eines IEK auch **interkommunale Kooperationen** (z. B. interkommunale Gewerbegebiete), etwa zur Abstimmung gemeinsamer Ziele in den Bereichen Infrastruktur, Wohnungsmarkt oder Wirtschaftsentwicklung.

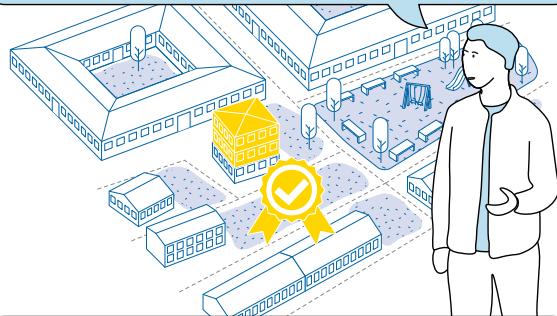
Ein IEK ist das Ergebnis eines maßgeschneiderten und lernenden Prozesses

Ein IEK hat einen stark prozessorientierten Charakter und versteht sich damit immer auch als **Abwägungs- und Aushandlungsprozess** unterschiedlicher Interessenlagen – meist im Zusammenspiel zwischen öffentlichem und privatem Interesse. Das bedeutet, dass jedes IEK einem maßgeschneiderten, individuell gestalteten **Prozessdesign** folgt, das die jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen bestmöglich berücksichtigt. Oftmals folgt dieser Prozess dabei keinem rigiden Ablaufplan, sondern bleibt **lern- und anpassungsfähig**: Neue Erkenntnisse können integriert, Ziele und Vorgehensweisen bei Bedarf präzisiert werden.

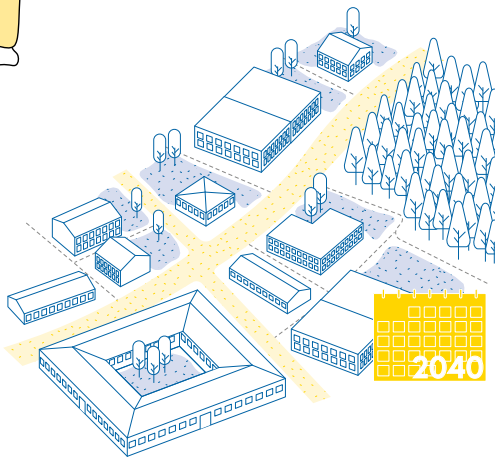
Unser Ortsmitte stirbt immer mehr aus.
Was können wir zukünftig tun, um Leben
zurück ins Zentrum zu bringen?



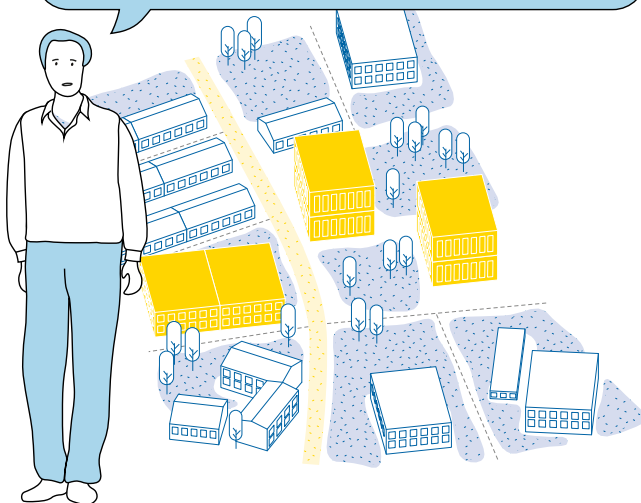
Unsere Gemeinde befindet sich inmitten einer
stark wachsenden Region. Die Flächen für
Wohnen werden knapper. Wie können wir das
Wachstum aktiv und qualitativ gestalten?



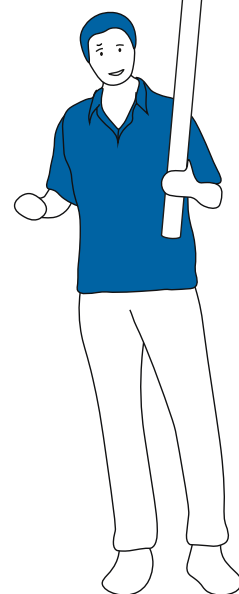
Unsere Stadt steht vor großen strukturellen
Veränderungen. Wir merken, vieles davon
wirkt sich direkt auf den Lebensraum aus. Wo
wollen wir in 15 Jahren stehen und wie
können wir den Prozess aktiv steuern?



Unser Wirtschaftsgebiet ist in Zukunft nicht
mehr wettbewerbsfähig. Was können wir
langfristig tun? Wo müssen wir Verantwortung
übernehmen und welche Partner:innen brauchen
wir im Boot?



Darauf kann ein
IEK
Antworten liefern!



Von der Fragestellung zum Konzept – Anlässe für Integrierte räumliche Entwicklungskonzepte

Der Blick in die Praxis zeigt, dass es zahlreiche Anlässe und Motive gibt, warum Gemeinden und Städte IEK erarbeiten. Ebenso vielfältig und unterschiedlich sind die Auslöser, die sie auf den Weg zu einem IEK bringen.

So können gesellschaftliche und raumrelevante **Veränderungen** – wie etwa starkes Bevölkerungswachstum – den Anlass geben, einen Stadt- oder Ortsteil oder auch das gesamte Stadtgebiet im Rahmen einer umfassenden strategischen Betrachtung zu analysieren. Ziel ist dabei eine vorausschauende Planung, die die damit verbundenen Bedarfe – etwa im Bereich Bildung, soziale Infrastruktur, Freiraum oder Mobilität – berücksichtigt.

Auch die **Zunahme von Leerständen** in Innenstädten oder Ortszentren kann ein Auslöser für ein IEK sein, das auf den zentralen Bereich einer Gemeinde oder Stadt fokussiert. Ebenso kann die Erstellung formeller Ordnungsplanungen – wie etwa eines Örtlichen Entwicklungskonzepts (ÖEK) – Anlass für einen breiter gedachten integrierten Entwicklungsprozess sein. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, bereits während des Prozesses konkrete Entwicklungsimpulse zu setzen und spezifische raumrelevante Fragestellungen in einem dialogorientierten Planungsprozess zu bearbeiten.

Häufig sind es aber ganz **konkrete Herausforderungen vor Ort**, die den Anstoß für ein IEK geben: etwa ein anstehendes Infrastrukturvorhaben wie der Bau eines Schwimmbades oder eines Feuerwehrhauses oder die Neugestaltung einer Fußgängerzone im Ortszentrum. In solchen Diskussionen wird oft deutlich, dass ein umfassender, integrierter Entwicklungsansatz für Planung und Umsetzung sinnvoll und notwendig ist. Ebenso kann ein IEK als Fördervoraussetzung für Investivmaßnahmen genutzt werden, die im Rahmen der Erarbeitung des IEK entwickelt werden.

Kurzum: Einen „Königsweg“ für den Prozess der Erstellung eines IEK gibt es nicht – jeder Ort und jede Stadt wie auch jede Fragestellung, erfordern einen individuell passenden Ansatz. Diese Vielfalt an Ausgangssituationen und Zielsetzungen spiegelt sich auch in der praktischen Anwendung wider.

Nachfolgend werden unterschiedliche Anwendungsfälle exemplarisch dargestellt. Sie zeigen **konkrete Beispiele aus der Planungspraxis** in Österreich und verdeutlichen, welche spezifischen Fragestellungen Gemeinden und Städte zum jeweiligen Anlass aufgegriffen haben, um darauf aufbauend ein IEK zu erarbeiten.

→ Weitere Praxisbeispiele: siehe Kap. 5 – Beispiele aus der Praxis, S. 68 ff.

Weiterentwicklung eines Gewerbegebietes

Das IEK für die strategisch-räumliche Entwicklung
eines Quartiers, Stadt- oder Ortsteils

Standortoffensive Rossau, Innsbruck (T)

Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Rossau

Kurzbeschreibung:

Das größte Betriebsgebiet in Westösterreich ist in die Jahre gekommen, zugleich haben sich die Bedürfnisse der ansässigen Unternehmen und Beschäftigten verändert. Damit stellt sich die Frage nach der **langfristigen Wettbewerbsfähigkeit** und der Notwendigkeit einer **zukunftsgerichteten Standortprofilierung** für die Rossau in Innsbruck.

In einem zweijährigen Planungsprozess unter intensiver Einbindung lokaler Stakeholder hat die Stadt Innsbruck unter dem Titel „Standortoffensive Rossau“ ein IEK auf Stadtteil-ebene erarbeitet. Strategische räumliche Ziele wurden für konkrete **Handlungsfelder** wie **öffentlichen Raum**, **städtebauliche Qualitäten**, **Mobilität** und **Energie** definiert, ergänzt um **Querschnittsthemen** wie **Wirtschaft**, **Klimaanpassung** oder **Digitalisierung**. Das Ergebnis ist ein breit getragenes Konzept mit **konkreten Umsetzungsmaßnahmen** und **Schlüsselprojekten**, die im Sinne eines kontinuierlichen Arbeitsprozesses vorangetrieben werden.

→ Weitere Informationen
zum Projekt: siehe
Kap. 5 – Beispiele aus
der Praxis, S. 76 f.

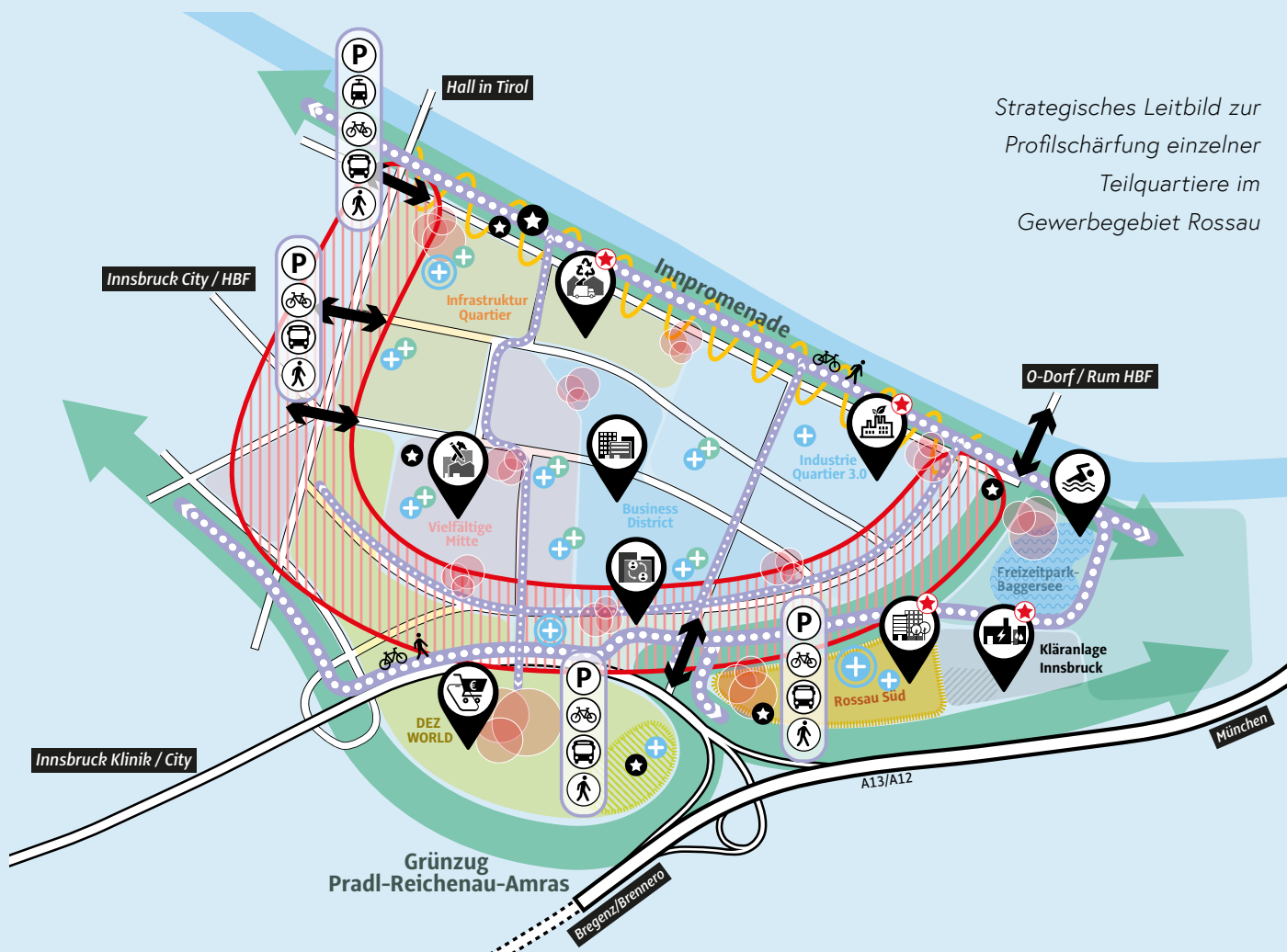
Zur dauerhaften Begleitung von Umsetzungsvorhaben im Quartier wurde das **Quartiersmanagement** Rossau als Organisationsstruktur in Kooperation mit verschiedenen Partner:innen (Stadt, Land, Wirtschaftskammer) ins Leben gerufen.

Auf diese und weitere Fragen hat das IEK Antworten gegeben:

- Wie kann sich das Betriebsgebiet zu einem **zukunftsorientierten** und **wettbewerbsfähigen Wirtschaftsquartier** weiterentwickeln?
- Welche Anforderungen ergeben sich daraus für **Erreichbarkeit** und **klimafreundliche Mobilität**?
- Welche **Standortqualitäten** sollen Unternehmen und Beschäftigten geboten werden und welche Bedeutung kommt dabei den öffentlichen Räumen zu?
- Wie lassen sich **innovative Energiekonzepte** gezielt voranbringen?
- Wie können bestehende **Gewerbeflächen** transformiert und gleichzeitig **Flächenverbrauch** sowie **Versiegelungsgrad** möglichst gering gehalten werden?
- Wie gelingt es, **Grundeigentümer:innen** und **Unternehmer:innen** aktiv in den Planungsprozess einzubeziehen?

Weitere Praxisbeispiele für die strategisch-räumliche Entwicklung eines Quartiers, Stadt- oder Ortsteils:

- ISEK NikolaiQuartier, Villach (K) → siehe auch Kap. 5, S. 78 f.
- Münchenholz, Steyr (OÖ)
- ISEK Wolfsberg (K)
- Schendlingen, Bregenz (V)
- Stadtteilentwicklungskonzepte Wien (z. B. SEK Mitte 15, SEK Hausfeld etc.) (W)



Weiterentwicklung der Innenstadt

Das IEK für die strategisch-räumliche Entwicklung des Ortszentrums oder der Innenstadt

Masterplan Innenstadt Dornbirn (V)

Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung der Innenstadt

Kurzbeschreibung:

Die Fußgängerzone der Dornbirner Innenstadt entspricht hinsichtlich Gestaltung und Funktionalität nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Zwar wurden **punktuell Erweiterungen** umgesetzt und die Nutzungen in der gesamten Innenstadt haben deutlich zugenommen, dennoch zeigte sich im Zuge verschiedener anstehender Einzelmaßnahmen die **Notwendigkeit eines übergeordneten Gesamtkonzepts**.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Dornbirn einen **Planungsprozess** zur Erstellung des „**Zukunftsbilds Innenstadt Dornbirn**“ initiiert, bei dem lokale Akteur:innen und die interessierte Öffentlichkeit intensiv eingebunden wurden.

Im Ergebnis liegt ein **Masterplan** vor, der sowohl als **strategische Orientierung** dient als auch konkrete **Handlungsfelder** und **Umsetzungspotenziale** aufzeigt. Ziel war es, unterschiedliche **Innenstadt-Akteur:innen** sowie bestehende **Fachkonzepte** miteinander zu vernetzen und so einen gemeinsamen Blick in die Zukunft zu entwickeln. Durch eine gezielte Budgetplanung konnte zudem die Bereitstellung der erforderlichen Mittel gesichert werden.

→ Weitere Informationen
zum Projekt: siehe
Kap. 5 – Beispiele aus
der Praxis, S. 80f.

Auf diese und weitere Fragen hat das IEK Antworten gegeben:

- Welche **Anforderungen** wird die **Innenstadt** in Zukunft erfüllen müssen und wie soll sich das **Stadtzentrum** weiterentwickeln?
- Mit welchen **Angeboten** kann die Innenstadt für **unterschiedliche Zielgruppen** attraktiv bleiben?
- Wie können öffentliche Räume zu **attraktiven Erlebnis- und Verweilräumen** mit hoher Aufenthaltsqualität weiterentwickelt werden?
- Wie kann die **Innenstadt klimaresilient** gestaltet werden?
- Welche Anforderungen ergeben sich für **Erreichbarkeit und Mobilität**?
- Wie können die vielfältigen **Akteur:innen** aktiv in die Innenstadtentwicklung eingebunden werden?

Weitere Praxisbeispiele für die strategisch-räumliche Entwicklung eines Quartiers, Stadt- oder Ortsteils:

- Vision und Masterplan Arnoldstein 2033 (K) → siehe auch Kap. 5, S. 82f.
- Innenstadt Linz (OÖ)
- Trofaiach Innenstadt (ST)
- ISEK⁴ Lienz (T) → siehe auch Kap. 5, S. 74f.
- Schrems 2030 (NÖ)

Das Innenstadtentree am Rathaus Dornbirn soll das kreative Umfeld und das Museum zu einem lebendigen Begegnungsraum verbinden.



Gesamtstädtische Entwicklung

Das IEK als strategischer Rahmen für die Erarbeitung eines formellen Planungsinstruments (z. B. Örtliches Entwicklungskonzept, STEK)

Tulln Strategie 2030, Tulln an der Donau (NÖ)

Zukunftsprozess zur gesamtstädtischen Entwicklung

Kurzbeschreibung:

Anlässlich der notwendigen Fortschreibung des **Örtlichen Entwicklungskonzepts** (ÖEK) hat die Stadt Tulln an der Donau die Gelegenheit genutzt, einen breit angelegten **Planungs- und Beteiligungsprozess** zu starten.

Dieser diente als strategischer Rahmen, um **zentrale raumrelevante Zukunftsfragen** zu bearbeiten und Ziele für eine **gemeinwohlorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung** zu formulieren. Der Prozess ging dabei bewusst über den üblichen Rahmen eines ÖEK hinaus: Es wurden sowohl **räumliche** als auch **politische Schwerpunktsetzungen** vorgenommen. Auf Grundlage strategischer Leitziele wurden **Ansätze für Leitprojekte** entwickelt, die in einem weiteren Schritt zu sichtbaren Ergebnissen der Tulln-Strategie werden sollten.

→ Weitere Informationen
zum Projekt: siehe
Kap. 5 – Beispiele aus
der Praxis, S. 70f.

Die Umsetzung der daraus hervorgegangenen Projekte und Ideen erfolgt seit mehreren Jahren und stellt bis heute eine **kontinuierliche Aufgabe** der Stadt dar.

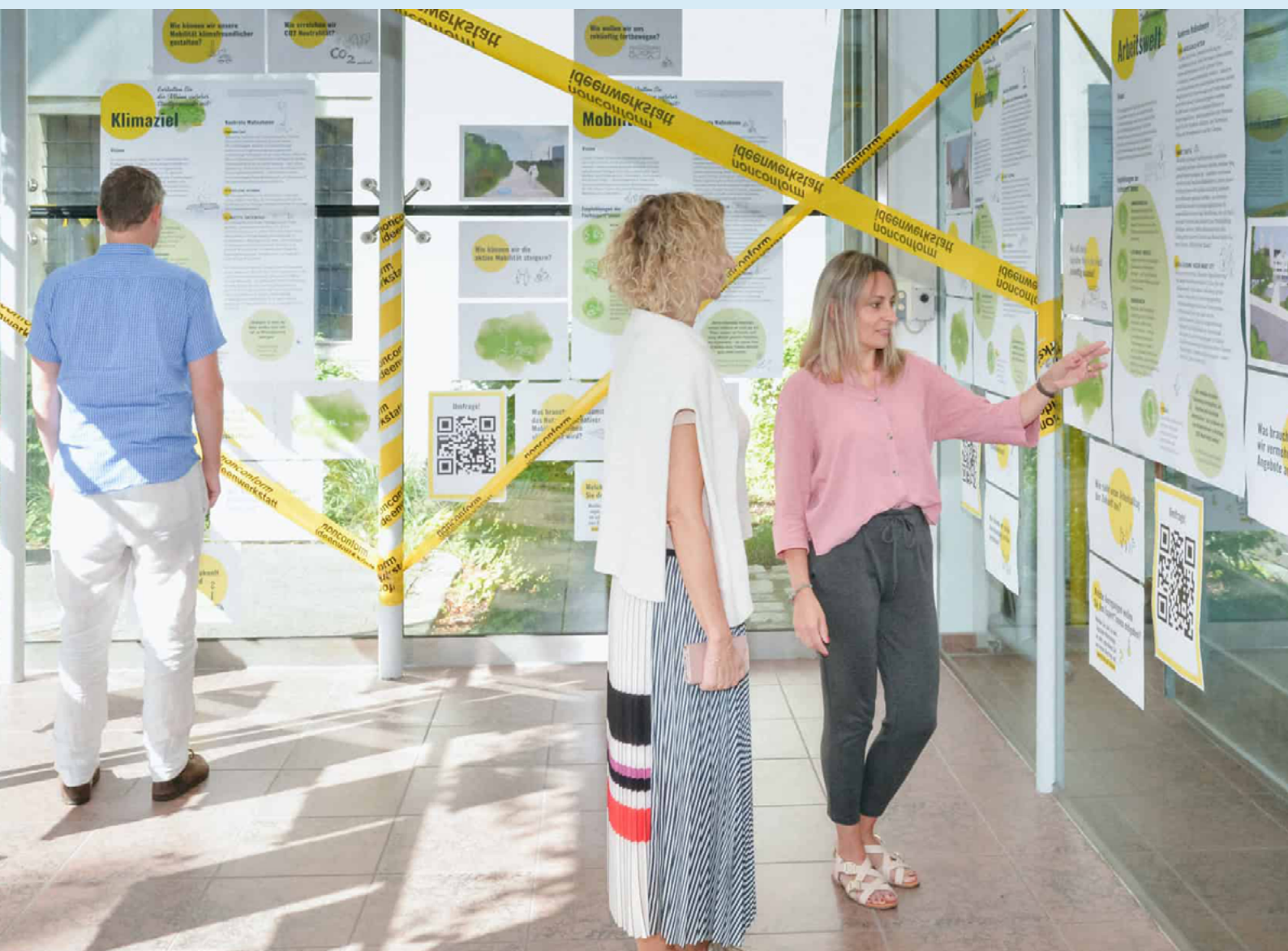
Auf diese und weitere Fragen hat das IEK Antworten gegeben:

- ➔ Wohin möchte sich die Stadt in den nächsten 15 Jahren entwickeln?
- ➔ Welche **Veränderungen** kommen auf die Stadt zu und worauf muss frühzeitig reagiert bzw. aktiv gestaltet werden?
- ➔ Wie kann mit der **Bevölkerungsentwicklung** umgegangen und gleichzeitig eine **nachhaltige Siedlungsentwicklung** ohne zusätzlichen Flächenverbrauch verfolgt werden?
- ➔ Wie können die **öffentlichen Grün- und Freiräume** weiterentwickelt werden?
- ➔ Wie kann die **Innenstadt** auch künftig **lebendig** bleiben?
- ➔ Wie lassen sich **Bürger:innen** und **zentrale Stakeholder** aktiv in den Prozess einbeziehen?

Weitere Praxisbeispiele:

- ➔ Räumlicher Entwicklungsplan Bregenz (V) → siehe auch Kap. 5, S. 72f.
- ➔ Kalsdorf 2040 (ST)
- ➔ Stadtkonzept St. Valentin (OÖ)

Über Videos, Podcasts, Plakate und eine Ausstellung im Rathaus Tulln konnten sich Bürger:innen informieren und eigene Ideen einbringen.



Fahrplan zur klimaneutralen Stadt

Das IEK als strategisches Gesamtkonzept mit einer thematischen Zielsetzung (z. B. Klimaneutralität)

Klimaneutralitätsfahrplan Rankweil (V)

Zukunftsprozess zur klimaneutralen Stadt

Kurzbeschreibung:

Die Marktgemeinde Rankweil in Vorarlberg hat im Rahmen des Bundesprogramms „**Klimaneutrale Stadt**“ einen koordinierten **Strategie-** und **Dialogprozess** durchgeführt.

In einem breit angelegten Austausch zwischen **Verwaltung**, **Politik**, **Fachexpert:innen** und **Bevölkerung** wurden zentrale Handlungsfelder definiert – von **Energie**, **Mobilität** und **Raumplanung** bis hin zu **Landwirtschaft** und **Kreislaufwirtschaft**.

Der daraus entwickelte **Umsetzungsplan** zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2040 dient als Richtschnur für das zukünftige **Verwaltungshandeln** und formuliert daraus resultierende **Umsetzungsmaßnahmen**. Darunter wurden **Leitprojekte** festgelegt, die von der Sanierung kommunaler Gebäude über Begrünung und Entsiegelung bis zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Förderung klimafreundlicher Mobilität reichen.

→ Weitere Informationen zum Projekt: siehe Kap. 5 – Beispiele aus der Praxis, S. 84f.

Auf diese und weitere Fragen hat das IEK Antworten gegeben:

- ➔ Wie kann die Gemeinde **bis 2040 klimaneutral** werden?
- ➔ Welche **Konsequenzen** ergeben sich daraus für die **zentralen Handlungsfelder der Raumentwicklung** – wie etwa Verkehr, Energie, Gebäude, Siedlungsentwicklung und Landschaft?
- ➔ Wo ist die **öffentliche Hand** gefordert, ins konkrete **Handeln** zu kommen, und welchen **Kurs** sollte sie dabei konsequent verfolgen?
- ➔ Welche **Schlüsselprojekte** lassen sich auf den Weg bringen, um sicht- und spürbare Zeichen einer zukunftsgerichteten Veränderung zu setzen?
- ➔ Welche **neuen Aufgaben** kommen auf die kommunale Verwaltung zu – und welche **Unterstützung** braucht es dafür seitens der Politik?
- ➔ Welche **finanziellen Anforderungen** ergeben sich daraus und welche **Förderinstrumente** können dafür wirksam eingesetzt werden?

Weitere Praxisbeispiele für die strategisch-räumliche Entwicklung eines Quartiers, Stadt- oder Ortsteils:

- ➔ Tulln 2030 (NÖ) → siehe auch Kap. 5, S. 70 f.
- ➔ Klimastrategie Vöcklabruck 2040 (OÖ)
- ➔ Klima-Rahmenstrategie St. Pölten (NÖ)
- ➔ Klimaneutrale Smart City Klagenfurt 2030 (K)

Das Klimaleitbild Rankweil zeigt, wie Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen konkrete räumliche Wirkung entfalten.





Mindeststandards: Was ein IEK erfüllen muss

Auch wenn jedes IEK von unterschiedlichen Ausgangslagen und Aufgabenstellungen ausgeht und daher spezifische Antworten liefert – sowohl inhaltlich in Ausrichtung und Schwerpunktsetzung als auch in der prozessualen Gestaltung –, lassen sich grundlegende Basiselemente identifizieren, die jedem IEK gemeinsam sind.

Arbeitsweise und Methodik: Anwendung der IEK-Grundprinzipien

- Ein IEK verbindet strategische Ziele mit konkreter Umsetzung.
- Ein IEK verfolgt einen gemeinwohlorientierten Entwicklungsansatz.
- Ein IEK bündelt Ressourcen und schafft Planungseffizienz.
- Ein IEK ist eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe und sichert abgestimmtes Handeln.
- Ein IEK setzt auf fachübergreifendes und interdisziplinäres Vorgehen.
- Ein IEK ermöglicht breite Beteiligung unterschiedlicher Akteur:innen.
- Ein IEK entwickelt ortsspezifische Strategien und Lösungsansätze.
- Ein IEK ist das Ergebnis eines maßgeschneiderten und lernenden Prozesses.

Politische Absicherung

- Politische Beschlussfassung zur Durchführung des IEK (inkl. Sicherstellung der Finanzierung)
- Politische Beschlussfassung des Endergebnisses des IEK

→ Weitere Informationen: siehe Kap. 4 – Die Phase 0 (Vorphase): Das IEK auf den Weg bringen, S. 48 ff.

Organisation und Steuerung

- Hauptverantwortliche Zuständigkeit in der öffentlichen Verwaltung
- Zusammenarbeit unterschiedlicher Verwaltungsabteilungen und ggf. öffentlicher Unternehmen
- Steuerungsgruppe/Lenkungsgruppe/Arbeitsgruppe
- Ggf. Hinzuziehung externer Prozessbegleitung durch ein Fachbüro
- Ggf. Hinzuziehung externer Planungsexpertise durch ein Fachbüro

→ Weitere Informationen: siehe Kap. 3 – Erstes Weichenstellen für ein IEK, S. 40 ff., sowie Kap. 4 – Die Phase 0 (Vorphase): Das IEK auf den Weg bringen, S. 48 ff.

Beteiligung und Akteur:innen

- Einbindung der Öffentlichkeit
- Einbindung relevanter Stakeholder
- Öffentlichkeitsinformation

→ Weitere Informationen: siehe Kap. 4 – Beteiligung und Akteur:innen, S. 64 ff.

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

Bestandteile eines IEK

- Bestandsanalyse und Entwicklungsperspektiven
- Entwicklungskonzept und Umsetzungsstrategie
- Räumliche Darstellung in qualitätsvollen Karten und Plänen
- Dokumentation der Ergebnisse (Endbericht)

Themen und Inhalte

→ Auseinandersetzung mit bestehenden Zielsystemen und Entwicklungszielen auf Landes-/Regional-/Kommunalebene

(z. B. Landesentwicklungspläne, Regionale Entwicklungspläne/-programme, gesamt-kommunale oder gesamtstädtische Konzepte wie ÖEK/STEK, Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Strategien, Leitbilder, Rahmenpläne, teilräumliche Konzepte etc.)

→ Berücksichtigung und Integration übergeordneter Querschnittsthemen in Abhängigkeit lokaler Rahmenbedingungen

(z. B. Klimaschutz, Klimawandelanpassung, demografischer Wandel, digitale Transformation, Wirtschaftsentwicklung, Inklusion, sozialer Zusammenhalt, Integration etc.)

→ Zu behandelnde raumrelevante Themenbereiche:

→ Siedlungsentwicklung und Bodenschutz

(z. B. Siedlungsraum, Siedlungsgrenzen, Flächeninanspruchnahme, Flächennutzung, Flächenwidmung, Baulandreserven, Brachen und untergenutzte Flächen, Versiegelung und Bodenfunktionen etc.)

→ Grünraum, Landschaft, Naturräume und Biodiversität

(z. B. Grünraumstrukturen und Anknüpfung an übergeordnete Systeme, Topografie/prägende Landschaftsstrukturen und Landschaftsbild, Schutzstatus, Biotoptypen und Biotopvielfalt, Vernetzungsgrad von Grün- und Freiflächen, klimawirksame Funktionen von Grünraum, Gewässer, Entwicklungstrends etc.)

→ Umwelt, Klima und Ressourcenschonung

(z. B. Lärmemission, Grünraumversorgung / Anteil Grünflächen, CO₂-Emissionen, Energie, Versiegelungsgrad, Kaltluft- und Frischluftversorgung über Gemeindegrenzen hinweg, Luftqualität, Hitze- und Wärmeinseleffekte, Extremwetterereignisse, Hochwasserschutz, Überschwemmungsbereiche, grün-blaue Infrastruktur, Vulnerabilität, Klimatope etc.)

→ **Städtebau, Freiraum und öffentlicher Raum**

(z.B. Gebäudestrukturen, Gebäudetypologien, Erschließung, Raumkanten, Blickbeziehungen, Höhenentwicklung, Dichte, städtebauliche Akzente, Raumsequenzen, zentrale öffentliche Frei- und Grünraumstrukturen, öffentliche Plätze, Wege, Verbindungen etc.)

→ **Gebäudebestand und Nutzungen**

(z.B. Gebäudestruktur nach Nutzungsart, Leerstände, Sanierungszustand der Gebäude, Barrierefreiheit, Kulturdenkmäler, historische Gebäudesubstanz und Denkmalschutz, (leer stehender) Gebäudebestand in Orts-/Stadtkernen oder Quartieren etc.)

→ **Wirtschaft, Handel und Zentrenfunktionen**

(z.B. Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität, Funktionen und Nutzungsdurchmischung, Leerstand und Leerstandsquote, Branchenstruktur, Frequenzen und Passantenströme, Flächenangebote für Gewerbe, Dienstleistung und Handel, Arbeitsplätze, Märkte, touristische Angebote, Gastronomie- und Kulturangebote, zentrale Treffpunkte und Identifikationsorte, Versorgungsfunktionen etc.)

→ **Soziale Infrastruktur/Daseinsvorsorge**

(z.B. Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Sporteinrichtungen, öffentliche Spielplätze, Jugendeinrichtungen, Bewegungs-, Begegnungs- und Nachbarschaftsorte, soziale Treffpunkte, Gesundheitseinrichtungen etc.)

→ **Verkehr, Mobilität und Erreichbarkeit**

(z.B. verkehrliche Anbindung nach Verkehrsart, Modal Split, Pendel- und Verkehrsbeziehungen mit dem Umfeld, ÖV-Versorgung und Güteklassen, Fuß- und Radverkehr, Multimodale Verknüpfungspunkte, Verkehrsbelastung, ruhender Verkehr, Liefer- und Wirtschaftsverkehr, Logistik, Last Mile, Sharingangebote, Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen, Alltagswege etc.)

→ **Berücksichtigung und Auseinandersetzung mit thematischen Fachplanungen**

(z.B. Zentrenkonzept, Gestaltungs- und Ortsbildkonzept, Wohnbaukonzept, Mobilitäts- und Verkehrskonzept, Sozialraumkonzept, Grünraumkonzept, Wirtschaftskonzept, Landwirtschaftskonzept etc.)

→ Weitere Informationen:
siehe Kap. 4 – Themen-
baukasten, S. 60ff.

2. Komplexe Fragen – integrierte Antworten



Warum integrierte Ansätze gefragt sind

Gemeinden, Städte und Regionen in Österreich sind zunehmend mit tiefgreifenden Veränderungen konfrontiert. Diese Entwicklungen haben direkte räumliche Auswirkungen auf unsere Lebensräume, treten oftmals gleichzeitig auf, beeinflussen einander und verstärken sich gegenseitig. Dazu gehören:

Demografische Entwicklung

In einigen Gemeinden und Städten wächst die Bevölkerung deutlich und erhöht den Druck beispielsweise auf Wohnraum, Infrastruktur und Verkehr. Andere Regionen verlieren hingegen an Bedeutung – häufig als Folge wirtschaftlicher Veränderungen – und sehen sich mit **Leerständen**, **sinkenden Einnahmen** und der **Sicherung der Daseinsvorsorge** konfrontiert. Besonders in den **Ortszentren** werden diese Entwicklungen unmittelbar sichtbar. Gleichzeitig altert unsere Gesellschaft. Das bedeutet ganz konkret: mehr Bedarf an **barrierefreiem Wohnen**, **kurzen Wegen**, **medizinischer Versorgung** und **sozialer Infrastruktur**.

Leitfragen für die Planung:

- ➔ *Wie können sich Gemeinden und Städte strategisch auf diese Veränderungen vorbereiten – und wie sieht eine vorausschauende Planung aus, die langfristig tragfähige Lösungen ermöglicht?*

Klimawandel

Der **Klimawandel** zeigt sich direkt vor Ort, zum Beispiel durch Hitzeinseln in Innenstädten, Starkregenereignisse und Überschwemmungen, steigenden Ressourcenverbrauch und Flächenkonkurrenz. Zugleich verändern die Klima- und Energiekrise unser Handeln und erfordern neue Lösungen in Fragen der Raumplanung: **mehr Grün** in den Quartieren, **klimaangepasste Bauweisen**, einen sorgsamen Umgang mit **Boden** und **erneuerbaren Energiesystemen**. **Nachhaltige Verkehrssysteme**, die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und neue **Mobilitätsangebote** werden zu zentralen Zukunftsaufgaben in den Gemeinden und Städten.

Leitfragen für die Planung:

- ➔ *Welche planerischen Weichen müssen heute gestellt werden, damit Quartiere, Infrastrukturen und Mobilitätssysteme künftig klimaangepasst, resilient und zukunftsfähig sind?*

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

Technologischer und wirtschaftsstruktureller Wandel

Digitalisierung, neue Arbeitsformen und wirtschaftsstrukturelle Veränderungen prägen Arbeitswelten, Vertriebsmodelle, Logistikstrukturen und Konsumverhalten. Die Folgen sind in **Ortskernen und Innenstädten** unmittelbar sichtbar: Nutzungen verschieben sich, Kaufkraft verlagert sich und die Anforderungen an Handel, Gewerbe und Dienstleistungen wandeln sich. Gleichzeitig gewinnen öffentliche Räume als Orte der Begegnung und sozialen Interaktion an Bedeutung.

Leitfragen für die Planung:

- ➔ *Wie können Gemeinden und Städte auf diese tiefgreifenden Veränderungen reagieren und ihre Ortskerne und Zentren so weiterentwickeln, dass sie auch künftig lebendig, funktionsfähig und attraktiv bleiben?*

Gebäudebestand und Flächenverbrauch

Insbesondere im Kontext des **Wohnens** gewinnt der verantwortungsvolle Umgang mit dem vorhandenen **Bestand** zunehmend an Bedeutung. Wohnraum wird knapper und teurer, sowohl in wachsenden Städten als auch in ländlichen Gemeinden. Gleichzeitig rückt der sparsame Umgang mit **Boden**, nicht zuletzt im Sinne der **Nachhaltigkeitsziele**, immer stärker in den Fokus.

Leitfragen für die Planung:

- ➔ *Wie kann flächensparend, qualitativ und bezahlbar neuer Wohnraum geschaffen oder bestehender Raum aktiviert werden? Wie lassen sich lebendige Quartiere entwickeln, ohne weiter in die Fläche zu wachsen?*

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Aktuell geraten die kommunalen Haushalte zunehmend unter Druck: Die Einnahmen gehen zurück, während die Ausgaben steigen. Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge wird zu einer wachsenden Herausforderung, während die finanziellen Spielräume für Neuinvestitionen oder gar Neuentwicklungen immer kleiner werden. Öffentliche Mittel müssen daher noch effizienter, nachhaltiger und zielgerichteter eingesetzt werden. Parallel dazu verändern sich auch die politischen Prozesse: Mehrheiten werden dynamischer, und der Wunsch nach **Transparenz, Beteiligung und Mitgestaltung** seitens der Bevölkerung nimmt spürbar zu.

Leitfragen für die Planung:

- ➔ *Wie können Gemeinden und Städte ihre Handlungsspielräume sichern und gleichzeitig zukunftsorientierte Investitionen verantwortungsvoll steuern – und welche Anforderungen ergeben sich dabei an Planungsprozesse, um Transparenz, Beteiligung und Mitgestaltung wirksam und nachhaltig zu gewährleisten?*

Synergien bündeln, effizient agieren

Einzelmaßnahmen in der räumlichen Planung und Entwicklung reichen angesichts dieser Herausforderungen nicht mehr aus. Gefragt sind ganzheitliche, vorausschauende und zukunftsorientierte Konzepte und Strategien, die unterschiedliche Handlungsfelder – von Siedlungsentwicklung über Energie und Mobilität bis hin zu Klimavorsorge sowie Frei- und Grünräumen – miteinander verknüpfen. Sie schaffen Klarheit, setzen Prioritäten und geben Orientierung für zukunftsweisende Entscheidungen. Der methodische Ansatz der integrierten Entwicklungsplanung greift genau diese Anforderungen auf und führt sie in einem abgestimmten, strategischen Gesamtprozess zusammen.

IEK: Ganzheitlich, vorausschauend und fachübergreifend

Ziel eines IEK ist es, für konkret definierte Gebiete langfristig wirksame **Planungslösungen** zu entwickeln. Dabei werden unterschiedliche Aufgaben- und Themenfelder – von räumlichen, gestalterischen und funktionalen Themen bis hin zu sozialen und wirtschaftlichen Fragestellungen – zu einem ganzheitlichen Gesamtkonzept zusammengeführt. Im Ergebnis eines derartigen Planungsprozesses steht das IEK.

→ Weitere Informationen: siehe Kap. 4 – Beteiligung und Akteur:innen, S. 64 ff.

Ein IEK ist ein **informelles Planungsinstrument**. Es führt bestehende sowie neu zu definierende Ziele einer Gemeinde oder Stadt zu einer übergeordneten, **integrierten Konzeption** zusammen. Dabei werden regionale sowie gesamtkommunale und interkommunale Rahmenbedingungen berücksichtigt, sodass die örtliche Entwicklung stets in einen größeren Zusammenhang eingebettet wird. Ein IEK ist geeignet, bereits vorhandene Planungen und Konzepte zu verknüpfen und übergeordnete Strategien einzubeziehen. Zielkonflikte können durch diese vorausschauende und gesamtheitliche Planung frühzeitig erkannt und verringert werden.

IEK können auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen eingesetzt werden: für einzelne Quartiere oder Stadtteile, für Innenstädte und Ortszentren, für das gesamte Gemeinde- oder Stadtgebiet sowie interkommunal für mehrere Städte, Gemeinden oder Regionen. Mit einem Planungshorizont von etwa 10 bis 15 Jahren dienen sie als verlässlicher Leitfaden für künftige Entscheidungen, bilden die **fachliche Grundlage** für verantwortungsvolle Planungsprozesse und schaffen damit klare Rahmenbedingungen für konkrete **Umsetzungsmaßnahmen**.

IEK: Prozessorientiert, transparent und inklusiv

Die Erstellung eines IEK ist ein fachübergreifender Prozess mit offenem und selbstbestimmten Charakter. Je nach Ausgangslage und Fragestellung werden relevante Akteur:innen – beispielsweise aus **Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Sozialem und Zivilgesellschaft** – über einen maßgeschneiderten **Beteiligungs- und Kommunikationsprozess** in die Erarbeitung einbezogen.

→ Weitere Informationen:
siehe Kap. 4 – Beteiligung
und Akteur:innen, S. 64

Dadurch werden **Transparenz** und **Nachvollziehbarkeit** in Planung und Entscheidungsfindung gestärkt. Zugleich erhöht sich die **Tragfähigkeit** der Ergebnisse für die Umsetzung konkreter Vorhaben und Maßnahmen. Durch die Einbeziehung des lokalen Wissens werden Planungen passgenauer und besser an den jeweiligen Kontext angepasst.

Diese Offenheit bedeutet jedoch auch, dass der **Prozess** sorgfältig gestaltet und gesteuert werden muss. Die Moderation und Prozessbegleitung haben die Aufgabe, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen und gemeinsam tragfähige planerische Lösungen zu entwickeln.

So schaffen Gemeinden und Städte in Österreich mit IEK die Grundlage für gemeinsame Diskussions- und Entwicklungsprozesse und nutzen diese als lebendige Arbeitsdokumente – im fachlichen ebenso wie im politischen und gesellschaftlichen Alltag.



IEK: Wirksam, planungssicher und kosteneffizient

Durch ihren ganzheitlichen, fachübergreifenden und Akteur:innen einbindenden Ansatz schaffen IEK ein hohes Maß an **Planungssicherheit** – und dies vor allem mit Blick auf ihren langfristigen Wirkungszeitraum. Sie bilden einen klaren Orientierungsrahmen und damit eine verbindliche Entscheidungsgrundlage für nachfolgende Umsetzungsmaßnahmen. So entstehen **Kontinuität, Transparenz und Effizienz**. Gleichzeitig tragen IEK wesentlich zur Qualitätssicherung bei, da Projekte und Vorhaben stets in eine übergeordnete gesamtstrategische Planung eingebettet sind.

Darüber hinaus schaffen IEK die Basis für einen gezielten und wirksamen Einsatz finanzieller Mittel. Klare Zielsetzungen und verlässliche Rahmenbedingungen erleichtern **Investitionsentscheidungen** – sowohl seitens der öffentlichen Hand als auch privater Akteur:innen.

Schon heute besteht in Österreich die Möglichkeit, sowohl die Erstellung solcher Konzepte als auch die daran anknüpfenden Umsetzungsmaßnahmen über fachspezifische **Förderprogramme** zu unterstützen. Gleichzeitig wird auf Bundesebene an der Koordinierung und besseren Ausrichtung bestehender Programme und Mittel gearbeitet.

→ *Weitere Informationen: siehe Kap. 7 – Fördermöglichkeiten und Förderstellen, S. 90ff.*

3. Erstes Weichenstellen für ein IEK



Wichtiger Hinweis für die Leser:innen:

Österreich zeichnet sich durch eine ausgeprägte räumliche Vielfalt aus: von kleinen Gemeinden und Städten über Mittelstädte bis hin zu großen urbanen Städten. Selbst Kommunen vergleichbarer Größe unterscheiden sich oft voneinander. Diese Unterschiede betreffen nicht nur räumliche und funktionale Gegebenheiten, sondern auch strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen.

So variieren etwa **Verwaltungsabläufe**, politische **Entscheidungswege** und interne **Organisationsstrukturen** von Stadt zu Stadt. Auch wenn diese Unterschiede häufig im Detail liegen, haben sie spürbare Auswirkungen auf den Prozess zur Erstellung eines IEK – insbesondere auf die Ausgestaltung der Vorbereitungsphase.

Darüber hinaus unterscheiden sich die **inhaltlichen Schwerpunkte** eines IEK je nach Anlass, Aufgabenstellung und lokalen Herausforderungen. Ebenso variieren die vorhandenen **Konzepte und Planungsgrundlagen**, auf die ein IEK aufbauen oder Bezug nehmen kann. Ein einheitliches Vorgehen lässt sich daher nur bedingt festlegen; vielmehr erfordert jedes Verfahren eine Anpassung an die spezifischen Gegebenheiten vor Ort.

Vor diesem Hintergrund möchten wir die Leser:innen ausdrücklich dazu ermutigen, insbesondere Kapitel 3 „Erstes Weichenstellen für ein IEK“ (S. 40 ff.) sowie Kapitel 4 „Der Weg zum IEK“ (S. 46 ff.) mit der notwendigen Offenheit zu lesen. Die dort beschriebenen Vorgehensweisen sind als praxisorientierte Empfehlungen zu verstehen, die bei Bedarf flexibel an die individuellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Gemeinde oder Stadt angepasst werden sollten.

Was vor dem Start zu klären ist: Zentrale Fragen zur Vorbereitung

Bevor mit der Erstellung eines IEK bzw. mit dem Erarbeitungsprozess begonnen wird, sind vonseiten der Gemeinde oder Stadt als durchführende Instanz einige **grundlegende Überlegungen** anzustellen. Diese bilden entscheidende Weichenstellungen für den Verlauf des Prozesses.

In dieser frühen Phase geht es darum, einige zentrale Fragen zu klären. Sie sind entscheidend dafür, dass der Prozess gut funktioniert und am Ende überzeugende Ergebnisse entstehen.

Sind diese grundlegenden Fragen beantwortet, ist eine stabile Grundlage für den weiteren IEK-Prozess geschaffen. So können die nächsten Schritte gut vorbereitet werden – etwa die organisatorische Verankerung, die Klärung von Zuständigkeiten und die Einbindung wichtiger Akteur:innen.

Zentrale Fragen für die Vorbereitung:

- ➔ *Warum ist die Erstellung eines IEK gerade jetzt sinnvoll? Gibt es konkrete **Anlässe** – etwa drängende **Herausforderungen** oder aktuelle **Entwicklungen** –, die einen gesamthaften Prozess unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteur:innen erforderlich machen?*
- ➔ *Wie kann sichergestellt werden, dass Politik und Verwaltung gemeinsam **Verantwortung für den IEK-Prozess** übernehmen und daraus ein gemeinsames Momentum für die Umsetzung entsteht? In welcher **Abteilung** der Verwaltung soll die Zuständigkeit für das IEK verankert werden? Wer übernimmt die **Prozess- und Projektkoordination**?*
- ➔ *Welche **Verwaltungsabteilungen** sind einzubeziehen und wie kann deren **Zusammenarbeit** organisiert werden?*
- ➔ *Welche **weiteren Akteur:innen** sind für den Prozess relevant und müssen berücksichtigt werden? Welche Anforderungen ergeben sich daraus für den Planungs- und Beteiligungsprozess?*
- ➔ *Ist eine externe **Prozessbegleitung** sinnvoll oder erforderlich?*
- ➔ *Wie wird gewährleistet, dass die **Potenziale des Raumes** umfassend erkannt und genutzt werden? Kann ein „**Blick von außen**“ – etwa durch externe Expert:innen aus Raumplanung, Städtebau, Mobilitäts- oder Freiraumplanung – die fachliche Bearbeitung sinnvoll unterstützen?*

Klare Strukturen aufstellen: Zuständigkeiten und Zusammenarbeit klären

IEK-Prozesse schaffen die Grundlage für die Aushandlung gemeinsamer Ziele, Strategien und Handlungsgrundsätze sowie deren arbeitsteilige Umsetzung. Erst eine **ämterübergreifende Zusammenarbeit** – einschließlich der **Einbindung kommunaler Unternehmen** – ermöglicht den Abgleich und die Bündelung von Zielsetzungen, die Vereinfachung von Abstimmungsprozessen, die klare Zuordnung von Aufgaben und Zuständigkeiten sowie eine gezielte kommunalpolitische Schwerpunktsetzung.

Damit diese Zusammenarbeit von Anfang an gelingt, sind interne **organisatorische** und **inhaltliche Voraussetzungen** zu schaffen, Überlegungen für geeignete **Organisationsstrukturen** anzustellen und die Frage der **internen Federführung** zu klären. Da es sich um ein räumliches Konzept handelt, sollten die Zuständigen sowohl über fachliche Kompetenzen in Raumplanung oder Städtebau als auch über kommunikative Fähigkeiten zur Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteur:innen verfügen.

Darüber hinaus bedarf es des Bewusstseins dafür, dass ein IEK-Prozess interne personelle und finanzielle **Ressourcen** erfordert. Für die Vorbereitung derartiger Prozesse stehen gegebenenfalls **Förderungen** zur Verfügung.

→ Weitere Informationen:
siehe Kap. 7 – Fördermöglichkeiten und Förderstellen, S. 90 ff.

Vielfalt managen: Relevante Akteur:innen identifizieren und einbinden

Die Zahl und Vielfalt der an der integrierten Entwicklungsplanung beteiligten Akteur:innen hat zugenommen. Neben der Einbindung verwaltungsinterner Stellen und kommunaler Institutionen erfordert die Erarbeitung eines IEK zunehmend die Mitwirkung eines breiten Spektrums weiterer Beteiligter. Dazu zählen neben **politischen Vertreter:innen** häufig auch relevante **private Akteur:innen**, deren Einbeziehung wesentlich dazu beiträgt, Verständnis, Akzeptanz und Umsetzbarkeit von Zielen und Maßnahmen zu fördern.

Aus der Anzahl der zu beteiligenden Akteur:innen und der Komplexität der **Akteur:innenlandschaft** ergeben sich konkrete Anforderungen an Prozessgestaltung und Prozessstruktur. Ebenso leiten sich daraus Anforderungen an Formate und Methoden der Beteiligung ab.

Dieses Verständnis ist entscheidend für die Einschätzung, ob der Prozess aus den eigenen Reihen der Verwaltung heraus gesteuert und moderiert werden kann oder ob hierfür eine externe Prozessbegleitung erforderlich ist.

Externe Expertise: Wann zusätzliche Unterstützung sinnvoll ist

Neben zeitlichen und personellen Ressourcen sind häufig auch spezifische **Fachkenntnisse in der Raum- und Stadtplanung** sowie **Erfahrung in der Prozesssteuerung** und Beteiligung erforderlich.

Ob und in welchem Umfang externe Unterstützung notwendig ist, hängt maßgeblich von der konkreten Aufgabenstellung ab. Insbesondere Umfang und Komplexität des Vorhabens bestimmen, ob die Gemeinde oder Stadt den Prozess eigenständig bewältigen kann oder auf externe Expertise zurückgreifen sollte. Die Beauftragung eines Fachbüros oder eines interdisziplinären Planungsteams kann wesentlich dazu beitragen, ein fachlich fundiertes und praxisnahes IEK zu entwickeln. Externe Partner:innen bringen nicht nur methodisches Know-how ein, sondern unterstützen auch dabei, das Konzept passgenau auf die spezifischen Bedürfnisse, Herausforderungen und Zielsetzungen der jeweiligen Gemeinde oder Stadt auszurichten.

Bei der Entscheidung hinsichtlich externer Unterstützung sollten in der Regel mehrere Faktoren berücksichtigt werden:

- ➔ die Größe des Planungsgebietes bzw. des Betrachtungsraumes,
- ➔ die fachliche Komplexität und die thematischen Schwerpunkte,
- ➔ Anspruch und Umfang des Planungs- und Beteiligungsprozesses,
- ➔ Anzahl und Heterogenität der einzubeziehenden Akteur:innen und Stakeholder,
- ➔ Größe der Gemeinde oder Stadt sowie Umfang und Struktur des Verwaltungsapparates,
- ➔ politische Rahmenbedingungen und Entscheidungsprozesse.

Eine sorgfältige Abwägung dieser Aspekte hilft dabei, den Bedarf an externer Begleitung realistisch einzuschätzen und den IEK-Prozess von Beginn an effizient und zielgerichtet zu gestalten.

Politische Rückendeckung sichern: Überzeugungsarbeit leisten

Ein klares **Bekenntnis der politischen Entscheidungsträger:innen** ist eine zentrale Voraussetzung für die Erarbeitung eines IEK und entscheidend für dessen spätere Umsetzung. In vielen Fällen ist es Aufgabe der Verwaltung, den politischen Entscheidungsprozess aktiv zu begleiten und die Vorteile eines IEK nachvollziehbar darzustellen, um die notwendige Akzeptanz in der Gemeinde oder Stadt zu schaffen. Die im Kapitel 2 „Komplexe Fragen – integrierte Antworten“ (S. 34–39) dargestellten Inhalte bieten hierfür wertvolle Argumentationshilfen, um den Mehrwert und die Vorteile eines IEK gegenüber politischen Gremien und weiteren Akteur:innen aufzuzeigen.

Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass es oft hilfreich sein kann, ein geeignetes zeitliches Gelegenheitsfenster zu nutzen – etwa bevorstehende Herausforderungen, Förderprogramme oder Entwicklungsanlässe –, um die politische Unterstützung für die Erstellung eines IEK zu gewinnen.

Gemeindevertreter:innen und politische Entscheidungsträger:innen arbeiten an einem gemeinsamen interkommunalen Zukunftsbild.



4. Der Weg zum IEK



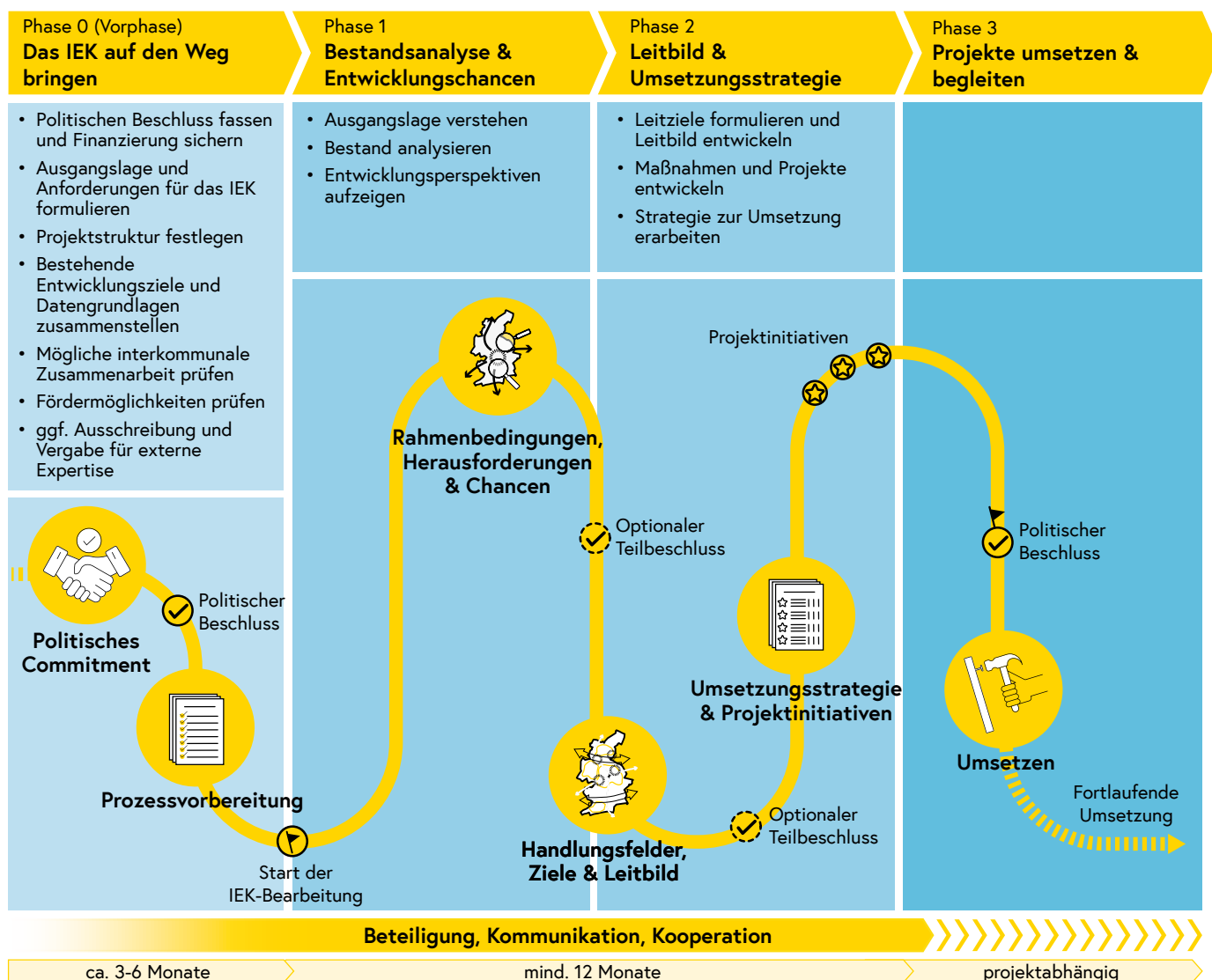
Prozessschritte und Bausteine

Die Erarbeitung eines IEK ist ein strukturierter Prozess, der Orientierung schafft, Beteiligung ermöglicht und Vertrauen aufbaut. Voraussetzung dafür ist ein klar kommunizierter **Durchführungsplan**, der zu Beginn unter Berücksichtigung der lokalen Rahmenbedingungen und prozessualen Anforderungen gemeinsam entwickelt wird. In der integrierten Entwicklungsplanung steht also nicht nur das Ergebnis im Mittelpunkt, sondern auch der gemeinsame Weg dorthin.

Der integrierte Planungsprozess lässt sich dabei in vier aufeinander aufbauende **Phasen** gliedern, wobei die sogenannte Phase 0 als vorbereitende Vorphase den Grundstein für den weiteren Verlauf legt.

Im Folgenden werden die zentralen Schritte des IEK-Prozesses vorgestellt. Ergänzend zur **fachlichen Bearbeitung** ist ein kontinuierlicher **Beteiligungs- und Kommunikationsprozess** vorgesehen, der alle Phasen begleitet. Für jede Phase werden die wesentlichen Inhalte, Schwerpunkte und Bausteine übersichtlich dargestellt.

*Exemplarische
Prozessstruktur eines
IEK in vier Phasen*



Die Phase 0 (Vorphase): Das IEK auf den Weg bringen

- ✓ Politischen Beschluss fassen und Finanzierung sichern
- ✓ Ausgangslage und Anforderungen für das IEK formulieren
- ✓ Projektstruktur festlegen
- ✓ Bestehende Entwicklungsziele und Datengrundlagen zusammenstellen
- ✓ Mögliche interkommunale Zusammenarbeit prüfen
- ✓ Fördermöglichkeiten prüfen
- ✓ Ausschreibung und Vergabe

Eine sorgfältige Vorbereitung bildet das Fundament jedes erfolgreichen IEK. Sie schafft Klarheit über Ziele, Erwartungen und Rahmenbedingungen und legt damit den Grundstein für einen strukturierten, effizienten und tragfähigen Planungsprozess. Eine gute Vorarbeit erleichtert nicht nur die inhaltliche Arbeit, sondern trägt auch dazu bei, den weiteren Prozess zielgerichtet zu gestalten und externe Kosten vorausschauend zu steuern.

Der **Vorphase eines IEK-Prozesses** kommt eine besondere Bedeutung zu. Sie bietet die Chance, zentrale **Weichen** frühzeitig richtigzustellen, **Rollen** und **Abläufe** zu klären und die Bearbeitung optimal auf die **spezifischen Gegebenheiten** der Gemeinde oder Stadt abzustimmen. Wer dieser Phase bewusst Zeit und Aufmerksamkeit widmet, schafft beste Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf und eine erfolgreiche Umsetzung der Ergebnisse. Nachfolgend werden die wichtigsten Bausteine für die Vorbereitungsphase angeführt.

Politischen Beschluss fassen und Finanzierung sichern

Die Herbeiführung eines **Beschlusses** im Gemeinderat bzw. in der Gemeindevertretung (ggf. im Stadtrat) inklusive einer gesicherten **Finanzierung** markiert die Einleitung zur Erarbeitung eines IEK für die zuständige Verwaltung. Der kommunalpolitische Beschluss wird auf Basis einer ersten Beschreibung der zentralen Problemlage getroffen und – sofern möglich – aus den beschriebenen Notwendigkeiten eines gesamt kommunalen bzw. städtischen Konzeptes abgeleitet.

Navigationsfrage:

- ➔ *Welche politischen Entscheidungen braucht es für den Start eines IEK?*

Ausgangslage und Anforderungen für das IEK formulieren

Hintergrund, Anlass und Anforderungen werden in Form einer Beschreibung des **Planungsraumes** sowie der **Planungsaufgabe** dargestellt. Dabei gilt es, die relevanten **Schnittstellen** zu bestehenden Konzepten und Instrumenten zu benennen und den spezifischen **Mehrwert** eines IEK herauszuarbeiten. Zudem werden die bereits formulierten **Ziele** und thematischen **Schwerpunkte** des Konzeptes angeführt. Darüber hinaus wird festgelegt, welche **Ergebnisse** im Rahmen des Prozesses erwartet werden.

Navigationsfrage:

➔ *Welche Aufgaben und Ziele soll das IEK erfüllen?*

Projektstruktur festlegen

Die Schaffung klarer organisatorischer und inhaltlicher Rahmenbedingungen ist ein zentraler Bestandteil der Vorbereitungsphase eines IEK. Zu Beginn gilt es daher, eine passende **Projektstruktur** festzulegen und **Verantwortlichkeiten** eindeutig zu definieren. Ebenso wichtig ist die frühzeitige Planung der erforderlichen **personellen Ressourcen**, die sich an der Aufgabenstellung, der Größe des Planungsraumes sowie an den organisatorischen Strukturen der Gemeinde oder Stadt orientiert. Klare Zuständigkeiten und realistisch geplante Ressourcen schaffen von Anfang an die Grundlage für einen gut koordinierten Prozess und eine erfolgreiche Umsetzung des IEK.

Navigationsfrage:

➔ *Welche organisatorischen Voraussetzungen braucht ein erfolgreiches IEK?*

Folgende Organisationsstrukturen sind zu empfehlen, wobei die Besetzung der jeweiligen Gruppen individuell je nach Ausgangslage in der eigenen Gemeinde oder Stadt festzulegen ist:

- ➔ **Arbeitsgruppen/Steuerungsgruppen** mit Mitarbeiter:innen relevanter Verwaltungsabteilungen
- ➔ Alternativ in kleineren Gemeinden: **Steuerungsrunden mit Amtsleiter:innen und politischen Vertreter:innen**
- ➔ **Benennung konkreter Ansprechpersonen** in der kommunalen Verwaltung für eine direkte Kommunikation
- ➔ **Kontinuierliche Gremieninformation** wie Fachausschüsse, Stadt-/Gemeinderats-sitzungen zum Arbeitsfortschritt des IEK-Prozesses
- ➔ **Arbeitsgruppen** mit Vertreter:innen kommunaler Unternehmen

Bestehende Entwicklungsziele und Datengrundlagen zusammenstellen

Damit das IEK anschlussfähig an bestehende Entwicklungsziele und zukünftige Entwicklungen in der Gemeinde oder Stadt ist, sollten diese zu Beginn der Bearbeitung systematisch zusammengetragen werden. Dazu zählen beispielsweise vorhandene **Entwicklungskonzepte**, städtebauliche **Leitbilder** oder **Rahmenpläne**, **Fachplanungen** (z. B. Verkehr, Grünraum, Sozialraum), ein **ÖEK**, der **Flächenwidmungsplan** oder aktuell geplante städtebauliche **Entwicklungen**. Die Übersicht unterstützt dabei, Schnittstellen zum IEK zu erkennen und die Anforderungen präziser zu definieren. Zugleich bilden die zusammengetragenen Datengrundlagen eine zentrale Basis für die im Rahmen der IEK-Erstellung vorzunehmende Analysearbeit. Auf diese Weise können auch Kosten in der weiteren Bearbeitung durch externe Auftragnehmer:innen eingespart werden.

Navigationsfrage:

➔ *Gibt es vorhandene Konzepte und Entwicklungsziele, an die das IEK anknüpfen soll?*

Mögliche interkommunale Zusammenarbeit prüfen

Gerade für kleinere Gemeinden kann es sinnvoll sein, ein IEK in interkommunaler Zusammenarbeit zu erarbeiten. Dies bietet sich insbesondere dann an, wenn benachbarte Gemeinden vor ähnlichen raumrelevanten Herausforderungen stehen oder gemeinsame Ressourcen und Infrastrukturen nutzen. Durch eine gemeinsame Vorgehensweise können **Kosten** geteilt, personelle und fachliche **Ressourcen** effizienter eingesetzt sowie zusätzliche **politische Unterstützung** und **Fördermittel** erschlossen werden. Der Austausch von Wissen und bewährten Praktiken stärkt zudem die Qualität des Konzepts und erleichtert die Umsetzung. Insgesamt ermöglicht interkommunale Zusammenarbeit eine bessere Abstimmung räumlicher Entwicklungen über Gemeindegrenzen hinweg.

Navigationsfrage:

➔ *Ist die Erstellung des IEK auch für umliegende Gemeinden von Relevanz?*

Fördermöglichkeiten prüfen

Ein IEK kann die Grundlage für verschiedene Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene bilden – sowohl im Rahmen der Konzepterstellung als auch bei der Umsetzung konkreter Projekte, die daraus hervorgehen. Es empfiehlt sich daher, sich frühzeitig über bestehende **Fördermöglichkeiten** zu informieren und die inhaltlichen Anforderungen direkt mit den Fördergeber:innen abzustimmen.

Navigationsfrage:

➔ *Gibt es geeignete Fördermöglichkeiten für das Vorhaben?*

→ *Weitere Informationen:*
siehe Kap. 7 – Fördermöglichkeiten und Förderstellen, S. 90 ff.

Ausschreibung und Vergabe

Ist für die Erarbeitung eines IEK die Unterstützung eines externen Fachbüros oder eines interdisziplinären Planungsteams erforderlich, ist für die Beauftragung der entsprechenden Leistungen ein **Vergabeverfahren** durchzuführen.

Zu Beginn ist zu prüfen, ob der geschätzte **Auftragswert** unter dem EU-Schwellenwert gemäß § 13 BVergG 2018 liegt und welches Vergabeverfahren für diesen Auftragswert anzuwenden ist. Für die Schätzung des Auftragswerts kann es hilfreich sein, Erfahrungen anderer Gemeinden heranzuziehen oder Rücksprache mit fachkundigen Büros zu halten und diese um eine unverbindliche **Preisschätzung** zu ersuchen. Im Kapitel 5 „Beispiele aus der Praxis“ (S. 68) sind bei den jeweiligen Praxisbeispielen sowohl die eingebundenen Fachexpertisen als auch die Gesamtkosten des gesamten Prozesses dargestellt. Diese Angaben können als erste Orientierung für die eigene Planung dienen.

Mit der **Leistungsbeschreibung** ist der Umfang der zu vergebenden Leistungen so präzise wie möglich festzulegen. Sie bildet die Grundlage dafür, dass Fachbüros vergleichbare und qualifizierte Angebote erstellen können. Unklare oder unvollständige Angaben in der Leistungsbeschreibung oder in den Angeboten können andernfalls zu Nachforderungen führen, etwa wenn wesentliche Leistungsbestandteile fehlen oder nicht im erforderlichen Umfang berücksichtigt sind.

Gleichzeitig erfordert die inhaltliche Offenheit eines IEK-Prozesses eine gewisse **Flexibilität** in der Leistungsdefinition. Dies sollte sich auch in der Ausschreibung widerspiegeln, beispielsweise durch **modular aufgebaute Leistungsbausteine**. Deren Umfang und Aufwand können vorab festgelegt werden, während die inhaltliche Ausgestaltung im Rahmen des Prozesses durch die Auftragnehmer:innen weiterentwickelt wird.

Navigationsfrage:

➔ *Welcher Leistungsumfang und welches Vergabeverfahren sind erforderlich?*

→ Bei Fragen zu Ausschreibung und Vergabe bietet die Bundeskammer für Architekt:innen und Ingenieurkonsulent:innen weitere Informationen.
Kontakt: office@arching.at

Beispielhafte Struktur der Leistungsbeschreibung

Hintergrund und Ausgangslage

- ➔ **Kurzbeschreibung** der Gemeinde oder Stadt (z.B. Lage und räumlicher Kontext, demografische, topografische Merkmale etc.)
- ➔ **Anlass und Ausgangslage** für die Erstellung des IEK – in Bezug auf raumrelevante Veränderungen (gesellschaftliche Herausforderungen und Veränderungstendenzen, räumlich funktionale Rahmenbedingungen wie Demografie, Klima, Wirtschaft, Soziales, Verkehr, Siedlung etc.)
- ➔ **Vorhandene Grundlagen und Vorarbeiten**, die zur Bearbeitung des IEK genutzt werden können, in Form einer Beschreibung oder als Auflistung und Beilage von vorhandenen Vorarbeiten (z.B. Entwicklungskonzepte, ÖEK, Flächenwidmungsplan, Leitbilder, Fachkonzepte etc.)

Zielsetzung und Aufgabenstellung

- ➔ **Erläuterung der Zielsetzung** des IEK und der Fragestellungen
- ➔ **Präzise Darlegung der Erwartungen** an Planung und Prozess (Beteiligung, Kommunikation, Steuerung, Zusammenarbeit)
- ➔ **Definition der Laufzeit** des Erarbeitungsprozesses

Erwartete Leistungen

- ➔ **Bestandsanalyse und Entwicklungsperspektiven**
- ➔ **Entwicklungskonzept**
 - ➔ Leitziele und Leitbild
 - ➔ Maßnahmen und Projekte
 - ➔ Strategie zur Umsetzung
- ➔ **Dokumentation der Ergebnisse** (Produkte)
- ➔ **Beteiligung** (Stakeholder, Öffentlichkeit)
- ➔ **Ggf. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation**
- ➔ **Steuerung und Zusammenarbeit**

Bewertung der Angebote: Wie wird das beste Angebot ausgewählt?

Die Bewertung der Angebotskonzepte erfolgt auf Basis vordefinierter Zuschlagskriterien. In der Regel wird folgende Gewichtung angewendet.

- ➔ **Qualität des Angebots bzw. Konzeptes** – 50 %
- ➔ **Qualifikation des Schlüsselpersonals des Bieters/der Bieterin** bzw. der Bietergemeinschaft – 20 %
- ➔ **Angebotspreis** – 30 %

Die Phase 1: Bestandsanalyse und Entwicklungsperspektiven

- ✓ Ausgangslage verstehen
- ✓ Bestand analysieren
- ✓ Entwicklungsperspektiven aufzeigen

Mit dieser Phase beginnt die eigentliche fachliche Auseinandersetzung im Rahmen des IEK. In den Erarbeitungsprozess werden dabei verschiedene Formate der Beteiligung und Kommunikation integriert. Im Kern ist diese Phase geprägt durch die interaktive **Zusammenführung** planerischer Zielsetzungen mit kommunikativen Belangen.

→ Weitere Informationen: siehe Kap. 4 – Beteiligung und Akteur:innen, S. 64 ff.

Ausgangslage verstehen

Die einleitende Darstellung der planerischen Rahmenbedingungen umfasst sowohl die lokale **Ausgangslage** als auch äußere **Einflussfaktoren**. Dabei können geeignete Planungsgrundlagen und gegebenenfalls Fachplanungen herangezogen werden, um die **Lage** und **Funktion** der Gemeinde oder Stadt im Raum sowie ihre **historische Entwicklung** zu beschreiben. Ebenso werden übergeordnete **Zielsysteme** auf Landes- und Regional-ebene berücksichtigt, wobei die eingesetzten Instrumente je nach Bundesland variieren.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt die Einbettung lokaler Entwicklungskonzepte in einen größeren räumlichen Zusammenhang. Dies betrifft etwa die Sicherung nachhaltiger **Landschafts- und Freiraumstrukturen**, die Nutzung von **Synergieeffekten** in der **Energie- und Wärmeversorgung**, übergreifende **Mobilitätskonzepte** oder auch ein vertieftes Verständnis des lokalen **Wohnungsmarktes**. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, **regionale Verflechtungsräume** näher zu betrachten und ihre Bedeutung für verschiedene Fachthemen herauszuarbeiten.

Navigationsfragen:

- ➔ *Wie lässt sich die lokale Ausgangslage beschreiben? Welche äußeren Faktoren sind zu berücksichtigen?*

Bestand analysieren

Die Bestandsaufnahme und -analyse kann sowohl empirisch als auch auf Grundlage von Sekundärdaten erfolgen und dabei fachliche wie räumliche Aspekte berücksichtigen. Im Wesentlichen umfasst die Bestandsanalyse alle Informationen zu relevanten **Handlungsfeldern** (wie z. B. Gebäudebestand, Städtebau und Siedlungsentwicklung, Freiraum, Grünraum, Landschaft und Klimaanpassung, Mobilität und Verkehr, Wirtschaft und Zentrenfunktionen, soziale Infrastruktur, Integration und Inklusion, Wohnen, Klimaschutz, Demografie etc.). Die Erfassung der Ist-Situation (Leerstandskataster, Grünräume, Verkehrsnetze) lässt sich durch verschiedene Ansätze unterstützen, beispielsweise durch **Begehungen** vor Ort, **Stadtspaziergänge**, **Befragungen**, statistische **Auswertungen**, vorhandene Daten oder **Interviews** mit relevanten Akteur:innen.

Für die fachlich-räumliche Analyse der Ausgangslage bietet sich der Einsatz **digitaler Geoinformationssysteme (GIS)** an. Die Aufbereitung der Fachinformationen in thematisch gegliederten **Karten** eröffnet die Möglichkeit, je nach Fragestellung, Zusammenhänge sichtbar zu machen, neue Erkenntnisse zu gewinnen und Schwerpunkte für das Handeln zu identifizieren. Dabei kann das Prinzip „weniger darstellen, um mehr erkennbar zu machen“ Orientierung geben. Durch die Überlagerung unterschiedlicher Informationsebenen lassen sich zudem **Räume mit besonderem Handlungsbedarf** identifizieren und Hinweise für eine ausgewogene räumliche Entwicklung gewinnen.

Navigationsfrage:

- ➔ *In welchen Bereichen besteht Handlungsbedarf? Gibt es Räume, die dabei besonders im Fokus stehen sollten?*

Beispielhafte Analysethemen:

- ➔ Sozialraumanalyse (Bevölkerungsstruktur, soziale Lagen, Quartiersprofile etc.)
- ➔ Akteur:innen- und Stakeholderanalyse
- ➔ Stadtklimaanalyse (Hitzeinseln, Kaltluftentstehung, Klimarisiken etc.)
- ➔ Grün- und Freiraumanalyse
- ➔ Leerstandsanalyse bzw. Leerstandskataster (Wohnen, Handel, Gewerbe etc.)
- ➔ Gebäude- und Baustrukturanalyse (Alter, Zustand, Typologien etc.)
- ➔ Verkehrsanalyse (Modal Split, Verkehrsbelastungen, Erreichbarkeit etc.)
- ➔ Analyse des Fuß- und Radverkehrs
- ➔ Analyse des öffentlichen Verkehrs
- ➔ Lärm- und Emissionsanalyse
- ➔ Analyse der sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- ➔ Analyse von Zentren, Ortskernen und Versorgungsstrukturen
- ➔ Wirtschaftliche Strukturanalyse und Arbeitsmarktanalyse
- ➔ Potenzialanalyse für Bestandsentwicklung, Umnutzung und Nachverdichtung
- ➔ Flächen- und Bodennutzungsanalyse (Versiegelung, Verfügbarkeit, Eigentumsstruktur etc.)
- ➔ Analyse von Boden- und Immobilienmärkten
- ➔ Energie- und Ressourcenanalyse (Energiebedarf, erneuerbare Potenziale etc.)
- ➔ Risiko- und Vulnerabilitätsanalyse (Klimawandel, Naturgefahren etc.)
- ➔ Analyse bestehender Planungen, Konzepte und Strategien
- ➔ Analyse rechtlicher Rahmenbedingungen
- ➔ Analyse zukünftiger Entwicklungen (u. a. demografische Veränderungen, Wohnraumbedarfsanalyse, Entwicklung von Arbeits- und Mobilitätsformen, Klimawandelanpassung und -mitigation)

Entwicklungsperspektiven und Chancen aufzeigen

Aufbauend auf der Bestandsaufnahme und -analyse lassen sich **Handlungserfordernisse** und **strategische Ansätze** ableiten. Diese dienen als Grundlage für die thematische Zuordnung der untersuchten Aspekte zu den jeweiligen Handlungsfeldern. Je nach Bedarf kann die Untersuchung in ausgewählten Teilräumen vertieft werden.

→ Weitere Informationen zu den Handlungsfeldern: siehe Kap. 4 – Themenbaukasten, S. 63

Navigationsfrage:

➔ Auf welchen strategischen Ansätzen baut die künftige Entwicklung auf?

Die Phase 2: Entwicklungskonzept und Umsetzungsstrategie

- ✓ Leitziele formulieren und Leitbild entwickeln
- ✓ Maßnahmen und Projekte entwickeln
- ✓ Strategie zur Umsetzung erarbeiten

Leitziele formulieren und Leitbild entwickeln

Aus den ermittelten Handlungserfordernissen und Prognosen entstehen **Leitziele** für die einzelnen Handlungsfelder. Ergänzend fließen **Querschnittsthemen** – wie etwa Stadtklima, Energie oder Gemeinwohl – ein, die der künftigen Entwicklung eine klare Orientierung geben.

Ein zentrales Element des IEK-Prozesses ist das Arbeiten mit alternativen **Szenarien**. Sie machen mögliche Entwicklungswege sichtbar, regen zur Diskussion an und eröffnen Entscheidungsspielräume. Die Leitziele werden in einem **räumlichen Leitbild** veranschaulicht, das bestehende Ansätze aus früheren Konzepten oder Fachplanungen aufgreifen kann, sofern die Rahmenbedingungen noch passen.

Das Leitbild wird in **Handlungsfelder mit strategischen Zielen** gegliedert, die durch operative **Ziele** sowie konkrete **Maßnahmen** und **Projekte** greifbar werden. Die Ergebnisse werden in **Karten** und beschreibenden **Texten** aufbereitet. In kleineren Kommunen reicht oft eine kompakte Darstellung von Zielen und Maßnahmenbündeln. Wichtig ist, Wechselwirkungen, Synergien und mögliche Zielkonflikte transparent zu machen. Je nach Aufgabe und Bedarf können **räumliche Vertiefungsbereiche** definiert und **inhaltliche Schwerpunkte** gesetzt werden.

Navigationsfrage:

➔ Welche Ziele werden verfolgt – und welches räumliche Zukunftsbild soll daraus entstehen?

Maßnahmen und Projekte entwickeln

Erst konkrete Maßnahmen und Projekte füllen ein Konzept mit Leben. Sie setzen inhaltliche, zeitliche und räumliche Impulse und ermöglichen es, Kooperationen (z. B. mit Vertreter:innen aus Wirtschaft, Kultur, Vereinen, privaten Entwicklungsträger:innen oder öffentlichen Einrichtungen) in der Praxis zu erproben.

Kriterien wie Umsetzbarkeit, Sichtbarkeit, Wirksamkeit, Aufwand-Nutzen-Verhältnis oder besondere Gelegenheiten (z. B. verfügbare Grundstücke) sind zentrale Parameter für die Entwicklung von Vorhaben. Beschreibungen umfassen in der Regel Ziele, Zeitrahmen und beteiligte Partner:innen.

Für eine erfolgreiche Umsetzung ist es sinnvoll, Wirkung sowie zeitlichen, personellen und finanziellen Aufwand vorab abzuschätzen. Um Synergien zu nutzen, können Einzelmaßnahmen – auch laufende – zu Projekten gebündelt werden. In kleineren Gemeinden führt dies oft zu einer Konzentration auf Räume mit besonderem Entwicklungsbedarf. Bedeutende Vorhaben werden als Schlüssel- oder Leitprojekte hervorgehoben.

Sind Wirkung, Aufwand und Zeitbedarf geklärt, lassen sich Projekte besser bewerten und priorisieren. Bewährt ist die Unterscheidung zwischen langfristigen Schlüsselprojekten und kurzfristigen Impulsmaßnahmen. Letztere liefern früh sichtbare Ergebnisse, stärken die Motivation und fördern die öffentliche Wahrnehmung. Daher empfiehlt es sich, unmittelbar nach dem Beschluss des IEK erste Maßnahmen umzusetzen und aktiv zu kommunizieren.

Navigationsfrage:

- ➔ *Welche Maßnahmen und Projekte setzen die Ziele konkret um – und womit kann begonnen werden?*

Strategie zur Umsetzung erarbeiten

Das Entwicklungskonzept mündet in eine gebündelte Umsetzungsstrategie. Sie beantwortet die Frage, wie Ziele, Leitbilder und Maßnahmen des IEK konkret in die Umsetzung kommen, und bildet die Schnittstelle zwischen Konzept/Plan und praktischer Realisierung. Dabei besteht eine Umsetzungsstrategie meist aus mehreren ineinandergreifenden, oft dezentral organisierten Bausteinen. Dazu gehören beispielsweise Projektlisten und Maßnahmenkataloge, Überlegungen zu Organisations- und Kooperationsstrukturen, weiterführende Planungs- und Qualitätssicherungsinstrumente, Finanzierungs- und Förderansätze, Kommunikations- und Beteiligungsformate sowie Monitoring und Evaluierung.

Navigationsfrage:

- ➔ *Wie lassen sich die Ziele, Leitbilder und Maßnahmen des IEK wirksam in die Umsetzung bringen?*

Erfolgsfaktoren für die inhaltliche Schwerpunktsetzung

➔ Gezielte Analyse

Die Analyse der Ausgangssituation erfolgt strukturiert und mehrstufig. Erkenntnisse werden laufend hinterfragt und verdichtet, um frühzeitig **zentrale Themen** und **Handlungsfelder** zu erkennen.

➔ Auf vorhandenem Wissen aufbauen

Bestehende **Analysen, Strategien** und **Zielsetzungen** werden kritisch geprüft und – wo es sinnvoll ist – weitergeführt oder angepasst.

➔ Partizipative Entwicklung

Politik, Verwaltung, Fachakteur:innen und **Bevölkerung** werden von Beginn an aktiv eingebunden, um Wissen, Perspektiven und Verantwortung zu teilen.

➔ Schwerpunktbildung mit Umsetzungsfokus

Arbeitsschwerpunkte und Maßnahmen werden nach **Wirkung, Umsetzbarkeit** und **Priorität** bewertet.

➔ Impulsgebendes Startprojekt

Früh sichtbare, **konkrete Maßnahmen** schaffen Motivation, Glaubwürdigkeit und ein gemeinsames Momentum.

➔ Schlüsselprojekte gezielt vorbereiten

Leitprojekte mit hoher Strahlkraft und übertragbarem Mehrwert werden frühzeitig mitgedacht und strategisch vorbereitet.

➔ Kontinuierliche Kommunikation

Erfolge und Zwischenschritte werden offen kommuniziert, um **Transparenz** zu schaffen und **Beteiligung** zu stärken.

➔ Kooperation sichern

Private und öffentliche Akteur:innen werden laufend einbezogen und zur **Mitwirkung** an Umsetzung und Finanzierung motiviert.

➔ Politische Rückendeckung

Klare **Unterstützung** und **Verbindlichkeit** durch politische Entscheidungsträger:innen fördern die nachhaltige Umsetzung.

➔ Realistische, verbindliche Ziele

Klar formulierte, überprüfbare und räumlich verbindliche **Ziele** geben Orientierung für die langfristige Entwicklung über den IEK-Prozess hinaus.

Die Phase 3: Projekte umsetzen und begleiten

Nach der Erstellung des IEK und dem politischen Beschluss durch den Gemeinderat beginnt die eigentliche Arbeit mit dem IEK. Das Konzept bildet mit seinen Zielformulierungen, Umsetzungsvorschlägen und Organisationsstrukturen das **zentrale Umsetzungs- und Steuerungsinstrument** für die weitere Entwicklung des Planungsraums und ist damit für das Alltagsgeschäft von Verwaltung, Politik und gegebenenfalls weiteren Stakeholdern handlungsleitend. Eine begleitende Beobachtung zur Überprüfung der Umsetzungserfolge erlaubt ggf. **Anpassungen der Ziele an veränderte Rahmenbedingungen** vorzunehmen. Hierbei ist es erneut wichtig, die Akteur:innen weiterhin und frühzeitig über geeignete Beteiligungsformate einzubinden.

Beschlussfassung

Bevor das IEK finalisiert wird, empfiehlt sich eine **frühzeitige Abstimmung auf politischer Ebene**. Die dabei gewonnenen Rückmeldungen werden in die weitere Konzepterarbeitung integriert. Mit dem Beschluss durch den Gemeinderat erhält das IEK seine selbstbindende Wirkung und bildet die Grundlage für eine nahtlose Überleitung in die Umsetzung. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass das IEK über einen längeren Zeitraum hinweg wirksam bleibt und als **verlässlicher Orientierungsrahmen** dient.

Im IEK-Prozess für das Gewerbegebiet Rossau wurden gemeinsam viele Projekte entwickelt.

Navigationsfrage:

➔ Wie wird das IEK politisch beschlossen und in die Umsetzung überführt?



Erfolgsfaktoren für die Umsetzung

➔ Erste Schritte sichtbar machen

Mit der raschen und öffentlichkeitswirksamen Umsetzung erster kleiner Maßnahmen können **schnelle Erfolge** erzielt und das **Vertrauen** in das IEK sowie in seinen Prozess gestärkt und verstetigt werden. Das Prinzip der „ersten kleinen Schritte“ motiviert Beteiligte, schafft Glaubwürdigkeit und gibt dem Prozess von Beginn an eine positive Dynamik.

➔ Akteur:innen kontinuierlich einbinden

Für die Umsetzungsphase gilt es, weiterhin alle relevanten **Akteur:innen** aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einzubeziehen. Nur durch **gemeinsame Verantwortung** und regelmäßige **Abstimmung** kann die Qualität der Umsetzung gesichert werden.

➔ Selbsttragende Strukturen aufbauen

Der Aufbau von selbsttragenden Strukturen – etwa lokale Initiativgruppen, Projektpatenschaften oder thematische Arbeitskreise – trägt maßgeblich zum Erfolg einzelner Maßnahmen bei. So werden **Verantwortung**, **Eigeninitiative** und **langfristige Handlungsfähigkeit vor Ort** gestärkt.

➔ Finanzierung frühzeitig klären

Für die Umsetzung gilt es, frühzeitig **Finanzierungsmöglichkeiten** – insbesondere Förderungen auf Projektebene – zu prüfen und gezielt mit den priorisierten Maßnahmen abzustimmen. Ein Überblick über mögliche Förderprogramme und Kooperationen erleichtert eine realistische Umsetzung.

➔ Kommunikation mit der Bevölkerung fortsetzen

Der laufende **Kommunikationsprozess** mit der Bevölkerung bleibt zentral. Erfolge und Zwischenschritte sollten sichtbar gemacht und regelmäßig kommuniziert werden, um Transparenz, Motivation und Vertrauen dauerhaft zu sichern.

➔ IEK als Richtschnur für integriertes Handeln

Das IEK bildet die Richtschnur für die weiterführende Umsetzung und verankert den integrierten Ansatz im kommunalen Handeln. Alle weiteren Vorhaben – insbesondere raumwirksame Projekte – sollten daraufhin geprüft werden, ob und wie sie die im IEK formulierten Ziele und Strategien unterstützen. So bleibt der **ganzheitliche Anspruch** des IEK auch in der Umsetzung wirksam: Maßnahmen werden fachübergreifend abgestimmt, in ihren räumlichen, sozialen und ökologischen Wirkungen betrachtet und zu einem konsistenten **Gesamtprozess** verbunden.

Themenbaukasten

Die Ausgangsbedingungen in den einzelnen Gemeinden und Städten sind individuell und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer räumlichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen ebenso wie vorhandener Planungsgrundlagen, Konzepte und deren Aktualität.

Der Themenbaukasten ermöglicht es, das IEK flexibel an die jeweiligen örtlichen Anforderungen anzupassen. Gemeinden und Städte wählen jene Themenbereiche aus, die für ihre Entwicklung besonders relevant sind. Themenbereiche beschreiben einzelne fachliche Inhalte, etwa Wohnen, Mobilität, Klimaschutz, Wirtschaft oder Freiraum. Sie bilden die inhaltliche Grundlage eines IEK und können je nach örtlicher Situation unterschiedlich gewichtet werden.

Die Auswahl der Themenbereiche legt die fachlichen Schwerpunkte des IEK fest. Diese werden zu Handlungsfeldern gebündelt, die zentrale Herausforderungen und Entwicklungsziele einer Gemeinde oder Stadt zusammenführen. Auf dieser Grundlage werden Ziele formuliert sowie konkrete Maßnahmen und Projekte entwickelt, die die angestrebte Entwicklung räumlich und organisatorisch umsetzen.

Der Themenbaukasten umfasst drei wesentliche Bausteine:

- ➔ Zentrale Themenbereiche
- ➔ Nutzung bestehender Fachplanungen
- ➔ Übergeordnete Querschnittsthemen

Zentrale Themenbereiche

Den zentralen Grundbestandteil von IEK – und damit das fachliche Herzstück – bilden die für die jeweilige Gemeinde oder Stadt zentral zu behandelnden Themenbereiche. Bei aller Flexibilität sind im IEK folgende zentrale Themenbereiche als Mindeststandard zu behandeln:

Zu behandelnde Themenbereiche:

- ➔ Siedlungsentwicklung und Bodenschutz
- ➔ Grünraum, Landschaft, Naturräume und Biodiversität
- ➔ Umwelt und Klima
- ➔ Städtebau, Freiraum und öffentlicher Raum
- ➔ Gebäudebestand und Nutzungen
- ➔ Wirtschaft, Handel und Zentrenfunktionen
- ➔ Soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- ➔ Verkehr, Mobilität und Erreichbarkeit

Je nach individueller Ausgangssituation und lokaler Problemstellung können weitere Themenbereiche ergänzt werden, die einen starken spezifischen Bezug zu den konkreten örtlichen und überörtlichen Rahmenbedingungen aufweisen. Beispielhafte Themen können sein: Tourismus, Denkmalschutz, Leerstände etc.

Navigationsfragen:

- ➔ *Sind alle relevanten Themenbereiche berücksichtigt worden? Gibt es darüber hinaus weitere, spezifische Themen, die ebenfalls zu berücksichtigen sind?*

Nutzung bestehender Fachplanungen

Die bereits bestehenden Fachplanungen – etwa zu Grünraum, Mobilität, Städtebau, Energie oder sozialer Infrastruktur – liefern wichtige fachliche Grundlagen für das IEK. Mit der Erarbeitung eines IEK bietet sich die Möglichkeit, unterschiedliche Planungsstände und Bearbeitungstiefen aufeinander abzustimmen und zu aktualisieren.

Die zentralen Aussagen der jeweiligen Fachplanungen werden in das IEK aufgenommen und den Handlungsfeldern sinnvoll zugeordnet. Gleichzeitig werden die darin formulierten Ziele und Strategien im Rahmen des IEK-Prozesses auf ihre Aktualität und Konsistenz geprüft und – sofern erforderlich – weiterentwickelt oder angepasst, um eine integrierte und abgestimmte Gesamtstrategie sicherzustellen.

Navigationsfragen:

- ➔ *Welche relevanten Planungen liegen bereits vor und sind einzubeziehen?
Bei welchen bestehenden Planungen besteht Anpassungs- oder Aktualisierungsbedarf?*

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

Übergeordnete Querschnittsthemen

Übergeordnete Querschnittsthemen haben eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz und prägen die Entwicklung von Gemeinden und Städten maßgeblich. In der Regel wirken sie in nahezu alle Handlungsfelder hinein, auch wenn ihre Bedeutung je nach Ort unterschiedlich ausgeprägt ist.

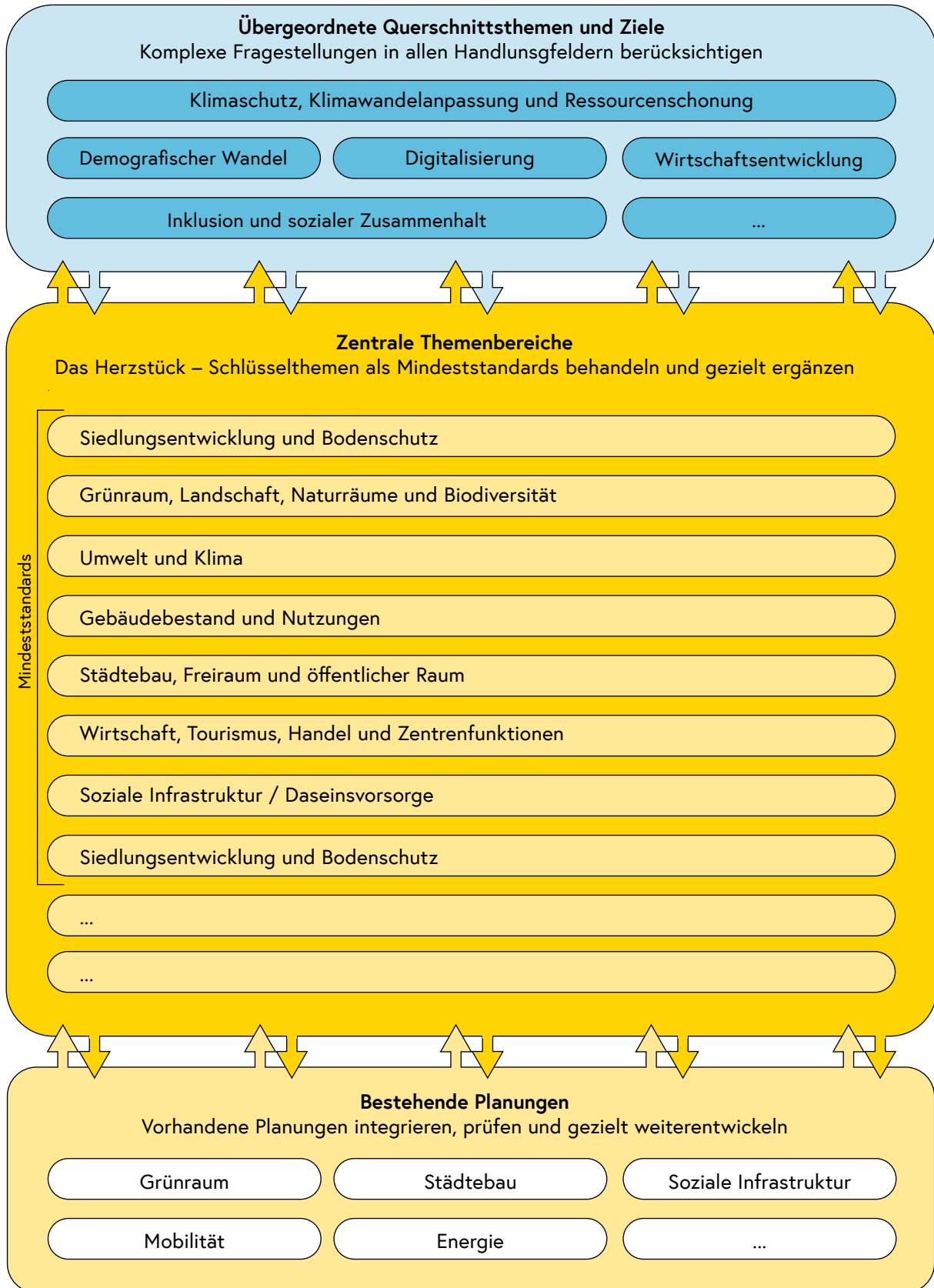
Jedoch sind mit den genannten Themen immer komplexe Herausforderungen verbunden, die nicht isoliert betrachtet werden können. Dementsprechend sollten Querschnittsthemen in allen Handlungsfeldern bearbeitet und mitgedacht werden.

Beispielhafte Querschnittsthemen:

- ➔ Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Ressourcenschonung
- ➔ Demografischer Wandel
- ➔ Wirtschaftsentwicklung
- ➔ Digitalisierung
- ➔ Inklusion und sozialer Zusammenhalt

Navigationsfragen:

- ➔ *Wie beeinflussen übergeordnete Themen und Trends die Planungsvorhaben? Wie lassen sich übergeordnete Ziele systematisch in die Planungsvorhaben integrieren?*



Beteiligung und Akteur:innen

Die Erarbeitung und Umsetzung eines IEK ist eine Gemeinschaftsaufgabe vieler Akteur:innen. Aufgrund der Vielzahl sektoraler Handlungsfelder und der fachübergreifenden Ausrichtung sind eine enge **Zusammenarbeit und intensive Kommunikation zwischen den Fachämtern** unerlässlich. Ergänzend werden häufig **externe Fachexpert:innen** sowie weitere relevante **Stakeholder** eingebunden. Ebenso ist die **Beteiligung von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit** zentraler Bestandteil jedes IEK-Prozesses: Als Multiplikator:innen bringen sie ihr Alltagswissen ein und erhöhen die Praxistauglichkeit der Konzepte. Eine frühzeitige Berücksichtigung der Anliegen von Bürger:innen stärkt zudem die Akzeptanz des Prozesses und seiner Ergebnisse. Im Hinblick auf die Beschlussfassung durch den Gemeinderat – gegebenenfalls auch in Teilbeschlüssen insbesondere bei größeren Städten – ist schließlich die kontinuierliche Einbindung der **Kommunalpolitik** von zentraler Bedeutung.

Navigationsfragen:

- ➔ *Was soll mit der Beteiligung erreicht werden? Welche Erwartungen für den Beteiligungsprozess gibt es?*
- ➔ *Welche **Interessenlagen** hinsichtlich der Ziele und Ergebnisse gibt es?*
- ➔ *Wer soll beteiligt werden?*
- ➔ *Welche (unterschiedlichen) **Rollen** haben die Beteiligten? (Informant:innen, Multiplikator:innen, Unterstützende, Vorhabenträger:innen, Expert:innen etc.)*
- ➔ *Zu welchem **Zeitpunkt** wird beteiligt?*
- ➔ *Was sind geeignete, zielführende bzw. ergebnisorientierte **Formate**?*
- ➔ *Wie werden die **Ergebnisse** in den Bearbeitungsprozess integriert und wie rückgespielt? Was passiert mit den Ergebnissen?*
- ➔ *Bei wem laufen die Fäden im **Beteiligungsprozess** zusammen?*
- ➔ *Braucht es **externe Unterstützung** in der Durchführung des Beteiligungsprozesses? Wenn ja, welche konkreten Leistungen sind erforderlich?*
- ➔ *Welche flankierenden **Kommunikationsmaßnahmen** für die Öffentlichkeitsarbeit sind anzudenken?*

Der Beteiligungsprozess begleitet den gesamten IEK-Prozess und untersetzt nach Möglichkeit alle inhaltlichen Schritte mit **geeigneten Formaten**. Der grundsätzliche Anspruch ist dabei, eine breite Beteiligung durch unterschiedliche Formate für unterschiedliche soziale Gruppen zu ermöglichen. Es ist jeweils anlassbezogen zu klären, wer wann, warum und wozu beteiligt werden sollte. Oft ist es hilfreich, die verwaltungsinterne und die öffentliche Beteiligung aufeinander zu beziehen und im Wechselspiel durchzuführen, sodass die Ergebnisse aus den jeweiligen Runden in die folgenden Abstimmungen einfließen können. Insbesondere Veranstaltungen mit einem großen Plenum bedürfen einer besonderen Vorbereitung mit gegebenenfalls externer Moderation und sollten als öffentlichkeitswirksame Ereignisse, beispielsweise als **Auftakt und Abschluss des IEK-Prozesses**, durchgeführt werden.

Ganz grundsätzlich kann Beteiligung in verschiedenen Prozessphasen stattfinden:

- ➔ **Frühe Phase (Analyse, Zielfindung):** Bedürfnisse erfassen, Probleme und Chancen aus Sicht der Beteiligten/Betroffenen erheben
- ➔ **Konzepterstellung:** Diskussion möglicher Szenarien, Mitgestaltung von Leitbildern und Prioritäten
- ➔ **Umsetzungsvorbereitung:** Rückmeldung und/oder Mitwirkung zu konkreten Maßnahmen und Projekten
- ➔ **Umsetzung und Evaluation:** Einbindung in Projekte, Feedbackschleifen

*Bei der öffentlichen
Perspektivenwerkstatt des
Planungsprozesses zur
Perspektive Liesing wird
gemeinsam gearbeitet.*

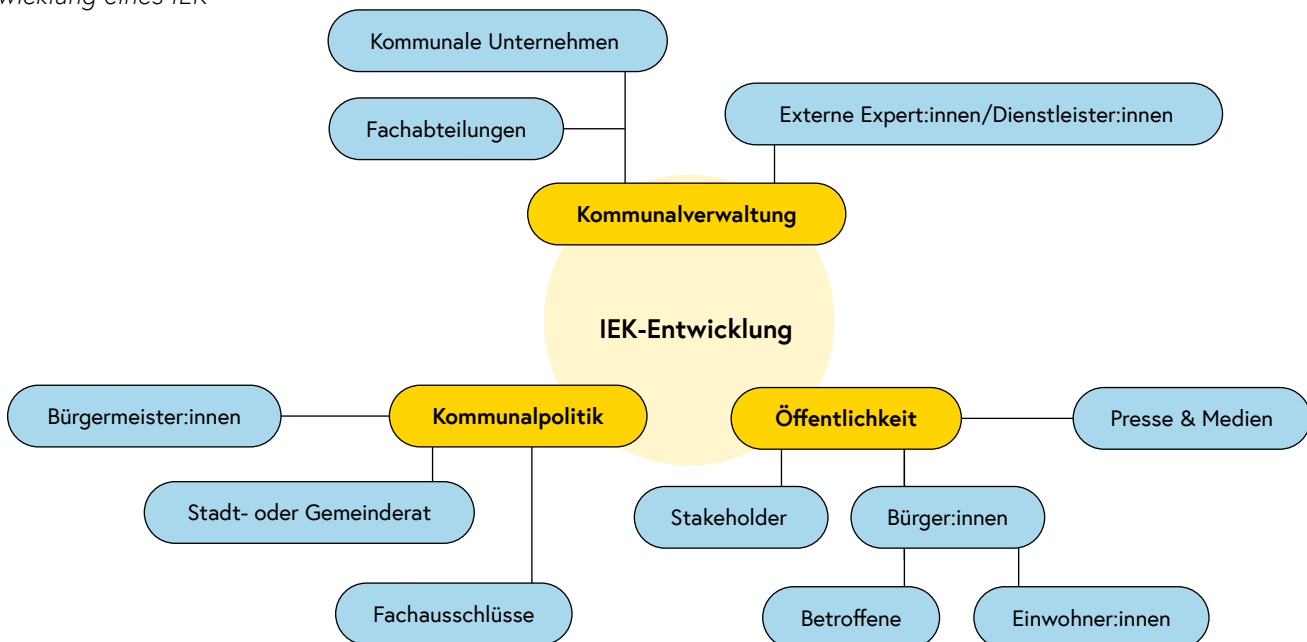


Erfolgreiche Beteiligung braucht klare Spielregeln

→ Weitere Informationen:
siehe Kap. 7 – Arbeitshilfen
und weiterführende
Materialien, S. 96 ff.

Beteiligungsprozesse entfalten ihren größten Mehrwert, wenn sie auf klaren Zielen, transparenten Rahmenbedingungen und einem gemeinsamen Verständnis der Möglichkeiten beruhen. Eine **frühzeitige** und **offene Kommunikation** darüber, welche Themen beeinflusst werden können, wo echte Mitgestaltung möglich ist und welche Aspekte bereits feststehen, schafft Orientierung und Sicherheit für alle Beteiligten. Ebenso wichtig ist die transparente Darstellung, wie die Ergebnisse der Beteiligung in den weiteren Prozess einfließen – insbesondere dann, wenn unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. Ein bewusstes **Erwartungsmanagement** stärkt die Verlässlichkeit des Prozesses und trägt dazu bei, dass Beteiligung als sinnvoll, wirksam und motivierend wahrgenommen wird. Eine transparente Darstellung des **Umgangs mit den Beiträgen** – gerade bei unterschiedlichen Interessen – stärkt das Gefühl, gehört und ernst genommen zu werden.

Mögliche Akteur:innen in der
Entwicklung eines IEK



Warum Beteiligung? Weil Beteiligung ...

- Wissen über **lokale Gegebenheiten** und über die **Bedürfnisse der Bevölkerung** schafft.
- den **Informations- und Erfahrungsaustausch** fördert.
- die **Identifikation** der lokalen Bevölkerung sowie Interessengruppen mit ihrem Wohn- und Lebensumfeld stärkt.
- ermächtigt, das **Engagement** für die Umsetzung erhöht und Projektinitiativen gefördert werden.
- **Verständnis** für andere Perspektiven und Bedürfnisse schafft.
- den **Interessenausgleich** unterstützt.
- die **Qualität und Transparenz** sowie die **Akzeptanz** der Entscheidungen erhöht.
- **Vertrauen** in die Politik und in die öffentliche Verwaltung schafft.
- **Verzögerungen** bei der Umsetzung **minimiert** und dadurch zusätzliche Kosten vermeidet.

Erfolgsfaktoren für Beteiligung

- **Frühzeitigkeit:** Beteiligung nicht erst am Ende, sondern möglichst früh ermöglichen.
- **Betroffenheitskontext** beachten: Betroffene verfügen in der Regel über unterschiedliche Hintergründe und Interessen in Bezug auf die Beteiligung.
- **Transparenz gewährleisten:** Klare Spielregeln festlegen, insbesondere darüber, was tatsächlich beeinflussbar ist und was nicht.
- **Kommunikation auf Augenhöhe:** Einen respektvollen und gleichwertigen Austausch sicherstellen.
- **Komplexität reduzieren:** Informationen und Ergebnisse anschaulich, verständlich und adressatengerecht aufbereiten.
- **Vielfalt der Methoden:** Unterschiedliche Formate und Beteiligungsformen anbieten, um verschiedene Gruppen zu erreichen (z.B. online und offline).
- **Verlässlichkeit sichern:** Rückkopplungen geben, um deutlich zu machen, wie die Ergebnisse berücksichtigt wurden.
- **Ressourcen einplanen:** Zeit, Budget, Moderation und Kommunikation angemessen vorsehen.

5. Beispiele aus der Praxis



- ➔ **Tulln Strategie 2030**
Zukunftsprozess zur gesamstädtischen Entwicklung
- ➔ **Räumlicher Entwicklungsplan Bregenz**
Zukunftsprozess zur gesamstädtischen Entwicklung
- ➔ **ISEK⁴ Lienz**
Interkommunaler Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung der Innenstadt
- ➔ **Standortoffensive Rossau**
Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Rossau
- ➔ **ISEK NikolaiQuartier**
Zukunftsprozess zur Entwicklung eines neuen lebendigen Quartiers
- ➔ **Masterplan Innenstadt Dornbirn**
Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung der Innenstadt
- ➔ **Vision und Masterplan Arnoldstein 2033**
Zukunftsprozess zur Ortskernentwicklung
- ➔ **Klimastrategie Rankweil 2040**
Zukunftsprozess zur klimaneutralen Stadt

Tulln Strategie 2030

Zukunftsprozess zur gesamtstädtischen Entwicklung

Eckdaten

Ort	Tulln (NÖ), ca. 17.000 EW
Dimension	Gesamtstadt/Gesamtkommune
Laufzeit	2019–2021 (ca. 2 Jahre)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Siedlungsentwicklung #Energie & Digitalisierung
#Verkehr & Mobilität #Stadtgrün #Klimaanpassung
#Kultur #Soziales, Bildung & Gesundheit

Federführende Stelle des IEK

Stadtgemeinde Tulln an der Donau
+43 2272 690 0
stadtamt@tulln.gv.at

Steuerung

- Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
- politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

- Bürgermeister, Politik
- Abt. Baurecht, Raumordnung, kommunaler Hochbau
- Abt. Straßen und Verkehr
- Abt. Umwelt, Energie und Wasserwirtschaft
- Abt. Bildung, Gesundheit und Soziales
- Land Niederösterreich, Abt. Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten
- Wirtschaftsvertreter:innen
- Vereine, Vertreter:innen von Kunst und Kultur
- Öffentlichkeit

Einbindung externer Expert:innen

- Prozessbegleitung
- Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
- Verkehr/Mobilität
- Bürger:innenbeteiligung

Kosten für externe Beauftragungen

- ca. 100.000 Euro (netto)
- davon 70 % im Rahmen des LEADER-Programms gefördert

Link

www.tulln.at



Zentrale Fragestellungen

Wohin möchte sich die **Stadt** in den nächsten 15 Jahren entwickeln? Welche **Veränderungen** kommen auf die Stadt zu und worauf muss frühzeitig reagiert bzw. was muss aktiv gestaltet werden? Wie kann mit der **Bevölkerungsentwicklung** umgegangen und gleichzeitig eine **nachhaltige Siedlungsentwicklung** ohne zusätzlichen Flächenverbrauch verfolgt werden? Wie können die **öffentlichen Grün- und Freiräume** weiterentwickelt werden? Wie kann die **Innenstadt** auch künftig lebendig bleiben? Wie lassen sich **Bürger:innen** und **zentrale Stakeholder** aktiv in den Prozess einbeziehen?

Ausgangslage und Ziel

2019 startete die Stadtgemeinde Tulln unter dem Motto „gemeinsam gestalten“ einen integrativen Planungsprozess, um eine strategische Leitlinie für ihre künftige Entwicklung zu erarbeiten. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Tulln im Jahr 2030 aussehen soll und welche Schwerpunkte die Stadtentwicklung setzen muss. Im Ergebnis stand die **Tulln Strategie 2030**, welche als Grundlage für die **Aktualisierung des Örtlichen Entwicklungskonzepts (ÖEK)** diene.

Prozess und Beteiligung

Zunächst erarbeiteten Fachleute und Verwaltung in enger Abstimmung mit der Politik Fachkonzepte zu den Themen Raumplanung, Mobilität, Klimaneutralität, Digitalisierung und Stadtgrün. Darauf aufbauend folgte ein breit angelegter Bürger:innenbeteiligungsprozess. Die Ergebnisse daraus flossen in die Tulln Strategie 2030 ein, die im Oktober 2020 öffentlich präsentiert wurde. Die erarbeiteten Visionen, Schwerpunkte und ersten Maßnahmen bildeten die Grundlage für das ÖEK, das 2021 fertiggestellt und vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Die Beteiligung der Bevölkerung bildete das Kernstück des Prozesses. Mit Podcasts, digitalen Spaziergängen, Ideenwänden, Online-Workshops und direkten Einreichungen konnten zahlreiche Ideen eingebracht werden.



Ein Blick in die Tulln Strategie

Zentrale Inhalte

Die Tulln Strategie und in der Folge das ÖEK setzen auf Klimaneutralität, Lebensqualität, Mobilität, Digitalisierung, Stadtgrün und eine integrative Stadtentwicklung. Ein moderates Bevölkerungswachstum soll die Infrastruktur nicht überlasten. Die Leitlinie für die räumliche Entwicklung ist konsequent „Innen vor Außen“. Vorrang haben Nachverdichtung und Ergänzungen im Bestand statt Ausweitung an den Stadtrand. Im Bereich Mobilität werden der Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes, Sharing-Dienste, E-Ladestationen und eine bessere Bahnhofsanbindung verfolgt. Digitalisierung ist als Querschnittsthema verankert – von digitalen Beteiligungsformaten bis hin zu smarter Infrastruktur.

Umsetzung und Folgeprojekte

- Neugestaltung Nibelungenplatz
- Mobilitätsprojekt „LISA Tulln“
- Verkehrsberuhigung im Innenstadtbereich
- Innovative Wohnbauprojekte
- Entwicklung der Grün- und Freiflächen
- Entsiegelung und Versickerungsmaßnahmen
- Haus der Digitalisierung
- LoRaWAN-Netzwerk & smarte Anwendungen
- Klimaneutralität & Klima-Rahmenstrategie



Der Erstellungsprozess wurde durch eine Kommunikations- und Beteiligungsstrategie begleitet.



Schematische Darstellung des Planungsprozesses

Räumlicher Entwicklungsplan Bregenz

Zukunftsprozess zur gesamtstädtischen Entwicklung

Eckdaten

Ort	Bregenz (V), ca. 30.000 EW
Dimension	Gesamtstadt/Gesamtkommune
Laufzeit	Jan. 2024 bis Feb. 2026 (25 Monate)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Wirtschaft & Tourismus #Klimawandelanpassung
#Verkehr #Stadtentwicklung #Energie
#Sozialraum #Grünraum #Siedlungsraum

Federführende Stelle des IEK

Landeshauptstadt Bregenz
Abt. Bauservice und Stadtentwicklung
+43 5574 410-1000
bauabteilung@bregenz.at

Steuerung

- Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
- politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

- Bürgermeister, Politik
- Abt. Bauservice und Stadtentwicklung
- Abt. Sozialservice und Gesellschaft
- Abt. Kulturservice und Veranstaltungen
- Öffentlichkeit

Einbindung externer Expert:innen

- Prozessbegleitung
- Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
- Verkehr/Mobilität
- Bürger:innenbeteiligung

Kosten für externe Beauftragungen

- ca. 195.000 Euro (netto)
- davon 30% Basisförderung und 10% intensive Bürger:innenbeteiligung vom Land Vorarlberg gefördert

Link

www.bregenz.gv.at



Zentrale Fragestellungen

Welches gemeinsame **Zukunftsbild** leitet die Entwicklung von Bregenz in den nächsten 15 Jahren – und welche **Werte** tragen die Stadtplanung? Wie reagiert die Stadt auf die Herausforderungen wie **Klimawandel**, steigende **Wohnkosten**, **Mobilitätswende** und **Flächenknappheit**? Welche Prioritäten gelten für die zukünftige **Stadtentwicklung**? Wie können **Grün- und Freiräume** sowie der **Umweltverbund** gezielt gestärkt werden?

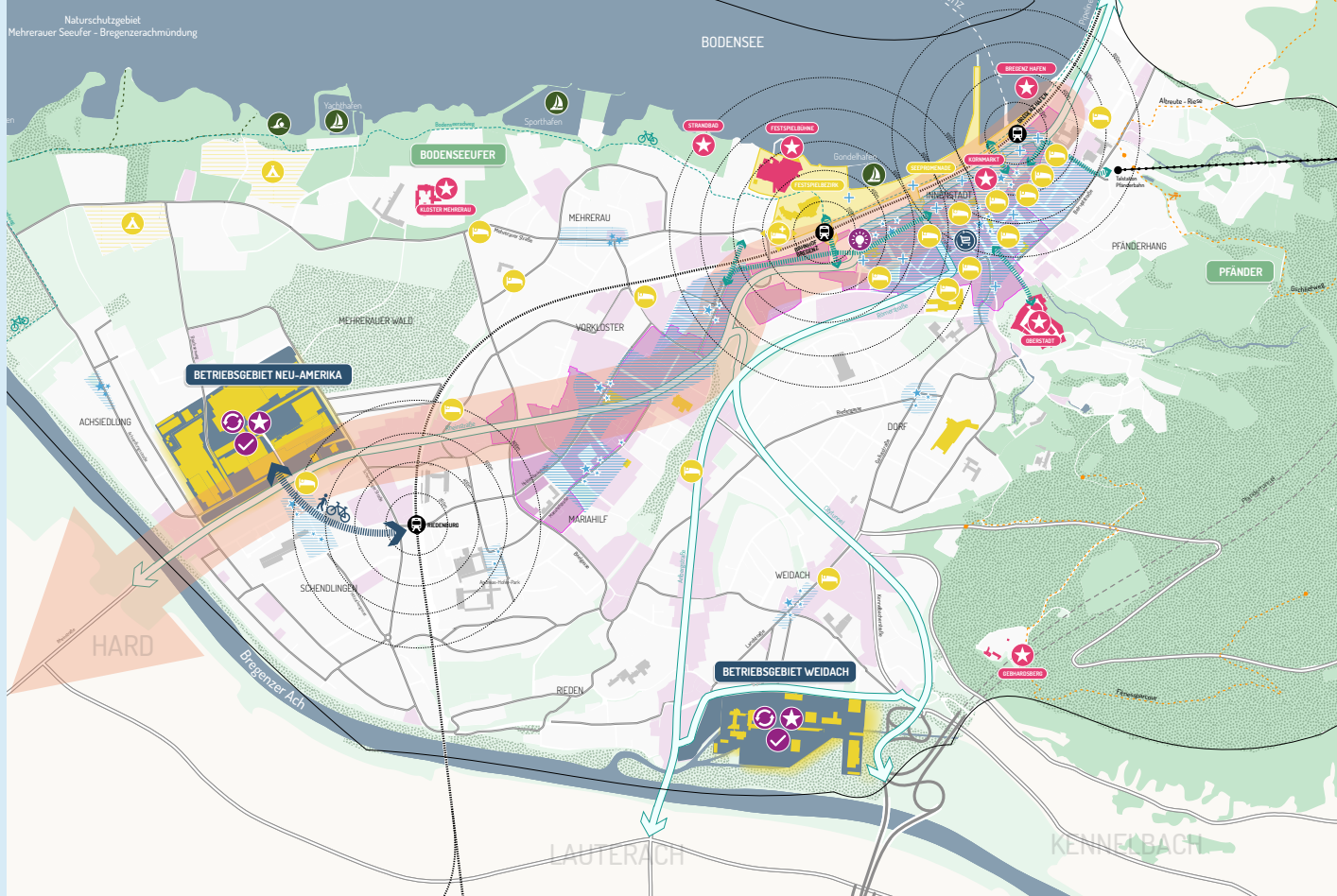
Ausgangslage und Ziel

Mit dem **Räumlichen Entwicklungsplan (REP)** Bregenz legt die Landeshauptstadt die strategische Grundlage für ihre räumliche Entwicklung bis 2040. Ziel ist es, auf die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre mit einer klaren, zukunftsorientierten Strategie zu reagieren. Bregenz steht als kulturelles, wirtschaftliches und administratives Zentrum Vorarlbergs unter hohem **Entwicklungsdruck**. Die Stadt wächst, während bebaubare Flächen knapp werden und die Anforderungen an Klimaresilienz, Energieeffizienz und Lebensqualität steigen. Der REP soll als **verbindlicher Orientierungsrahmen** für Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft dienen und ein **gemeinsames Zukunftsbild** schaffen: eine kompakte, durchmischte, klimafreundliche und gemeinwohlorientierte Stadt, die Lebensqualität und Nachhaltigkeit miteinander verbindet.

Prozess und Beteiligung

Seit 2024 erarbeitet unter der Federführung der Abteilung Bauservice und Stadtentwicklung ein interdisziplinäres Team den REP in enger Abstimmung mit Politik, Fachplaner:innen und der Bevölkerung.

Die Erarbeitung erfolgt in vier Schritten – Erheben und Verstehen (1), Entwickeln und Verdichten (2), Ausarbeiten (3) und Beschließen (4) – und umfasst neben Fachanalysen auch öffentliche Ausstellungen und Workshops. Die Beschlussfassung des REP ist für 2026 vorgesehen.



Zielkarte für die Themen Wirtschaft und Tourismus

Eine Online-Ideenkarte, das „Dialograd on Tour“ und drei Raumwerkstätten in verschiedenen Stadtteilen boten Gelegenheiten, sich einzubringen. Hunderte Bregenzer:innen beteiligten sich an der Online-Umfrage, deren Ergebnisse wertvolle Hinweise für die Planung lieferten.

Zentrale Inhalte

Der REP Bregenz formuliert strategische Ziele für zentrale Themenfelder: kompakte und durchmischte Stadtstrukturen, Innenentwicklung vor Außenentwicklung, die Stärkung des Umweltverbundes im Verkehr, der Erhalt und Ausbau von Grün- und Freiräumen sowie klimafitte und energieeffiziente Stadtgestaltung. Er legt Entwicklungsachsen und Prioritätsräume fest und zeigt auf, wo in Zukunft Schwerpunkte der Stadtentwicklung gesetzt werden sollen.

Umsetzung und Folgeprojekte

- Weiterentwicklung des Seequartiers
- Neugestaltung des Bahnhofs Bregenz Mitte als Mobilitätsdrehscheibe
- Klimaneutralitätsfahrplan Bregenz 2040
- Neue Konzepte zur Stadtbegrünung und nachhaltigen Mobilität



Bei der öffentlichen Werkstatt im Oktober 2024

Phase 0 Das IEK auf den Weg bringen	Phase 1 Bestandsanalyse & Entwicklungschancen	Phase 2 Leitbild & Umsetzungsstrategie	Phase 3 Projekte umsetzen & begleiten
	- Bestandsanalyse - SWOT	- Szenarien - Maßnahmen - Raumbild, Zielsystem - Projekte, Roadmap	
PRODUKTE			
DIALOG & KOMMUNIKATION Öffentlichkeit			
Fachöffentlichkeit, Stakeholder			
STEUERUNG Politische Gremien			

Prozessstruktur, gegliedert in die Phasen 0 bis 3, vgl. Kap. 4 – Der Weg zum IEK, S. 46 ff.

ISEK⁴ Lienz

Interkommunaler Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung der Innenstadt

Eckdaten

Ort	Lienz (T), ca. 12.000 EW
Dimension	Innenstadt Interkommunale Zusammenarbeit
Laufzeit	Mai 2022 bis Feb. 2023 (10 Monate)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Wirtschaft #Gewerbeflächen #Öffentlicher Raum
#Städtebau #Verkehr & Mobilität #Grün- und Freiraum
#Energie

Federführende Stelle des IEK

Stadt Lienz, Abt. Standortentwicklung,
Wirtschaft & Marketing
+43 4852 600220
marketing@stadt-lienz.at

Steuerung

- Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
- Politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

- Bürgermeisterin, Politik
- Vertreter:innen der Verwaltung
- Städtetzwerk Süd Alpen Raum
- Vor-Ort-Expert:innen
- Young Experts

Einbindung externer Expert:innen

- Prozessbegleitung
- Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
- Verkehr/Mobilität

Kosten für externe Beauftragungen

- Gesamtkosten für 4 Gemeinden: ca. 165.000 Euro (netto)
- Kostenanteil Lienz: ca. 41.000 Euro (netto)
- davon 80% gefördert von EU-Interreg und Landesmitteln

Link

<https://isek4.project.tuwien.ac.at>



Zentrale Fragestellungen

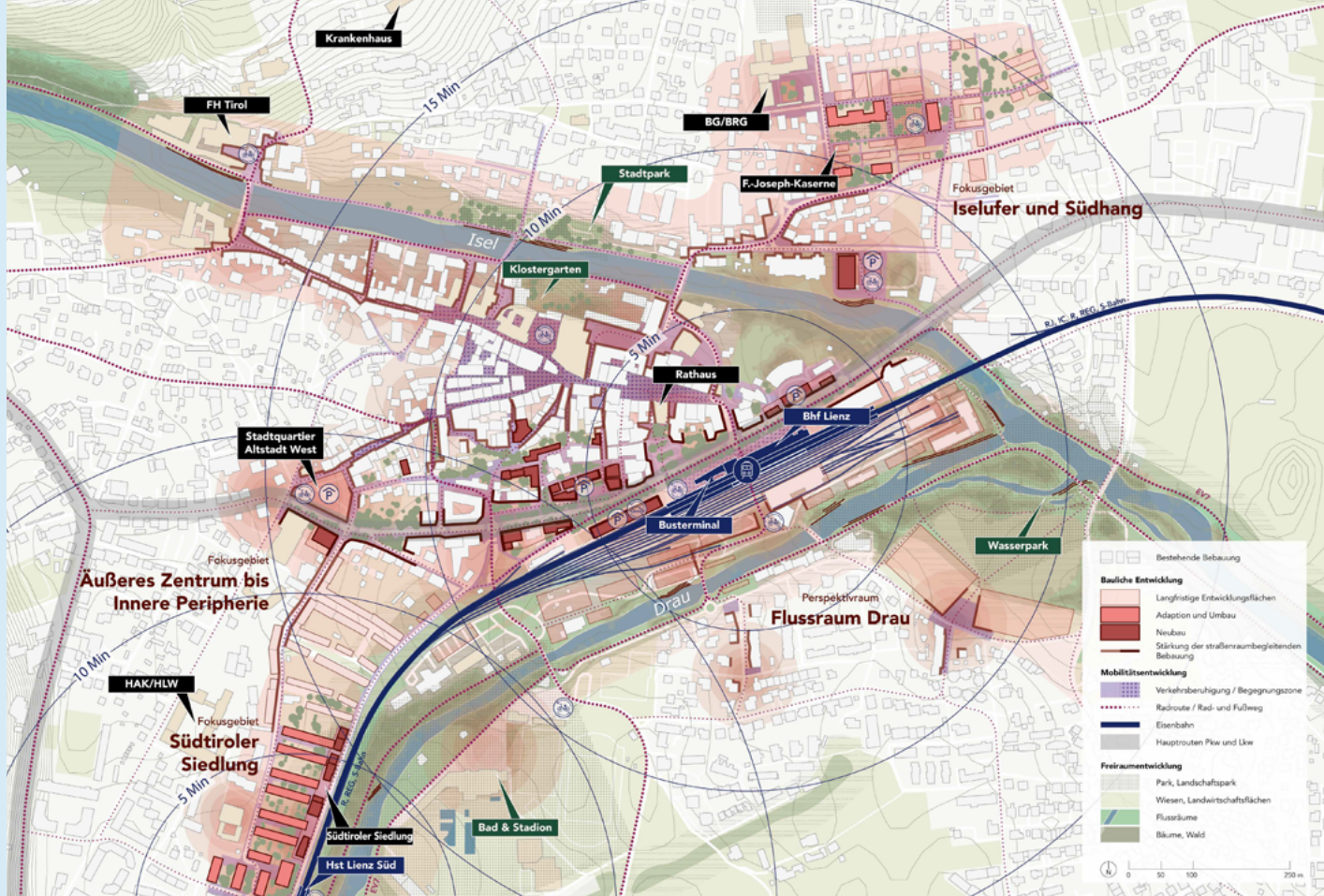
Wie soll sich die **Innenstadt** von Lienz zukunftsfähig weiterentwickeln? Wie positioniert sich Lienz als **regionales Zentrum** im Südalpenraum? Wie lassen sich **Innenstadtentwicklung, Freiraum, Mobilität und Flächenentwicklung** wirksam verknüpfen? Welche **räumlichen Potenziale** und **Entwicklungsansätze** bestehen – und welche Chancen bietet die **interkommunale Zusammenarbeit**?

Ausgangslage und Ziel

Die Stadt Lienz steht – wie viele Mittelzentren im Alpenraum – vor der Aufgabe, ihre Innenstadt und angrenzenden Quartiere zukunftsfähig zu gestalten. Leerstand, verändertes Konsumverhalten, Mobilitätswandel und Klimaanpassung erfordern integrierte Strategien. Mit dem Projekt **ISEK⁴ – Integriertes Stadtentwicklungskonzept für den Südalpenraum** wurde ein Ansatz entwickelt, der die Innenstadtentwicklung in einen regionalen Kontext stellt. Ziel war es, Lienz als lebendigen Wohn-, Arbeits- und Begegnungsraum zu stärken und zugleich **Wechselwirkungen mit dem Umland** zu berücksichtigen, etwa in den Bereichen Mobilität, Freiraumgestaltung und Flächenentwicklung. Die Lienzener Innenstadt soll so als regionales Zentrum positioniert werden, das kompakt, klimafit und qualitativ wächst.

Prozess und Beteiligung

Das ISEK⁴ Lienz entstand im Rahmen eines europäischen Pilotprojekts und wurde von einem interdisziplinären Planungsteam gemeinsam mit den Städten Lienz, Bruneck, Hermagor und Spittal an der Drau erarbeitet. Der Prozess erfolgte in enger Abstimmung mit Verwaltung, Politik und lokalen Akteur:innen. In Design- und Strategiewerkstätten wurden räumliche Potenziale, Zukunftsbilder und Handlungsansätze entwickelt. Bestehende Planungen, Daten und lokale Erfahrungen wurden zusammengeführt und in einem offenen, iterativen Prozess weiterentwickelt. Ziel war ein integriertes Konzept, das räumliche Entwicklung, Mobilität, Freiraum und regionale Kooperation verknüpft und übertragbare Strategien für andere Mittelstädte ableitet.



Zukunftsbild 2040 als integrierter Entwicklungsplan

Zentrale Inhalte

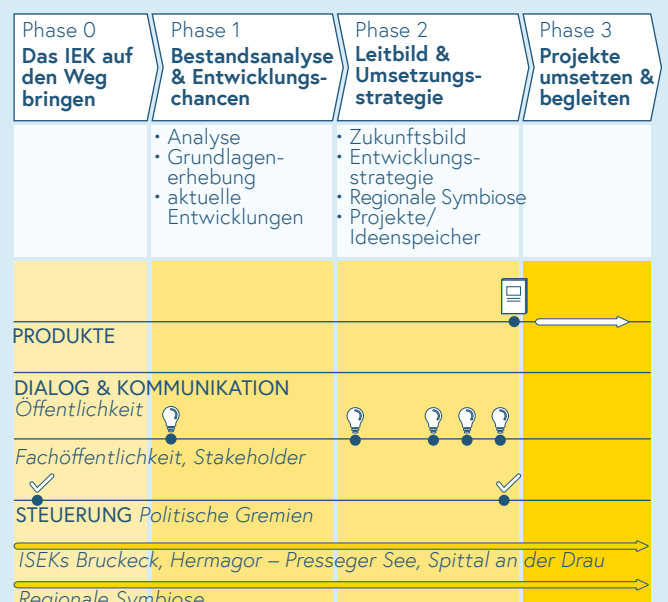
Das ISEK⁴ Lienz formuliert räumliche Leitbilder und konkrete Entwicklungsansätze: die Stärkung der Innenstadt durch qualitätsvolle Freiräume und Mischnutzungen, die Aufwertung der Flussräume von Isel und Drau als erlebbare Stadträume, die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs zugunsten aktiver Mobilität sowie die Nachverdichtung und Inwertsetzung bestehender Quartiere, etwa der Südtiroler Siedlung. Ergänzend werden regionale Mobilitätsverbindungen, insbesondere Schienenknoten und Radwege, gestärkt.

Umsetzung und Folgeprojekte

- Örtliches Fußverkehrskonzept „Lienz – 10 Minuten zu Fuß“
- Konzepte zur Innenstadtbelebung
- Initiativen zur Gestaltung der Uferzonen
- Fortführung Quartiersentwicklung Südtiroler Siedlung



Mit dem ISEK⁴ geht das Städtenetzwerk Süd Alpen Raum neue Wege der Innenstadtentwicklung



Prozessstruktur, gegliedert in die Phasen 0 bis 3, vgl. Kap. 4 – Der Weg zum IEK, S. 46 ff.

Standortoffensive Rossau

Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Rossau

Eckdaten

Ort	Innsbruck (T), ca. 130.000 EW
Dimension	Stadtteil/Ortsteil/Quartier
Laufzeit	Mai 2022 bis Mai 2024 (2 Jahre)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Wirtschaft #Gewerbeflächenentwicklung
#Städtebau #Verkehr & Mobilität #Öffentlicher Raum
#Energie #Nutzungen & Freiraum #Grün- und Freiraum

Federführende Stelle des IEK

Amt für Stadtplanung, Mobilität und Integration und Amt für Immobilien, Wirtschaft und Tourismus
+43 512 5360 8019
post.stadtplanung@innsbruck.gv.at

Steuerung

- Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
- Politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

- Amt für Stadtplanung Mobilität und Integration
- Amt für Immobilien, Wirtschaft und Tourismus
- Amt für Klimaneutrale Stadt
- Unternehmen der Stadt Innsbruck
- Land Tirol, Abt. Raumordnung
- Verkehrsverbund Tirol, TINEXT
- Ansässige Betriebe und ihre Beschäftigten
- Interessenvertretungen Wirtschaft

Einbindung externer Expert:innen

- Prozessbegleitung
- Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
- Verkehr/Mobilität
- Wirtschaftsentwicklung

Kosten für externe Beauftragungen

- ca. 185.000 Euro (netto)

Link

<https://www.ibkinfo.at/standortoffensive-rossau-1>



Zentrale Fragestellungen

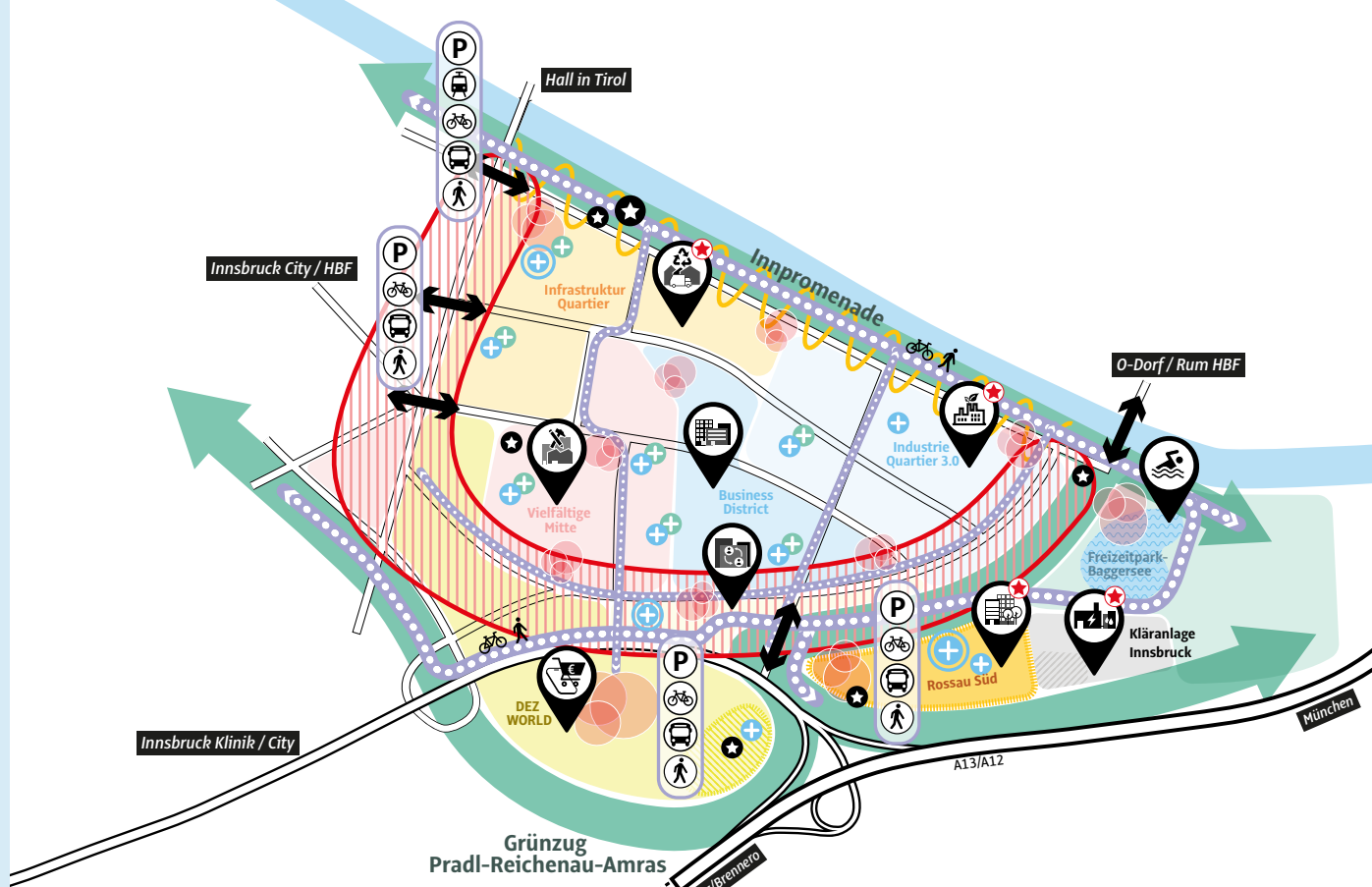
Wie kann sich das Betriebsgebiet zu einem **zukunftsorientierten** und **wettbewerbsfähigen Wirtschafts-quartier** weiterentwickeln? Welche Anforderungen ergeben sich daraus für **Erreichbarkeit** und **klimafreundliche Mobilität**? Welche **Standortqualitäten** sollen Unternehmen und Beschäftigten geboten werden? Wie lassen sich **innovative Energiekonzepte** gezielt voranbringen? Wie können bestehende **Gewerbeflächen** transformiert und gleichzeitig Flächenverbrauch sowie Versiegelungsgrad möglichst gering gehalten werden? Wie gelingt es, **Grundeigentümer:innen** und **Unternehmer:innen** aktiv in den Planungsprozess einzubeziehen?

Ausgangslage und Ziel

Die Rossau ist das größte Gewerbe- und Industriegebiet Westösterreichs. Rund 1.000 Betriebe mit etwa 13.000 Beschäftigten prägen das 160 Hektar große Areal im Osten Innsbrucks. Trotz seiner hohen wirtschaftlichen Bedeutung steht der Standort vor erheblichen Herausforderungen: eine autozentrierte Erschließung, Defizite bei Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr sowie geringe Aufenthaltsqualität. Hinzu kommen steigender Flächen- und Verkehrsdruck und Anforderungen des Klimawandels. Ziel der Standortoffensive Rossau ist es, den **Wirtschaftsraum zukunftsfähig zu entwickeln** – durch bessere Erreichbarkeit, nachhaltige Mobilität, qualitätsvolle Verdichtung, mehr Grün- und Freiräume sowie eine klare strategische Steuerung.

Prozess und Beteiligung

Die Stadt Innsbruck initiierte 2022 einen umfassenden Planungsprozess, um gemeinsam mit Wirtschaft, Verwaltung und Fachexpert:innen ein IEK zu erarbeiten. Die Bestandssituation wurde analysiert, Potenziale erhoben und zentrale Handlungsfelder definiert. In Werkstätten, Online-Formaten und Befragungen brachten Betriebe, Beschäftigte, Politik und Fachleute ihre Perspektiven ein. Ergebnis war ein strategischer Fahrplan mit konkreten Maßnahmen, der politisch beschlossen wurde.



Räumliche Struktur für das Gewerbegebiet

Zentrale Inhalte

Das IEK bündelt kurz-, mittel- und langfristige Schritte zur nachhaltigen Standortentwicklung. Im Fokus stehen Mobilität und Erreichbarkeit mit verbesserten ÖV-Verbindungen, einem geschlossenen Radwegenetz, einem neuen Straßenraumkonzept und intelligentem Parkraummanagement. Weitere Schwerpunkte sind Flächenmanagement und Nachverdichtung, die Aufwertung des öffentlichen Raumes durch Begrünung und Klimaanpassung sowie die Förderung von Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Zur Umsetzung wurde ein dreijähriges Quartiersmanagement Rossau eingerichtet.

Umsetzung und Folgeprojekte

- Quartiersmanagement Rossau
- Einführung Buslinie F
- Parkraumlösung/Parkraummanagement
- Infobroschüre „Qualitätsvolles Bauen in Gewerbegebieten“
- „Modellkreisläufe Rossau“
- Info-Veranstaltungen und Workshops



Bei der Stakeholderwerkstatt im Dezember 2022

Phase 0 Das IEK auf den Weg bringen	Phase 1 Bestandsanalyse & Entwicklungschancen	Phase 2 Leitbild & Umsetzungsstrategie	Phase 3 Projekte umsetzen & begleiten
	- Bestandsaufnahme - Raum- & Strukturanalyse - Bedarfe & Potentiale	- Handlungsfelder - Entwicklungskonzept - Maßnahmen & Projekte - Roadmap	
PRODUKTE			
DIALOG & KOMMUNIKATION Öffentlichkeit			
Fachöffentlichkeit, Stakeholder			
STEUERUNG Politische Gremien			

Prozessstruktur, gegliedert in die Phasen 0 bis 3, vgl. Kap. 4 – Der Weg zum IEK, S. 46 ff.

ISEK NikolaiQuartier

Zukunftsprozess zur Entwicklung eines neuen lebendigen Quartiers

Eckdaten

Ort	Villach (K), ca. 65.000 EW
Dimension	Stadtteil/Ortsteil/Quartier
Laufzeit	Feb. bis Dez. 2023 (10 Monate)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Klima & Umwelt #Soziale Infrastruktur #Städtebau
#Verkehr & Mobilität #Öffentlicher Raum #Sharing-Konzepte
#Nutzungsschwerpunkte #Grünraum

Federführende Stelle des IEK

Stadt Villach
Abt. Stadtplanung
+43 4242 205 4200
planung@villach.at

Steuerung

- Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
- Politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

- Bürgermeister, Politik
- Abt. Stadtplanung, Öffentlichkeitsarbeit, Verkehr, Umwelt & Soziales
- Land Kärnten, Abt. Raumordnung, Verkehr, Infrastruktur
- Architekturbeirat der Stadt Villach
- Stakeholder
- Öffentlichkeit

Einbindung externer Expert:innen

- Prozessbegleitung
- Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
- Freiraumplanung/Landschaftsplanung/Landschaftsarchitektur
- Verkehr/Mobilität
- Soziologie

Kosten für externe Beauftragungen

- Die Höhe ist unbekannt.
- ca. 70 % von der EU und vom Land Kärnten gefördert

Link

www.villach.at



Zentrale Fragestellungen

Wie kann das NikolaiQuartier als **gemischt genutztes Stadtviertel** den steigenden Bedarf an **Wohnen** und **Infrastruktur** in Villach beantworten? Wie lassen sich **vielfältige Nutzungsansprüche** zu einem lebendigen, nachhaltigen Quartier verknüpfen? Wie kann das NikolaiQuartier als **Vorzeigeviortel** für urbane Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke, kulturelle Vielfalt und ökologische Nachhaltigkeit positioniert werden?

Ausgangslage und Ziel

Villach wächst und nähert sich der Marke von 70.000 Einwohner:innen. Um dem steigenden **Bedarf an Wohnraum** und **Infrastruktur** zu begegnen, sollen vier neue Stadtviertel entstehen – eines davon ist das **NikolaiQuartier**. Das neue Viertel wird auf dem derzeit als Parkplatz genutzten, rund 2,1 Hektar großen Areal zwischen Congress Center und Landeskrankenhaus Villach entwickelt. **Wohnen, Arbeiten, Kultur, Bildung** und **Freizeit** sollen hier eng miteinander verbunden werden. Damit setzt Villach zentrale Ziele seines Stadtentwicklungskonzepts um und schafft lebendige, nachhaltige und attraktive Stadträume. Das Nikolai-Quartier soll sich dabei als Vorzeigeviortel für urbane Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke, kulturelle Vielfalt und ökologische Nachhaltigkeit etablieren.

Prozess und Beteiligung

Grundlage der Quartiersentwicklung ist das 2023 erarbeitete Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK). In mehreren Phasen entwickelten Fachleute, Stadtverwaltung und Stadtpolitik gemeinsam die Leitlinien und Ziele für das neue Stadtviertel. Ein zentrales Merkmal des Projekts war die frühe und intensive Einbindung der Bevölkerung. Zahlreiche Bürger:innen sowie Mitarbeiter:innen des Landeskrankenhauses und des Roten Kreuzes beteiligten sich an Befragungen, ergänzt durch öffentliche Zukunftswerkstätten und Präsentationen. So flossen Anregungen aus der Bevölkerung ebenso in das Konzept ein wie fachliche Expertise und politische Entscheidungen.



Einbindung des neuen Quartiers in den Kontext der Umgebung

Zentrale Inhalte

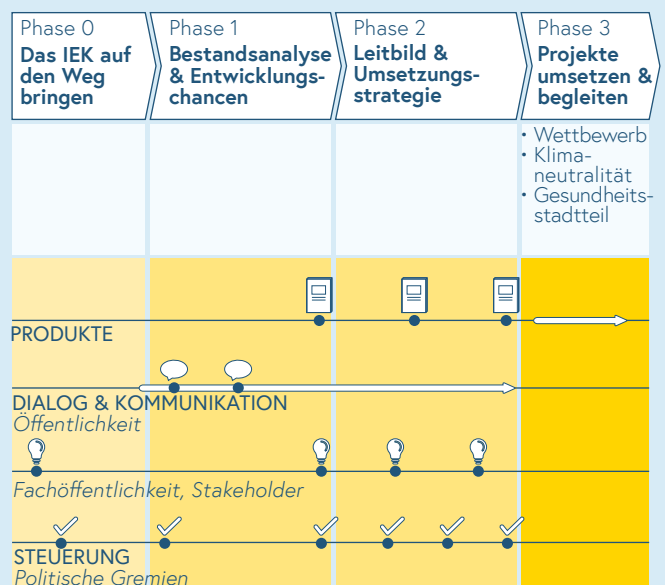
Im Fokus standen die Themen bauliche Gestaltung, Freiräume, Verkehr und Mobilität, grün-blaue Infrastruktur sowie soziale Angebote. Daraus entstanden Rahmenpläne für Stadtbild, Freiraum, Verkehr und Umwelt. Vorgesehen sind unter anderem neue Wohnformen, ein Primary Health Care Center, flexible Kinder- und Jugendbetreuung, gemeinschaftlich nutzbare Räume und Sharing-Angebote. Zur Stärkung der Nahversorgung werden ergänzend Angebote des täglichen Bedarfs integriert, um wesentliche Grundbedürfnisse der Bewohner:innen abzudecken. Zur Umsetzung der gemeinsamen Vision bereitet die Stadt nun einen städtebaulichen Wettbewerb vor, der die Grundlage für die Bebauungsplanung und weiterführende Architekturentwürfe bilden soll.



Städtebaulicher Rahmenplan

Umsetzung und Folgeprojekte

- KlimaQuartierNikolai gefördert in der Mission „Klimaneutrale Stadt“
- Städtebaulicher Wettbewerb in Vorbereitung
- Konkrete Planungen zu den Themen Klimaneutralität, Gesundheit, soziale Infrastruktur und Mobilität



Prozessstruktur, gegliedert in die Phasen 0 bis 3, vgl. Kap. 4 – Der Weg zum IEK, S. 46 ff.

Masterplan Innenstadt Dornbirn

Zukunftsprozess zur Weiterentwicklung der Innenstadt

Eckdaten

Ort	Dornbirn (V), ca. 52.000 EW
Dimension	Stadtzentrum/Ortskern
Laufzeit	Feb. 2024 bis April 2025 (14 Monate)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Innenstadtentwicklung #Mobilität/Erreichbarkeit
#Städtebau #Öffentlicher Raum #Wirtschaft #Inklusion

Federführende Stelle des IEK

Stadt Dornbirn,
Abt. Stadt- und Verkehrsplanung
+43 5572 306 0
stadt@dornbirn.at

Steuerung

- Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
- Politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

- Bürgermeister, Politik
- Abt. Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
- Abt. Stadt- und Verkehrsplanung
- Abt. Kommunikation und Medien
- Stadtmarketing
- Interessenvertretungen, Stakeholder
- Öffentlichkeit

Einbindung externer Expert:innen

- Prozessbegleitung
- Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
- Partizipation

Kosten für externe Beauftragungen

- Höhe und Förderanteil sind unbekannt.

Link

www.innenstadt.dornbirn.at/masterplan-innenstadt



Zentrale Fragestellungen

Welche **Anforderungen** wird die **Innenstadt** in Zukunft erfüllen müssen und wie soll sich das **Stadtzentrum** weiterentwickeln? Mit welchen **Angeboten** kann die Innenstadt für **unterschiedliche Zielgruppen** attraktiv bleiben? Wie können öffentliche Räume zu **attraktiven Erlebnis- und Verweilräumen** mit hoher Aufenthaltsqualität weiterentwickelt werden? Wie kann die **Innenstadt klimaresilient** gestaltet werden? Welche Anforderungen ergeben sich für **Erreichbarkeit** und **Mobilität**? Wie können die vielfältigen **Akteur:innen** aktiv in die Innenstadtentwicklung **eingebunden** werden?

Ausgangslage und Ziel

Wie viele Innenstädte steht auch Dornbirn vor tiefgreifenden Veränderungen: Online-Handel, neue Mobilitätsformen, veränderte Konsumgewohnheiten und der Klimawandel stellen das Zentrum vor große Herausforderungen. Gleichzeitig standen in zentralen Bereichen der Innenstadt umfassende **Sanierungs- und Umgestaltungsarbeiten** an. Dies nahm die Stadt zum Anlass, über kurzfristige Bauvorhaben hinauszudenken und einen integrierten Masterplan zu erarbeiten, der die Innenstadt als Ganzes betrachtet. Ziel ist es, ein gemeinsames Zukunftsbild für die Innenstadt zu entwickeln und Strategien zu formulieren, wie sie auch künftig ein attraktiver, lebendiger und klimafreundlicher Stadtraum bleiben kann.

Prozess und Beteiligung

Der Prozess startete 2023 auf Initiative der Stadt Dornbirn und wurde von einem interdisziplinären Planungsteam umgesetzt. Im Mittelpunkt stand ein breit angelegter Beteiligungsprozess, in dem Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bevölkerung gemeinsam am Zukunftsbild für das Zentrum arbeiteten. In mehreren Phasen wurden die bestehende Situation analysiert, Visionen entwickelt und konkrete Handlungsfelder definiert. Über eine digitale Plattform konnten Bürger:innen ihre Ideen und Wünsche einbringen, ergänzt durch Workshops, Stadtspaziergänge und einen Bürger:innenrat zu Fragen der Mobilität.



Zielkarte: Die Innenstadt als Begegnungsort mit Räumen für die Stadt von morgen

Zentrale Inhalte

Der Masterplan bündelt Strategien zur Aufwertung des öffentlichen Raumes, zur Förderung klimafreundlicher Mobilität und zur Stärkung von Handel und Begegnung. Im Fokus stehen eine höhere Aufenthaltsqualität, vielfältige Nutzungen und kurze Wege. Der Masterplan gibt Orientierung, um Potenziale zu erkennen, Freiräume aufzuwerten und Themen wie Verkehr, Wohnen, Wirtschaft und Stadtklima in Einklang zu bringen.

Umsetzung und Folgeprojekte

- Umgestaltung einzelner Gassen zu Begegnungszonen
- Neuordnung von Liefer- und Radverkehr
- Neue Freiraumverbindungen, Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen
- Entwicklung neuer Quartiere und Standorte (z. B. Markthalle)

Phase 0 Das IEK auf den Weg bringen	Phase 1 Bestandsanalyse & Entwicklungschancen	Phase 2 Leitbild & Umsetzungsstrategie	Phase 3 Projekte umsetzen & begleiten
	• Lagebild • Potenziale • Trendanalyse & Benchmark • ...	• Szenarien • Maßnahmen • Raumbild, Zielsystem • Projekte, Roadmap	
PRODUKTE			
DIALOG & KOMMUNIKATION Öffentlichkeit			
Fachöffentlichkeit, Stakeholder			
STEUERUNG Politische Gremien			

Prozessstruktur, gegliedert in die Phasen 0 bis 3, vgl. Kap. 4 – Der Weg zum IEK, S. 46 ff.

Vision und Masterplan Arnoldstein 2033

Zukunftsprozess zur Ortskernentwicklung

Eckdaten

Ort	Arnoldstein (K), ca. 7.000 EW
Dimension	Stadtzentrum/Ortskern
Laufzeit	Jan. bis Dez. 2023 (11 Monate)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Innenstadtentwicklung #Mobilität/Erreichbarkeit
#Städtebau #Öffentlicher Raum #Wirtschaft #Inklusion

Federführende Stelle des IEK

Marktgemeinde Arnoldstein, Bauamt
+43 4255 22 60
arnoldstein@ktn.gde.at

Steuerung

- Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
- Politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

- Bürgermeister, Politik
- Bauamt
- Wirtschaftshof
- Land Kärnten
- Stakeholder
- Öffentlichkeit

Einbindung externer Expert:innen

- Prozessbegleitung
- Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
- Freiraumplanung/Landschaftsplanung/Landschaftsarchitektur
- Verkehr/Mobilität
- Soziologie

Kosten für externe Beauftragungen

- ca. 90.000 Euro (netto)
- ca. 50 % vom Land Kärnten gefördert

Link

arnoldstein.gv.at/services/oertliches-entwicklungskonzept/



Zentrale Fragestellungen

Wie kann das **Ortszentrum** von Arnoldstein als lebendiger **Ort für Handel, Begegnung und Identität** gestärkt werden? Wie lässt sich die besondere Lage im Dreiländereck sowie die Funktion als Verkehrs- und Industriegemeinde zukunftsorientiert nutzen? Wie kann die **Lebensqualität** für alle Generationen gesichert werden? Wie können **Hauptplatz, Bahnhofsquartier** und **historisches Zentrum** räumlich und funktional neu geordnet und miteinander verknüpft werden? Wie lassen sich **Bürger:innen, lokale Akteur:innen** und zentrale **Stakeholder:innen** wirksam in einen gemeinsamen Entwicklungsprozess einbinden?

Ausgangslage und Ziel

Die Marktgemeinde Arnoldstein liegt im Dreiländereck Italien–Slowenien–Österreich und verbindet eine besondere Verkehrslage mit vielfältigen Naturräumen. Als **Verkehrs- und Industriegemeinde** mit modernem Industriepark, Skigebiet und Bildungsangeboten übernimmt sie wichtige Funktionen für die Region. Das größte Siedlungsgebiet bildet die Ortschaft Arnoldstein mit ihrem **historischen Zentrum** rund um die Klosterburg und die Pfarrkirche. Trotz einzelner Sanierungsmaßnahmen konnte der Hauptplatz bislang keine zentrale Rolle für Handel und Begegnung entwickeln. Um das Ortszentrum zu stärken, die Lebensqualität zu verbessern und Arnoldstein als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort im Nahbereich von Villach zukunftsweisend zu positionieren, war ein integrierter Ansatz erforderlich.

Prozess und Beteiligung

Zur Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive initiierte die Gemeinde gemeinsam mit Fachplaner:innen, Stakeholdern und Bürger:innen einen IEK-Prozess. Ein zentraler Bestandteil war die breite Beteiligung: In Workshops, Gesprächen und öffentlichen Veranstaltungen brachten Bürger:innen ihre Perspektiven, Wünsche und Ideen ein. Parallel dazu erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit Fachplaner:innen, Expert:innen sowie Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Vereinen.



Leitbild: Parkquartier, Bildungscampus, Mobilitätshub

Zentrale Inhalte

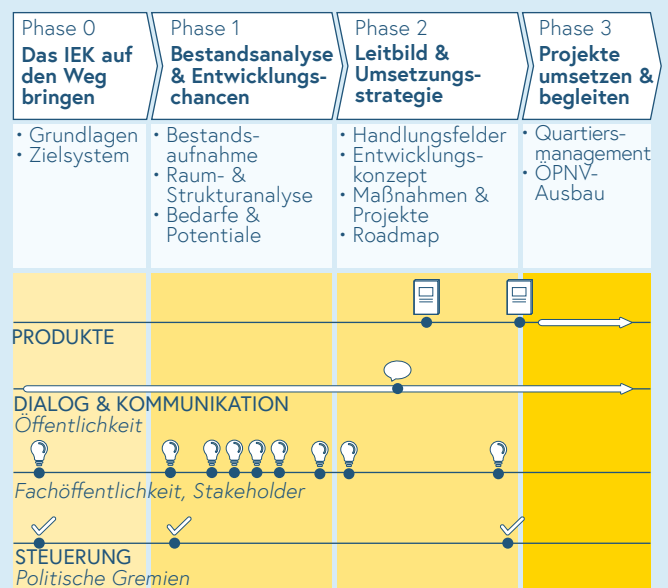
Grundlage bildeten die Empfehlungen der ÖROK zur Stärkung von Orts- und Stadtkernen sowie die bestehende Ortskernabgrenzung. Im Fokus standen drei Schlüsselbereiche: der Hauptplatz mit der ehemaligen Autotransitroute, das brachliegende Bahnhofsquartier und das alte Zentrum mit der identitätsstiftenden Klosterruine. Für diese Räume wurden Leitlinien entwickelt, Szenarien geprüft und ein Maßnahmenplan für die kommenden zehn Jahre erarbeitet. Ergänzend entstand ein Mobilitätskonzept. Der daraus abgeleitete Rahmenplan bildet die Grundlage für Flächenwidmungs- und Bebauungsplanungen sowie für zukünftige Wettbewerbsverfahren.

Umsetzung und Folgeprojekte

- Sanierung und Erweiterung der Feuerwehr
- Städtebaulicher Wettbewerb
- 3D-Modell in Kooperation mit der HTL Villach



Bei der Werkstatt mit der Öffentlichkeit im Juli 2023



Prozessstruktur, gegliedert in die Phasen 0 bis 3, vgl. Kap. 4 – Der Weg zum IEK, S. 46 ff.

Klimastrategie Rankweil 2040

Zukunftsprozess zur klimaneutralen Stadt

Eckdaten

Ort Rankweil (V), ca. 12.000 EW
Dimension Gesamtstadt/Gesamtkommune
Laufzeit Juni 2024 bis Dez. 2025 (18 Monate)

Inhaltliche Schwerpunkte

#Klimaschutz #Klimawandelanpassung #Raumplanung
#Grün- und Freiraum #Mobilität #Kreislaufwirtschaft
#Kommunikation #Governance

Federführende Stelle des IEK

Marktgemeinde Rankweil
Fachabteilung Umwelt, Klima, Energie
+43 5522 405 1324
marktgemeinde@rankweil.at

Steuerung

→ Arbeitsgruppe/Steuerungsgruppe
→ Politische Gremien

Beteiligte Akteur:innen

→ Bürgermeisterin, Politik
→ FB Raumplanung und Ortsentwicklung
→ FB Umwelt, Klima, Energie, Gewässer, Landwirtschaft
→ FB Tiefbau
→ Netzwerk der Pionierstädte

Einbindung externer Expert:innen

→ Prozessbegleitung
→ Raum-/Stadtplanung/Städtebau/Architektur
→ Verkehr/Mobilität
→ Energie

Kosten für externe Beauftragungen

→ 80.000 Euro (netto)
→ 100% vom Klima- und Energiefonds gefördert

Link

<https://www.mint-vk.at/system/web/getDocument.ashx?cts=1776327795&fileid=1325388&&ncd=1>



Zentrale Fragestellungen

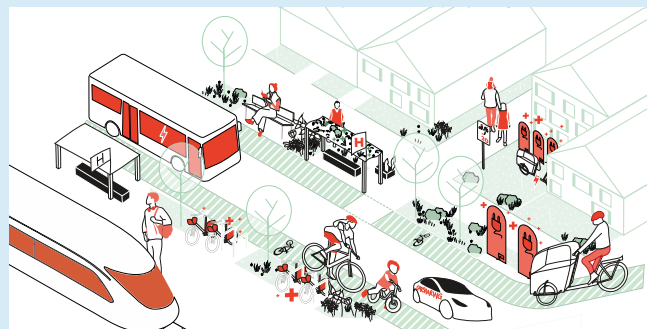
Wie wird Rankweil bis 2040 **klimaneutral**? Wie lassen sich **Energie, Mobilität, Natur- und Siedlungsentwicklung** neu denken – im Einklang mit **Umwelt** und **Gemeinschaft**? Wie gelingt es, **Klimaschutz, Wirtschaft** und **Lebensqualität** dauerhaft zu verbinden? Welche Rolle spielt jede und jeder Einzelne?

Ausgangslage und Ziel

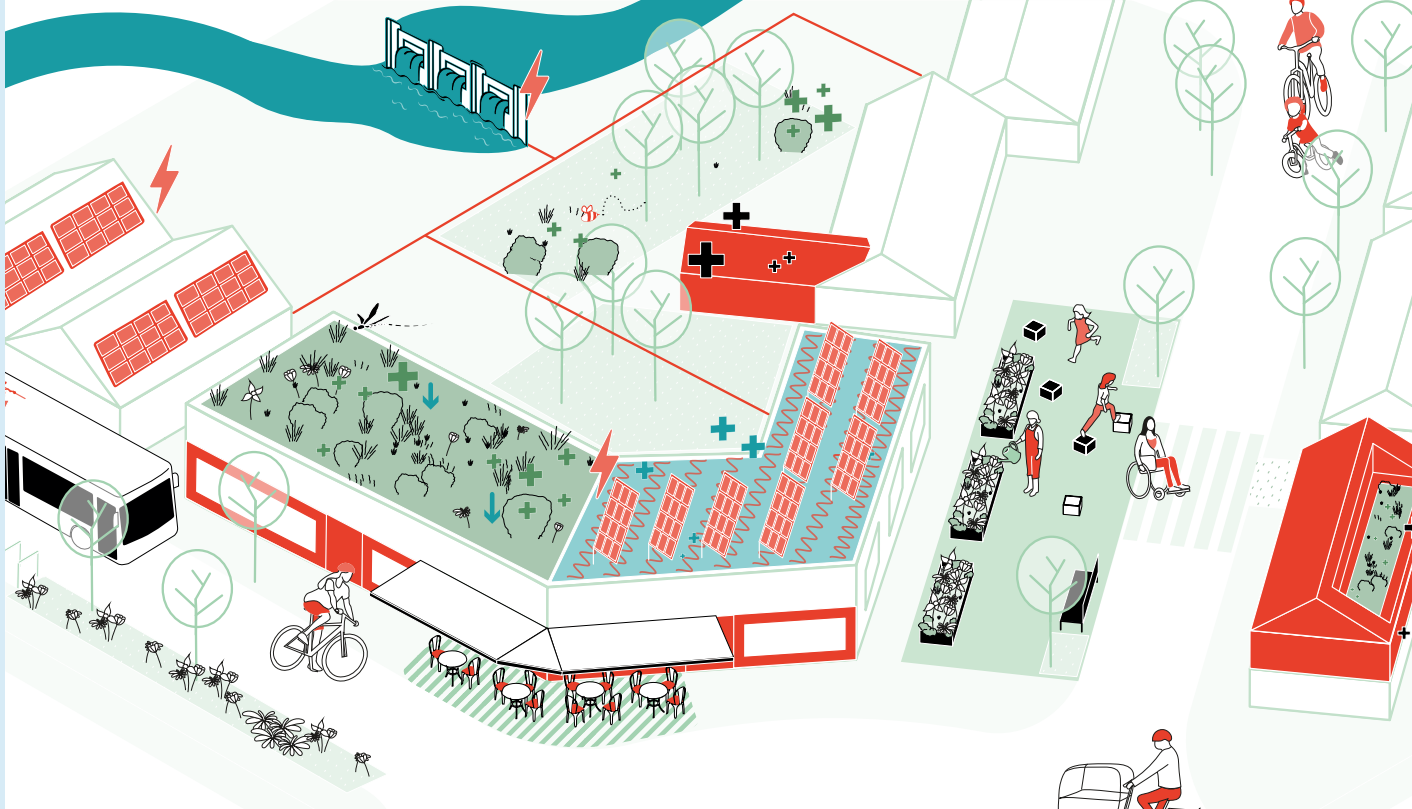
Rankweil steht wie viele Gemeinden vor der Herausforderung, den Klimawandel aktiv zu gestalten. Steigende Temperaturen, Hitzetage und Extremwetter verlangen neue Antworten auf lokaler Ebene. Die Marktgemeinde hat sich daher entschieden, als „**Klimaneutrale Stadt 2040**“ Verantwortung zu übernehmen. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß in allen Bereichen – von Verwaltung und Energieversorgung bis zu Verkehr, Wirtschaft und Landwirtschaft – Schritt für Schritt auf null zu senken und dabei Lebensqualität, Natur und wirtschaftliche Stärke zu sichern. Grundlage bildet ein breites Netzwerk bestehender Initiativen wie e5, KEM und KLAR!, die nun unter einem gemeinsamen strategischen Dach gebündelt wurden.

Prozess und Beteiligung

Die Klimastrategie wurde 2024 bis 2025 in enger Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Expert:innen, Politik, Wirtschaft und Bevölkerung entwickelt. Workshops, Fachgespräche und zwei große Klimaworkshops legten die inhaltlichen Schwerpunkte fest.



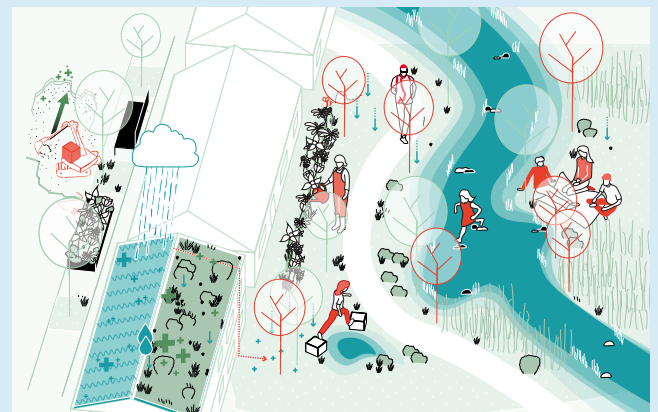
Leitziel: auf nachhaltige Mobilitätsträger umsteigen – und damit die Sicherheit im Straßenraum erhöhen



Leitziel: Energie aus erneuerbaren Energieträgern nutzen – für Versorgungssicherheit sorgen

Zentrale Inhalte

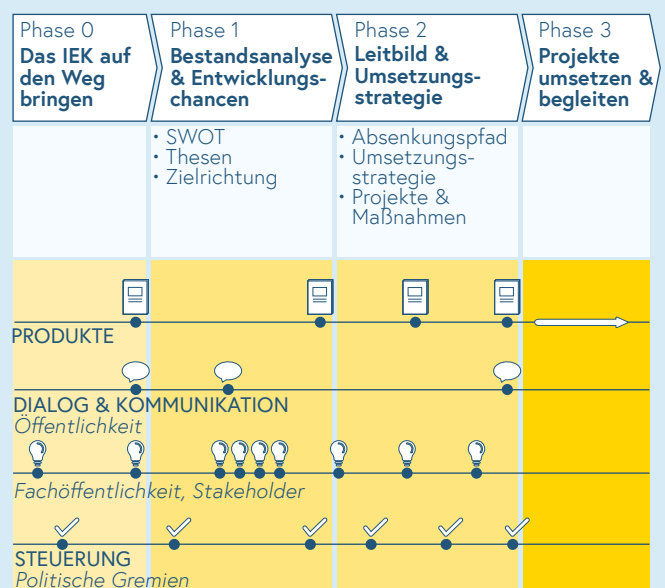
Der entwickelte Umsetzungsplan zur Klimaneutralität bis 2040 dient als Richtschnur für das zukünftige Verwaltungshandeln. Acht Handlungsfelder bilden das Rückgrat der Strategie – Raumplanung, Energie und Mobilität, Klimaanpassung und Landwirtschaft sowie Kreislaufwirtschaft, Kommunikation und Verwaltung. Die Maßnahmen und Projekte sind begleitet durch Bewusstseinsbildung und transparente Kommunikation. So geht Rankweil konsequent den Weg zur Klimaneutralität – für eine lebenswerte, widerstandsfähige und zukunftsfähige Gemeinde.



Leitziel: Natur stärken – Lebensqualität sichern

Umsetzung und Folgeprojekte

- Kommunalen Sanierungsfahrplan
- Wärmeplan, Ausbau erneuerbarer Energien
- Überarbeitung des Bebauungsplans
- Maßnahmen zum Schutz des Baumbestandes und zur Entsiegelung von Hitze-Hotspots
- Parkraummanagement
- Förderung einer aktiven Reparatur- und Kreislaufkultur
- Bewusstseinsbildungsmaßnahmen



Prozessstruktur, gegliedert in die Phasen 0 bis 3, vgl. Kap. 4 – Der Weg zum IEK, S. 46 ff.

6. Ausblick



Integrierte Entwicklungsplanung als gemeinsamer Zukunftspfad für Österreichs Städte und Gemeinden

Mit dem vorliegenden Praxisleitfaden zur integrierten räumlichen Entwicklungsplanung liegt erstmals eine gemeinsam entwickelte, ressortübergreifend abgestimmte Arbeitshilfe vor, die sich explizit an die handelnden Akteur:innen der österreichischen Planungspraxis richtet. Er ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS), dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) sowie dem Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Stärkung von Orts- und Stadtkernen.

Diese Zusammenarbeit markiert einen wichtigen Schritt: Sie unterstreicht die Bedeutung einer übergeordneten, ganzheitlichen Planung im Sinne der Baukultur. Diese begreift die gebaute Umwelt als integralen Zusammenhang, in dem jede Intervention Auswirkungen auf das Gesamte hat – von der Belegung von Zentren und dem Erhalt des Gebäudebestands über Klimawandelanpassung, Kreislaufwirtschaft und Mobilitätswende bis hin zur sozialen Infrastruktur.

Damit erweist sich die hier dargestellte Methode zur integrierten Planung als Schlüssel zur Gestaltung der aktuellen Herausforderungen, die nicht isoliert in einzelnen Ressorts, Instrumenten oder Förderprogrammen zu betrachten ist. Vielmehr erfordern sie koordinierte, aufeinander abgestimmte und langfristig tragfähige Ansätze, die fachliche, räumliche und institutionelle Grenzen überwinden (Multi-Level-Governance).

Der Praxisleitfaden versteht sich daher als ein wichtiges Instrument zur Steuerung der ohnehin immer komplexer werdenden Planungslandschaft. Er bietet einen gemeinsamen Bezugsrahmen, der bestehende Instrumente, Fachplanungen und Zuständigkeiten miteinander verbindet, aufeinander abstimmt und in einen strategischen Gesamtzusammenhang stellt. In diesem Sinne ist die integrierte Entwicklungsplanung weniger ein Produkt als vielmehr ein Prozess: ein lernendes, dialogorientiertes und selbstbindendes Vorgehen, das auf Kooperation, Transparenz und gemeinsame Verantwortung setzt.

Zielsetzungen und Mindeststandards als gemeinsame Grundlage

Die Einigung auf ein gemeinsames Verständnis von integrierter Entwicklungsplanung auf Bundesebene – in enger Abstimmung mit den Bundesländern – verfolgt die Einführung mehrerer zentraler Zielsetzungen. Dazu zählt insbesondere die Schaffung fachlich fundierter Grundprinzipien, klarer Mindestanforderungen und verbindlicher Qualitätsmaßstäbe, die allen beteiligten Ebenen als Orientierung dienen können. Die Mindeststandards sollen sicherstellen, dass integrierte Entwicklungsprozesse tatsächlich ihrem Anspruch gerecht werden: als strategische, gemeinwohlorientierte und umsetzungsorientierte Herangehensweise in der Raumentwicklung.

Der Praxisleitfaden definiert diese Mindeststandards bewusst nicht als starres Regelwerk, sondern als qualitätssichernden Rahmen, der unterschiedliche Raumtypen, Ausgangslagen und institutionelle Kontexte in Österreich berücksichtigt. Er lässt Spielräume für ortsspezifische Lösungen, verlangt aber zugleich ein Mindestmaß an Integration, Beteiligung, strategischer Zielorientierung sowie systematischer Umsetzung und Evaluierung. Damit schafft er Planungssicherheit, Transparenz und Vergleichbarkeit – sowohl für Gemeinden und Städte als auch für Förderstellen und politische Entscheidungsträger:innen.

Integrierte Entwicklungsplanung und Förderpolitik: Anreize statt Vorgaben

Ein zentrales Potenzial der Integrierten Entwicklungskonzepte (IEK) liegt in ihrer Funktion als qualitätssicherndes Bindeglied zur Förderlandschaft der öffentlichen Hand. Der Praxisleitfaden ermöglicht eine stärkere Abstimmung von Förderprogrammen auf EU-, Bundes- und Landesebene und setzt gezielt Anreize für integrierte Vorgehensweisen.

Konkret könnte dies bedeuten, dass bei der Vergabe von Fördermitteln Projekte und Vorhaben bevorzugt werden, die auf einem Integrierten Entwicklungskonzept aufbauen und den in diesem Leitfaden festgelegten Qualitätskriterien und Mindeststandards entsprechen.

Ein solcher Ansatz stärkt nicht nur die Wirksamkeit öffentlicher Mittel, sondern unterstützt auch Gemeinden und Städte dabei, begrenzte Ressourcen effizient, effektiv und zielgerichtet einzusetzen. Gleichzeitig fördert er strategisches Denken über Einzelmaßnahmen hinaus und erhöht die Tragfähigkeit sowie die Nachhaltigkeit der geförderten, entwickelten und umgesetzten Projekte.

Qualitätssicherung, Wirkung und Lernen im Prozess

Das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) bietet zudem einen geeigneten Rahmen, um Qualitätssicherung systematisch in Planung und Umsetzung zu verankern. Durch klar definierte Ziele, Indikatoren und Evaluierungsschritte wird es möglich, Wirkungen sichtbar zu machen, Prozesse zu reflektieren und aus Erfahrungen zu lernen. Dies stärkt nicht nur die fachliche Qualität, sondern auch die politische Legitimation integrierter Entwicklungsprozesse.

Gerade vor dem Hintergrund komplexer Transformationsaufgaben – etwa im Umgang mit Leerstand, dem Erhalt des Gebäudebestands, der Anpassung an den Klimawandel oder der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen – gewinnt diese lernende, adaptive Herangehensweise an Bedeutung. Integrierte Entwicklungsplanung schafft die Voraussetzung, um flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren, ohne den strategischen Rahmen aus den Augen zu verlieren.

Ausblick: Kooperation, Abstimmung und Weiterentwicklung

Mit der gemeinsamen Beauftragung und dem vorliegenden Praxisleitfaden ist ein wesentlicher Grundstein gelegt. Die integrierte Entwicklungsplanung bietet nicht nur eine fundierte Grundlage für die vertiefte Abstimmung mit zentralen Akteur:innen sowie betroffenen Ressorts und Fachstellen. Als breit abgestimmtes Dokument schafft er eine gemeinsame Basis für optimierte Rahmenbedingungen in der Stadt- und Gemeindeentwicklung. Zudem können die hier vorgestellten planerischen Handlungsinstrumente und Zielvorgaben als Qualitätskriterien für eine zukünftige Koordination und Weiterentwicklung der Förderlandschaft in Österreich dienen.

Ziel ist es, dauerhafte, gemeinsame und nachhaltige Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Sektoren, Ebenen und Akteur:innen interdisziplinär aufzubauen und zu festigen – im Sinne einer gelebten Multi-Level-Governance. Auf diese Weise können Synergien effizient genutzt und Programme besser aufeinander abgestimmt sowie wirkungsvoller weiterentwickelt werden.

Die integrierte Entwicklungsplanung hat das Potenzial, zu einem gemeinsamen Fundament und zu einem verbindenden Element in der österreichischen Planungs- und Förderlandschaft zu werden: als strategischer Möglichkeitsraum über Ressortgrenzen und fachliche Zuständigkeiten hinaus, als Instrument für einen effizienten Mitteleinsatz und als Grundlage für eine zukunftsfähige, soziale und gemeinwohlorientierte Raumentwicklung. Sie lädt alle Beteiligten ein, Verantwortung gemeinsam wahrzunehmen, gemeinsame Ziele zu definieren, voneinander zu lernen und die Zukunft unserer Städte und Gemeinden aktiv mitzugestalten.

Anhang



Fördermöglichkeiten und Förderstellen

Im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung eines IEK stehen Gemeinden und Städten in Österreich unterschiedliche öffentliche **Förderprogramme** zur Verfügung. Diese decken ein breites Spektrum ab und reichen von der **Planung** und **Konzeption** über **Prozess- und Umsetzungsbegleitung** bis hin zu **investiven Maßnahmen für konkrete Vorhaben**. Dadurch können sowohl prozessuale, strategisch-konzeptionelle als auch investive Schritte **finanziell unterstützt** werden.

Die aktuelle Förderlandschaft ist durch eine Vielzahl von **Programmen auf Bundes- und Landesebene** geprägt, die unterschiedlichen Ressorts zugeordnet sind und jeweils eigene **thematische Schwerpunkte** verfolgen. Dazu zählen unter anderem Förderungen in den Bereichen **Regionalentwicklung, Raumplanung, Mobilität, Klimaschutz und Klimawandelanpassung, Energie** sowie **Baukultur**. Entsprechend ist die Förderlandschaft vielfältig und unterliegt einer laufenden Weiterentwicklung.

Im Zusammenhang mit der integrierten Entwicklungsplanung verfolgen die zuständigen Ressorts das Ziel, **bestehende Förderinstrumente schrittweise weiterzuentwickeln** und stärker aufeinander abzustimmen, sodass diese künftig gezielter für die Erarbeitung und Umsetzung Integrierter räumlicher Entwicklungskonzepte (IEK) eingesetzt werden können. Auf Ebene der Ministerien wird daran gearbeitet, **Synergien zwischen Programmen** besser zu nutzen und integrierte, ressortübergreifende Ansätze zu fördern. Eine zentrale Zukunftsaufgabe liegt dabei in der **Bündelung von Ressourcen** sowie in einer **ganzheitlichen Betrachtung kommunaler Entwicklungsprozesse**.

Vor diesem Hintergrund wurde bewusst darauf verzichtet, im vorliegenden Leitfaden eine vollständige und detaillierte Darstellung aller aktuell verfügbaren Förderprogramme vorzunehmen. Aufgrund der Dynamik der Förderlandschaft – Programme werden regelmäßig angepasst, neu aufgelegt oder eingestellt – könnte eine umfassende Auflistung rasch an Aktualität verlieren. Stattdessen werden nachfolgend **zentrale öffentliche Förderstellen** und deren **thematische Schwerpunkte** mit Relevanz für die integrierte Entwicklungsplanung angeführt.

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

Öffentliche Förderstellen und thematische Schwerpunkte

(Auswahl mit Relevanz für integrierte Entwicklungsplanung)

Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS) Abteilung IV/B/4 – Architektur, Baukultur, Denkmalschutz und UNESCO-Welterbe

Fördermöglichkeiten im Bereich Baukultur, insbesondere:

- Projektentwicklung und konzeptionelle Grundlagen
- Analysen, Beteiligungs- und Partizipationsprozesse
- Prozess- und Umsetzungsbegleitung
- Qualitätssicherungsverfahren
(z. B. Wettbewerbe, dialogisch-kooperative Verfahren)
- Interkommunale Planungs- und Gestaltungsbeiräte
- Impuls- und Pilotprojekte
- Erhalt und Weiterentwicklung von Kulturlandschaften
- Bundesdenkmalamt (BDA) – Maßnahmen im Bereich Denkmalschutz



Link: <https://www.bmwkms.gv.at/themen/kunst-und-kultur/sparten/architektur-baukultur/baukultur.html>

Kontakt: iv4@bmwkms.gv.at

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) Abteilung III/7 – Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit

Fördermöglichkeiten und thematische Schwerpunkte im Ressort, insbesondere:

- GAP-Strategieplan Österreich zur ländlichen Entwicklung
- Stärkung von Orts- und Stadtkernen
- Attraktivierung und Reaktivierung von Leerstand
- Aktivierung und Nutzung von Brach- und mindergenutzten Flächen
- Bewusstseinsbildung und begleitende Maßnahmen
- Holzbau und Kreislaufwirtschaft
- Regionalentwicklung und interkommunale Kooperation
- Internationaler Städteaustausch



Link: www.bmluk.gv.at

Kontakt: abt-37@bmluk.gv.at

Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI)
Abteilung III/3 – Energie- und Umwelttechnologien

Thematische Schwerpunkte mit Relevanz für integrierte räumliche
Entwicklungsplanung u. a.:

- Pionierstadt-Initiative
- Erneuerbare Energien
- Energieeffizienz
- Gebäude und Quartiere
- Nachhaltige Mobilität
- Klimaschutz und Klimawandelanpassung
- New European Bauhaus (NEB)



Link: www.bmimi.gv.at

Kontakt: iii3@bmimi.gv.at

Klima- und Energiefonds (KLIEN)

Thematische Schwerpunkte mit Relevanz für integrierte räumliche
Entwicklungsplanung u. a.:

- Erneuerbare Energien
- Energieeffizienz
- Gebäude
- Nachhaltige Mobilität
- Klimaschutz
- Klimawandelanpassung
- Resilienz



Link: www.klimafonds.gv.at

Kontakt: office@klimafonds.gv.at

An der Erarbeitung des Leitfadens beteiligt waren:

Herausgeberin

Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS)
Abteilung IV/B/4 – Architektur, Baukultur, Denkmalschutz und UNESCO-Welterbe
Concordiaplatz 2, 1010 Wien

Nationale und internationale Angelegenheiten auf dem Gebiet der Architektur, der Stadt- und Raumentwicklung, der Baukultur, des Denkmalschutzes und des UNESCO-Welterbes; nationale Koordinierungsstelle für Baukultur; gebietskörperschaftsübergreifende Kooperation, Koordination, Vernetzung und Bewusstseinsbildung im Bereich Baukultur; Förderung im Bereich Architektur, Baukultur, Denkmalschutz und UNESCO-Welterbe; Geschäftsstelle des Beirats für Baukultur

Kontakt: iv4@bmwkms.gv.at

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK)

Abteilung III/7 – Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit
Stubenring 1, 1010 Wien

Koordination der Fördermaßnahmen „Reaktivierung des Leerstands (77-04)“ und „Orts- und Stadtkernförderung (73-10)“ zur Stadt- und Ortskernstärkung im GAP-Strategieplan 2023–2027 auf Bundesebene

Kontakt: abt-37@bmluk.gv.at

Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI)

Abteilung III/3 – Energie- und Umwelttechnologien
Radetzkystraße 2, 1030 Wien

Konzeption und Programmierung von FTI-Initiativen und den entsprechenden Begleitaktivitäten, u. a. in den Themen nachhaltiges Bauen und zukunftsfitte Städte; strategische Programmierung der FTI-Agenden des Klima- und Energiefonds; nationale Kontaktstelle für New European Bauhaus

Kontakt: iii3@bmimi.gv.at

Inhaltliche Erarbeitung und Fachexpertise

Raumposition GmbH

Phorusgasse 2/28, 1020 Wien

Daniela Allmeier, Rudolf Scheuvers, Ekaterina Winter, Julian Staritz, Ronja Barz

PlanSinn Planung & Kommunikation GmbH

Zollergasse 18–20/1/3, 1070 Wien

Wolfgang Gerlich, Hanna Posch

Weitere Mitwirkende

Die vorliegende Publikation basiert auf einem breiten fachlichen Austausch im Verlauf des Projekts. Ein besonderer Dank gilt allen beteiligten Personen und Organisationen, insbesondere den Teilnehmer:innen der Fachgespräche und des Fachdialogs, der Fachwerkstätten in Salzburg und Linz, der Ortskernwerkstatt Munderfing sowie den Mitgliedern der Redaktionsgruppe. Durch ihre fachliche Expertise, ihre Mitwirkung sowie konstruktive und kritische Rückmeldungen haben sie wesentlich zur inhaltlichen Qualität und Weiterentwicklung des Projekts beigetragen. Für den Erfahrungsaustausch sowie die Bereitstellung der Praxisbeispiele gilt den beteiligten Städten und Gemeinden sowie den involvierten Planer:innen besonderer Dank.

Arbeitshilfen und weiterführende Materialien

Dieses Kapitel bietet eine Auswahl an Arbeitshilfen und weiterführenden Materialien, darunter Links zu ausgewählten thematischen Schwerpunkten. Sie sollen den Leser:innen als praxisnahe Orientierung und als Unterstützung für die vertiefende Auseinandersetzung mit dem IEK dienen.

Die Zusammenstellung erleichtert den Zugang zu fachlichen Grundlagen, methodischen Ansätzen und praxisrelevanten Instrumenten. Sie versteht sich jedoch nicht als vollständige Übersicht, sondern als gezielte Auswahl hilfreicher Quellen und Materialien, die je nach Bedarf ergänzt werden kann.

Die wichtigsten Arbeitshilfen zur integrierten Entwicklungsplanung

➔ Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung.

Eine Arbeitshilfe für Kommunen

Praxisorientierte Arbeitshilfe zur Erstellung und Umsetzung Integrierter Entwicklungskonzepte im Rahmen der Deutschen Städtebauförderung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.), 2023



Link: https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Praxis/ArbeitshilfenundLeitfaeden/Arbeitshilfe_ISEK_2023.pdf?__blob=publicationFile&v=2

➔ Handlungsempfehlungen für die Umsetzung Integrierter Stadtentwicklungskonzepte. Eine Arbeitshilfe für Kommunen

Leitfaden mit methodischen Hinweisen und praxisnahen Empfehlungen zur Umsetzung integrierter Stadtentwicklungsprozesse

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.), 2022



Link: https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Praxis/ArbeitshilfenundLeitfaeden/LebendigeZentren/arbeits-hilfe_isek.pdf?__blob=publicationFile&v=3

➔ Integrierte Stadtentwicklungsplanung: Konzepte – Methode – Beispiele

Fachbuch mit theoretischen Grundlagen, methodischen Ansätzen und praktischen Beispielen zur integrierten Stadtentwicklungsplanung

Stefan Heinig, 2022



Link: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5839-2/integrierte-stadtentwicklungsplanung/>

Weiterführende Materialien

Grundlegendokumente zur österreichischen und europäischen Raum-/Stadtplanung

- ➔ **Österreichisches Raumentwicklungskonzept – ÖREK 2030. Raum für Wandel**
Gesamtstaatliches Leitbild für die räumliche Entwicklung Österreichs mit strategischen Grundsätzen, Zielen und Prioritäten für die nächsten zehn Jahre
Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.), 2021
 Link: <https://www.oerek2030.at>
- ➔ **Bodenstrategie für Österreich**
Strategie zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz von Boden und Fläche in Österreich mit Zielen und Maßnahmen zur Reduktion von Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung
Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.), 2024
 Link: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente%20LWLD%20Abt_RO/OEREK_Bodenstrategie2024.pdf
- ➔ **Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl**
Europäisches Grundsatzdokument zur nachhaltigen, integrierten und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.), 2021
 Link: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2021/neue-leipzig-charta-pocket-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Baukultur

- ➔ **Baukulturelle Leitlinien des Bundes Österreich**
Grundlagenpapier zur Stärkung von Baukultur und Qualität in Planung, Bauwesen und öffentlicher Raumgestaltung
Bundeskanzleramt – Geschäftsstelle des Beirats für Baukultur (Hrsg.), 2017
 Link: https://www.bmwkms.gv.at/dam/jcr:c1641f3d-5f13-44be-b792-d682a8505833/Baukulturelle_Leitlinien_DE.pdf

➔ **Baukulturbericht 2014/15 – Gebaute Lebensräume der Zukunft: Fokus Stadt**

Umfassender Bericht zur Bedeutung von Baukultur in städtischen Lebensräumen mit zentralen Themen wie qualitätsvolle Quartiersbildung, öffentlicher Raum, Infrastruktur, Planungs- und Beteiligungsprozesse – inklusive Projekte und praxisnahe Einblicke in baukulturelle Fragestellungen

Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.), 2015



Link: https://www.bundesstiftung-baukultur.de/fileadmin/files/medien/78/downloads/bbk_auflage_4_0.pdf

➔ **ÖROK-Empfehlung Nr. 58: Raum für Baukultur. Orts- und Stadtkerne stärken sowie Raum für Baukultur eröffnen**

Strategische Empfehlung von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden zur Stärkung von Orts- und Stadtkernen sowie zur Förderung einer qualitätsvollen Baukultur; mit Schwerpunkten auf Innenentwicklung, Flächensparen, baukultureller Qualität und integrierter räumlicher Planung

Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.), 2023.



Link: https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/Bilder/2.Reiter-Raum_u_Region/6_OEREK_Umsetzungspakte/Raum_fuer_Baukultur/OEROK-Empfehlung_Nr_58_Raum_fuer_Baukultur.pdf

➔ **Plattform Baukulturpolitik – Baukultur in Österreich**

Internetplattform mit Grundlagenwissen zur Baukultur, politischen Forderungen, Informationen zu baukulturellen Aktivitäten und Diskussionen sowie weiterführenden Materialien



Link: <https://www.baukulturpolitik.at>

➔ **Kommunale Kompetenz Baukultur: Werkzeugkasten der Qualitätssicherung**

Praxisorientierte Arbeitshilfe zur Sicherung baukultureller und planerischer Qualität. Der Leitfaden bietet einen Überblick über Methoden und Instrumente wie Wettbewerbe, Gestaltungsbeiräte und Beteiligungsformate und unterstützt Kommunen bei der systematischen Qualitätssicherung in Planungs- und Bauprozessen

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.), 2012



Link: https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Praxis/ArbeitshilfenundLeitfaeden/LebendigeZentren/kompetenzbaukultur.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Innenentwicklung, Ortskerne und Stadtzentren

→ Fachempfehlungen zur Stärkung von Orts- und Stadtkernen

Praxisorientierte Empfehlungen zur Revitalisierung und Stärkung von Orts- und Stadtzentren für Gemeinden und Planende

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.), 2019



Link: https://www.oerok.gv.at/fileadmin/bestellservice/publikationen/pdf/broschuere_Fachempfehlungen_zur_Staerkung_von_Orts_und_Stadtkernen_in_Oesterreich_Rahmen_Empfehlungen_Beispiele_kurzfassungDE.pdf

→ Materialienband zur Stärkung von Orts- und Stadtkernen – Gesamtfassung

Umfassende Publikation mit Analysen, Handlungsempfehlungen und Praxisbeispielen zur nachhaltigen Zentren- und Ortskernentwicklung

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.), 2019



Link: https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/Bilder/2.Reiter-Raum_u_Region/1.OEREK/OEREK_2011/PS_Orts_Stadtkerne/OEROK-Schriftenreihe_205_Materialienband_Gesamtfassung.pdf

→ Leerstand mit Aussicht – Handbuch zur Ortskernaktivierung

Handbuch mit Strategien, Instrumenten und Praxisbeispielen zur Aktivierung von Leerstand und zur Belebung von Ortskernen, einschließlich Kontaktstellen in den Bundesländern

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) (Hrsg.), 2023



Link: <https://leerstandmitaussicht.project.tuwien.ac.at/downloads/>

→ Starke Zentren – Wegweiser

Praxisorientierter Leitfaden des Regionalmanagements Steirischer Zentralraum zur Zentrums- und Ortskernentwicklung im regionalen Kontext mit konkreten Handlungsempfehlungen für Gemeinden

Regionalmanagement Steirischer Zentralraum GmbH (Hrsg.), 2024



Link: https://www.zentralraum-stmk.at/wp-content/uploads/2024/12/20241217-StarkeZentren_Ansicht.pdf

→ Orte zukunftsfit entwickeln – Fokus Innenentwicklung

Praxisorientierte Broschüre mit Wissen, Handlungsansätzen und Good-Practice-Beispielen zur Stärkung der Innenentwicklung in Gemeinden und Städten

Land Oberösterreich – Abteilung Raumordnung (Hrsg.), 2025



Link: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/RO_OZE_Innenentwicklung.pdf

Grünräume und Klimaanpassung in der Raum- und Stadtplanung

→ Klimawandelanpassung – Informationsplattform

Zentrale österreichische Internetplattform mit Grundlagen, Praxisbeispielen und Instrumenten zur Anpassung an den Klimawandel



Link: <https://www.klimawandelanpassung.at/>

→ KlimaKonkret-Plan – praxisnaher Maßnahmenplan zur Klimaanpassung in Gemeinden

Leitfaden mit praxisbezogenen Ansätzen und konkreten Maßnahmenideen zu Klimawandelanpassung für Gemeinden und Städte

KlimaKonkret (Hrsg.), 2022



Link: https://www.klimakonkret.at/wp-content/uploads/2020/10/KlimaKonkret_Karte_WEB.pdf

→ Klimagerechter Städtebau: Ein Leitfaden für Gemeinden und Planende

Online-Leitfaden des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr zu klimagerechtem, resilientem Städtebau mit Konzepten, Methoden und Praxisbeispielen



Link: <https://www.klimagerechter-staedtebau.bayern.de/>

→ Zukunftsweisender Städtebau: Integriert, flexibel, bürgernah

Leitfaden zum zukunftsweisenden Städtebau mit Nachhaltigkeits- und Klimabezug inklusive zahlreicher Praxisbeispiele

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (Hrsg.), 2021



Link: <https://www.stmb.bayern.de/assets/stmi/buw/staedtebau/zukunftsweisender-staedtebau.pdf>

→ Mehr Grün in der Örtlichen Raumplanung

Praxisleitfaden mit Maßnahmenideen und Handlungsempfehlungen zur Begrünung von Siedlungsräumen und öffentlichen Räumen in Gemeinden

Amt der Stmk. Landesregierung, Abteilung Umwelt und Raumordnung (Hrsg.), 2019



Link: <https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/landesgruppen/steiermark/Kochbuch.pdf>

➔ **Orte zukunftsfit entwickeln – Grünräume sichern und Siedlungsräume klimafit gestalten**

Praxisbroschüre mit Strategien und Good-Practice-Beispielen zur Förderung von Grünraumsicherung und -entwicklung in Gemeinden und Städten

Land Oberösterreich, Abteilung Raumordnung (Hrsg.), 2025



Link: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/RO_OZE_Gruenraeume_Siedlungsraeume.pdf

Planungsprozesse und Beteiligung

➔ **Praxisbuch Partizipation**

Praxisnaher Leitfaden für Beteiligungsprozesse in der Stadt- und Stadtteilplanung

Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.), 2012



Link: <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/4007813?originalFilename=true>

➔ **partizipation.at**

Zentrale österreichische Internetplattform zu Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsprozessen mit Standards, Methoden und Praxisbeispielen



Link: <https://partizipation.at>

➔ **Agenda21.at – Gemeinsame Zukunftsprozesse und Nachhaltige Entwicklung**

Informations- und Vernetzungsplattform zur Unterstützung von Gemeinden und Regionen bei der Umsetzung partizipativer Prozesse – mit Praxisbeispielen, Methoden und Materialien für nachhaltige Gemeinde- und Regionalentwicklung



Link: <https://www.agenda21.at>

➔ **Planung als Prozess: Gestaltung dialogorientierter Planungs- und Umsetzungsprozesse**

Fachpublikation zur dialogorientierten Gestaltung städtebaulicher Planungsprozesse

Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.), 2010



Link: <https://digital.wienbibliothek.at/wbrup/content/titleinfo/4170475>

Bildnachweise

- 1 Titelgrafik © Raumposition
- 4 Andreas Babler, Peter Hanke, Norbert Totschnig © BKA/Andy Wenzel
- 11 Ortskernwerkstatt in Munderfing © Raumposition
- 11 Fachwerkstatt 1 in Salzburg © PlanSinn
- 11 Fachwerkstatt 2 in Linz © Raumposition
- 13 Das IEK liefert Antworten © Raumposition
- 14 Blick auf den neu gestalteten Hauptplatz in Amstetten © Kurt Hörbst
- 17 Gesellschaftlicher Wandel als Treiber für die integrierte räumliche
Entwicklungsplanung © Raumposition
- 20 Auftaktveranstaltung Perspektive Liesing © Stadt Wien / Christian Fürthner
- 23 Strategisches Leitbild Gewerbegebiet Rossau © Raumposition
- 25 Visualisierung Innenstadtentree am Rathaus Dornbirn © urbanista
- 27 Ausstellung im Rathaus Tulln © Stadtgemeinde Tulln
- 29 Das Klimaleitbild Rankweil © Raumposition
- 30 Planungsprozess zum REP Bregenz: öffentliche Stadtteilwerkstatt
© Stadt Bregenz / Udo Mittelberger
- 34 Der neu gestaltete Hauptplatz in Amstetten © Kurt Hörbst
- 38 Auftaktkolloquium RothNEUsiedl © Stadt Wien / Christian Fürthner
- 40 Panoramaweg-Picknick © Stadt Wien / Christian Fürthner
- 45 Gemeindevertreter:innen und politische Entscheidungsträger:innen bei der
Ergebnispräsentation ISEK⁴ © Stadt Lienz / Ivan
- 46 Auftaktkolloquium RothNEUsiedl © Stadt Wien / Christian Fürthner
- 47 Exemplarische Prozessstruktur eines IEK @ Raumposition
- 58 Standortforum im Gewerbegebiet Rossau © Stadt Wien / Christian Fürthner
- 63 Der Themenbaukasten @ Raumposition
- 65 Planungsprozess zur Perspektive Liesing: öffentliche Perspektivenwerkstatt
© Christian Fürthner
- 66 Mögliche Akteur:innen in der Entwicklung eines IEK @ Raumposition
- 68 Innenstadt Bregenz © Stadt Bregenz / Udo Mittelberger
- 71 Tulln Strategie 2030: Prozessschema © Raumposition
- 71 Auszug aus der Tulln Strategie
© Stadtgemeinde Tulln
- 71 Tulln Strategie 2030: Kommunikation und Beteiligung © Stadtgemeinde Tulln
- 73 REP Bregenz: Prozessstruktur © Raumposition
- 73 REP Bregenz: öffentliche Perspektivenwerkstatt
© Stadt Bregenz / Udo Mittelberger
- 73 REP Bregenz: Zielkarte Wirtschaft und Tourismus © stadt.land / Raumposition
- 75 ISEK⁴ Lienz: Prozessablauf © Raumposition
- 75 ISEK⁴ Lienz: integrierter Entwicklungsplan © TU Wien

- 75 ISEK⁴: Städtenetzwerk Süd Alpen Raum © Stadt Lienz / Ivan
- 77 Standortoffensive Rossau: Prozessstruktur © Raumposition
- 77 Standortoffensive Rossau: räumliche Struktur
© Stadt Innsbruck / Raumposition / Emrich Consulting
- 77 Standortoffensive Rossau: Stakeholderwerkstatt
© Stadt Innsbruck / Emrich Consulting
- 79 ISEK NikolaiQuartier: Prozessstruktur © Raumposition
- 79 ISEK NikolaiQuartier: städtebaulicher Rahmenplan
© Ernst Rainer / realitylab / Lagler, Wurzer & Knappinger ZT / verkehrplus
- 79 ISEK NikolaiQuartier: Einbindung des Quartiers in die Umgebung
© Ernst Rainer / realitylab / Lagler, Wurzer & Knappinger ZT / verkehrplus
- 81 Masterplan Innenstadt Dornbirn: Prozessstruktur © Raumposition
- 81 Masterplan Innenstadt Dornbirn: Zielkarte Innenstadt als Begegnungsort
© urbanista
- 83 Arnoldstein 2033: Prozessstruktur © Raumposition
- 83 Arnoldstein 2033: öffentliche Werkstatt © Rainer Rosegger
- 83 Arnoldstein 2033: Leitbild © balloon Architekten / studio boden
- 84 Rankweil 2040: Auszug aus den Leitzielen © Raumposition
- 85 Prozessablauf © Raumposition
- 85 Rankweil 2040: Auszug aus den Leitzielen © Raumposition
- 85 Rankweil 2040: Auszug aus den Leitzielen © Raumposition
- 86 Begehung am Werftareal in Korneuburg © sefko / Christian Fürthner
- 90 Planungsprozess zum REP Bregenz: Dialograd-Tour
© Stadt Bregenz / Udo Mittelberger

Impressum

Medieninhaberin, Verlegerin und Herausgeberin:

Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport (BMWKMS)
Abteilung IV/B/4 – Architektur, Baukultur, Denkmalschutz und UNESCO-Welterbe
Concordiaplatz 2, 1010 Wien

Redaktion:

Raumposition GmbH
Projektleitung: Daniela Allmeier mit Rudolf Scheuven
Projektarbeit: Ronja Barz, Julian Staritz, Ekaterina Winter

Layout und Grafik:

Raumposition GmbH

Lektorat:

Brigitte Ott

Verlag:

Eigenverlag

Druck:

Digitalprintcenter des BMI
1. Auflage, Sommer 2026

Für die Inhalte externer Links, die in dieser Publikation angegeben sind, wird keine Haftung übernommen. Die Verantwortung für den Inhalt der verlinkten Seiten liegt ausschließlich bei deren Herausgeber:innen. Das Bundesministerium übernimmt keine Garantie für die Aktualität, Richtigkeit oder Vollständigkeit der angegebenen Websites. Änderungen oder Löschungen der verlinkten Inhalte durch deren Herausgeber:innen können jederzeit erfolgen, ohne dass darauf Einfluss genommen werden kann.

